



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 11-12/1976
3,- DM



CHILE

Politische
Deklaration
und
Belgrader
Kommuniqué der
UNIDAD POPULAR

WESTSAHARA

Nationales
Programm
der
Frente
POLISARIO



Thailand · Südafrika
Äthiopien · Iran

Inhalt

AIB-Aktuell

- Forum der Anklage des Faschismus S. 3
Aufruf: Nürnberger Verhandlungen gegen
die Verbrechen der Militärjunta in Chile –
November 1976 S. 3

Chile

- Politische Deklaration der Unidad Popular
Durch die antifaschistische Einheit zum
Sturz der Junta S. 5–13
Belgrader Kommuniqué der Unidad Popular S. 14–16
Chile-Entschließung der
Sozialistischen Internationale S. 15
New Yorker Erklärung chilenischer Christen S. 17–18

Thailand

- Oswin Hartung
Militärputsch und Geschichte der
Thai-Gesellschaft S. 19–25

Iran

- Tudeh-Partei
Das neue Abkommen der USA mit dem
Schah-Regime S. 25–26

Westsahara

- Interview mit Sheddad Kaid Beiruk
Dem Feind keine Ruhe lassen! S. 27–28
Nationales Programm der Frente POLISARIO S. 28–32

Äthiopien

- Georg Polikeit
Entscheidung über den zukünftigen
Weg Äthiopiens (1. Teil) S. 33–39
Programm der Nationaldemokratischen
Revolution Äthiopiens S. 35–36

Sao Tomé und Príncipe

- Premierminister M. Trovoadá
Für den Kolonialismus nur eine Kakaoinsel S. 40–41

Südafrika

- Botschaft der KP Südafrika
Südafrika in die Hände des Volkes S. 42–44
Afrikanischer Nationalkongress (ANC)
Die Repressionswelle nach Soweto S. 45–48
Zur Geschichte der Verfolgung in Südafrika S. 47
Bericht einer politischen Gefangenen S. 48–50

Zimbabwe

- Jürgen Ostrowsky
Die Konzerninteressen an Rhodesien S. 50–52

Entwicklungsländer

- Rainer Falk
Die Weltentwicklungskonferenz von Budapest S. 53–56
Der neue Stockholmer Appell S. 54

Nichtpaktgebundene

- Colombo-Aktionsprogramm
für Zusammenarbeit (2. Teil) S. 57–61

Kurzinformation

- Iran – BRD, Kampuchea, Kuba, Brasilien,
Uruguay, Die Transkei – ein „Muster
der freien Marktwirtschaft“ S. 62–64

IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH
4600 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg,
Wolfgang Gehrcke, Bernd Hartmann, Georg Kwiatkowski,
Herbert Lederer, Steffen Lehndorff, Rolf R. Priemer,
Barbara Schilling, Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus,
Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabriele Bröner,
Wolfram Bröner (presserechtlich verantwortlich)
Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky,
Wolfgang Ritter.

Anschrift der Redaktion: 3550 Marburg/L.,
Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.
Postscheckkonto 312093-607 PschA Frankfurt/M.,
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
4600 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung
von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Mitgliedern des Redaktions-
kollektivs arbeiteten mit:

B. Brinkmann, P. Drescher, R. Hegewald, J. Hahn,
M. Hellmann, U. Landin, H. Mayer, M. Müller, M. Preuss,
R. Rosinski, G. Ritter, U. Rupp, U. Schuh, G. Steinebach

Redaktionsschluß dieser Nummer: 18. November 1976

Anzeigen und Beilagen:

- Spendenaufruf des ASK für Chiles Kinder
- Kinderkalender von Plambeck und Co.
- Wandzeitung des AIB zu Südafrika
- Neue Abonnenten für's AIB werben

Bestellung

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Einzelpreis: 1,50 DM

Jahresabonnement: 15,00 DM einschl. Porto

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren
33% Ermäßigung

Bestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin,
Liebigstr. 46, 3550 Marburg/L., Tel. 06421/24672.
Postscheckkonto 312093-607 PschA Frankfurt/M.,
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

AIB - Aktuell: Forum der Anklage des Faschismus

Der Hauptkriegsverbrecherprozeß gegen die Führer Nazi-deutschlands vor dem Nürnberger Internationalen Militärgerichtshof, der im Oktober 1946 mit deren Aburteilung endete, gab einen vielsagenden historischen Bezugspunkt für die an gleicher Stätte am 26. November 1976 abgeschlossenen „Verhandlungen gegen die Verbrechen der Militärjunta in Chile“ ab, denen am 24./25. November in Bonn Arbeitssitzungen von Kommissionen vorausgingen.

Die Initiative zu diesem auch international stark beachteten Projekt ergriffen die beiden bundesrepublikanischen Mitglieder der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile, die Professoren Gerhard Stuby und Erich Wulff. In seiner Eigenschaft als Vizepräsident der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen hatte G. Stuby im Juni d. J. eine BRD-Juristen-delegation während der OAS-Tagung nach Santiago de Chile angeführt und über deren Ermittlungen sodann vor der UNO-Menschenrechtskommission Bericht erstattet. Wie aus dem nachstehenden Aufruf zu den Nürnberger Verhandlungen ersichtlich ist, erklärte ein breiter Kreis namhafter Persönlichkeiten unseres Landes seine Unterstützung für dieses internationale Forum antifaschistischer Anklage und Solidarität. Führende Repräsentanten der Unidad Popular (UP)

wie Clodomiro Almeyda (Vizepräsident der Allende-Regierung und UP-Exekutivsekretär) und Hortensia Bussi de Allende (Witwe des Präsidenten Salvador Allende), Vertreter der Internationalen Kommission, Experten des In- und Auslandes sowie Augenzeugen der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse nahmen teil.

Sie alle verband das Grundanliegen dieser Verhandlungen, nämlich die im Hauptkriegsverbrecherprozeß 1945/46 erarbeiteten Rechtsnormen und die völkerrechtlichen Prinzipien der UNO zum Maßstab einer Verurteilung der faschistischen Pinochet-Junta zu machen.

Die Nürnberger Abschlußveranstaltung vom 26. November d. J. brachte die Proklamation einer an die Kriegsverbrecherprozesse von 1945/46 anknüpfenden, die Ergebnisse der Bonner Kommissionsarbeit zusammenfassenden **Anklageschrift**. Die Anklagepunkte der Nürnberger Verhandlungen wie die zugleich abgesteckten Aufgaben der Chile-Solidarität für 1977 birgen eine spezielle moralische Verpflichtung in sich in einem Land, dessen Verantwortung zum aktiven Antifaschismus gegenüber den Völkern der Welt derart tiefe historische Wurzeln trägt und dessen Öffentlichkeit noch weit stärker gegen die Bonner Stützung des Pinochet-Regimes, für die Durchsetzung des Junta-Boykotts mobilisiert werden muß.

Aufruf: Nürnberger Verhandlungen gegen die Verbrechen der Militärjunta in Chile - November 1976

Vor drei Jahrzehnten wurde der deutsche Faschismus zerschlagen. Die ganze Menschheit hatte die Bedrohung erfahren, die von diesem unmenschlichen System ausging. 55 Millionen Tote, grenzenloses Leid und schreckliche Verwüstungen waren der Preis, den faschistischer Terror und die Raubzüge gegen die Völker gefordert hatten.

In Nürnberg standen die Hauptverantwortlichen für die faschistische Barbarei vor Bericht. Doch die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse waren mehr als die Aburteilung von Personen. Sie verurteilten das inhumane System und empfahlen es der Ächtung durch die ganze Menschheit. Die in Nürnberg erarbeiteten Rechtsnormen entsprangen dem gleichen Geist wie die UN-Charta und sind auch heute noch geltendes Völkerrecht.

Trotzdem wurden und werden überall in der Welt erneut faschistische Regime errichtet, um mit aggressiven Mitteln menschliche Freiheit blutig zu unterdrücken und sozialen Fortschritt zu verhindern.

In Chile verhalten multinationale Konzerne und der US-Geheimdienst CIA verräterischen Militärs an die Macht. Der demokratisch gewählte Präsident, Salvador Allende, wurde ermordet, Parteien und Gewerkschaften verboten, Zehntausende wurden eingekerkert, gefoltert und getötet. Zynische Geschäftspraktiken, wirtschaftliche Aggressivität und militärische Brutalität triumphierten über die Menschlichkeit.

Doch die Erfahrungen der Vergangenheit haben gelehrt, daß man derartige Verbrechen im Ausland nicht einfach hinnehmen kann, ohne damit seine eigene Freiheit und Sicherheit zu gefährden. Daher reagierten überall in der Welt Menschen mit Empörung und Protest auf den erneuten Ausbruch faschistischer Grausamkeit. Die Pinochet-Clique gerät zunehmend in eine internationale Isolation. In den Vereinten Nationen finden sich keine Verteidiger mehr. Das chilenische Volk hat sich mit seiner Unterjochung nicht abgefunden. Drei Jahre nach dem Putsch stößt das Regime weiterhin auf den Widerstand der demokratischen Kräfte, der immer mehr Bevölkerungsgruppen umfaßt. Daß die Junta noch immer an der Macht ist, verdankt sie vor allem mächtigen

Freunden und Geldgebern im Ausland. Viele Regierungen, die sich verbal von den Grausamkeiten des Regimes in Chile distanzieren, leisten ihm – vor allem über internationale Organisationen – wirtschaftliche Hilfe.

Für alle Gegner der faschistischen Gewalt gilt es jetzt, mit vereinten Kräften die erneute Etablierung und Ausbreitung des unmenschlichen Systems des Faschismus zu verhindern. Die Solidarität der Völker hat im Kampf gegen den Faschismus bereits Erfolge erzielt. Sie muß sich nun auch in der Unterstützung der chilenischen Demokraten bewähren.

Den Lehren der Vergangenheit verpflichtet, wird bereits jetzt die Anklageschrift gegen die chilenische Militärjunta geschrieben. Auch sie muß zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir rufen auf:

Politiker, Juristen, Theologen, Gewerkschafter und Wissenschaftler – Menschen, die die Gefahr des Faschismus erkannt haben und dagegen zu wirken gewillt sind – in Nürnberg zusammenzukommen. Nürnberg mahnt! Gemeinsam soll vor der Weltöffentlichkeit Anklage erhoben werden gegen den Faschismus in Chile, gegen die Entrechtung, Mißhandlung und Ermordung chilenischer Patrioten.

Wir rufen auf zu einem Internationalen Forum der Solidarität mit dem leidenden und kämpfenden chilenischen Volk.

Wir rufen auf zu den Nürnberger Verhandlungen gegen die Verbrechen der Militärjunta in Chile.

Prof. Wolfgang Abendroth, Frankfurt; Prof. Werner Bartsch, Lich; Peter Becker, Rechtsanwalt; Manfred Coppik, MdB; Dr. Heinz Düx, Richter; Bernd Engelmann, Schriftsteller; Helmut Frenz, Pastor; Karl-Heinz Hansen, MdB; Heinrich Hannover, Rechtsanwalt; Anatol Feid, Ordenspriester; Karl Hemfler, Staatsminister a. D.; Prof. Gerhard Kade, Darmstadt; Prof. Reinhard Kühnl, Marburg; Herbert Lederer, Rechtsanwalt; Jakob Moneta, Chefredakteur; Prof. Benno Müller-Hill, Köln; D. Martin Niemöller, Kirchenpräsident a. D.; Prof. Helmut Ridder, Gießen; Dr. Josef Rossaint, Präsident der VVN – Bund der Antifaschisten; Dr. Erika Runge, Autorin; Dr. Dorothea Sölle, z. Zt. New York; Eckart Spoo, Vorsitzender der dju in der IG Druck und Papier; Prof. Fülbert Steffensky, Köln; Prof. Theo Schiller, Marburg; Prof. Gerhard Stuby, Bremen; Gösta von Uexküll, Journalist; Karl-Heinz Walkhoff, MdB; Martin Walser, Schriftsteller; Prof. Erich Wulff, Hannover.

In den drei Jahren seit dem Putsch der Pinochet-Junta stand für den chilenischen Widerstand zum einen die Problematik einer einheitlichen politischen Leitung und Organisation der Volkseinheit (Unidad Popular), zum anderen die Zusammensetzung einer antifaschistischen Einheitsfront und eines gemeinsamen Alternativ-Regierungsprogramms immer wieder im Mittelpunkt der Diskussion. Eben diese Ziele umriß bereits das erste programmatische Dokument der Unidad Popular nach 1973, verabschiedet am 27. Juli 1975 in Berlin (Wortlaut in: AIB, Nr. 9/1975). Neben der Entfaltung einer breiten Massenbewegung erklärte man das Streben nach Aktionseinheit mit der Christdemokratie (PDC) und der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) zu vordringlichen Aufgaben im Kampf gegen die Diktatur.

Komplizierter „Prozeß der Vereinigung“ nach Frei Offerte zur Jahreswende 1975/76

Um die Jahreswende 1975/76 sorgte indessen die Offerte des rechten christdemokratischen Führers Frei — er verfocht einen sogenannten „demokratischen Mittelweg“ der Regierungsübernahme durch die PDC unter Einbeziehung von Teilen der Junta und unter Ausschluß der „marxistischen Teile“ der Unidad Popular — für eine vorübergehende Frontstellung zwischen den beiden Hauptkomponenten der chilenischen Opposition. Bis zum Herbst 1976 hielten infolgedessen auch innerhalb der UP beträchtliche Meinungsverschiedenheiten darüber an, ob eine Zusammenarbeit mit der PDC nicht gänzlich aufzukündigen oder Kurs auf deren Spaltung zu nehmen sei. Hierüber spitzte sich zudem die Kontroverse mit der auf ersterer Position beharrenden MIR aufs Neue zu. Ein weiteres Resultat: Die praktischen Konsequenzen aus der Berliner Erklärung bezüglich der politischen Einheit innerhalb der UP als auch der Breite des antifaschistischen Bündnisses blieben umstritten; die Tagung der UP-Parteien von Oaxtepec (Mexiko) im Juli d. J. endete ohne die Annahme eines dort zur Verabschiedung bestimmten gemeinsamen Dokumentes. Dennoch stellte diese Tagung mit der Schaffung eines UP-Exekutivsekretariats und der Ernennung Clodomiro Almeydas — unter der Regierung Allende Außenminister und Vizepräsident Chiles — zum Exekutivsekretär der UP sowie mit der Inangsetzung eines solidarischen Diskussionsprozesses unter seiner Regie die Weichen für eine volle Wiederherstellung der UP-Einheit. Das zwischenzeitliche Scheitern der Frei-Offerte, die zunehmende Ausdehnung des Juntaterrors auf die Christdemokratie und die Kirche sowie die gemeinsame Praxis des antifaschistischen Kampfes selbst „begünstigten“ ihrerseits — wie C. Almeyda betonte — den „Prozeß der Vereinigung“ innerhalb der Reihen der UP wie aller Antifaschisten. Dies ergäbe sich aus der gemeinsam zu fördernden Überzeugung heraus, „daß die Einheit aller Antifaschisten die Grundbedingung für den Sturz der Junta ist. In diesem Zeichen wächst von Tag zu Tag die Einheit aller Demokraten und chilenischen Revolutionäre, ungeachtet von Parteigrenzen“ (ADN-Interview mit C. Almeyda, 20. 8. 1976).

Bekennnisse zum konsequenten Antifaschismus

Die neuere Entwicklung der chilenischen Oppositionsbewegung hat diese Prognose vollauf bestätigt:

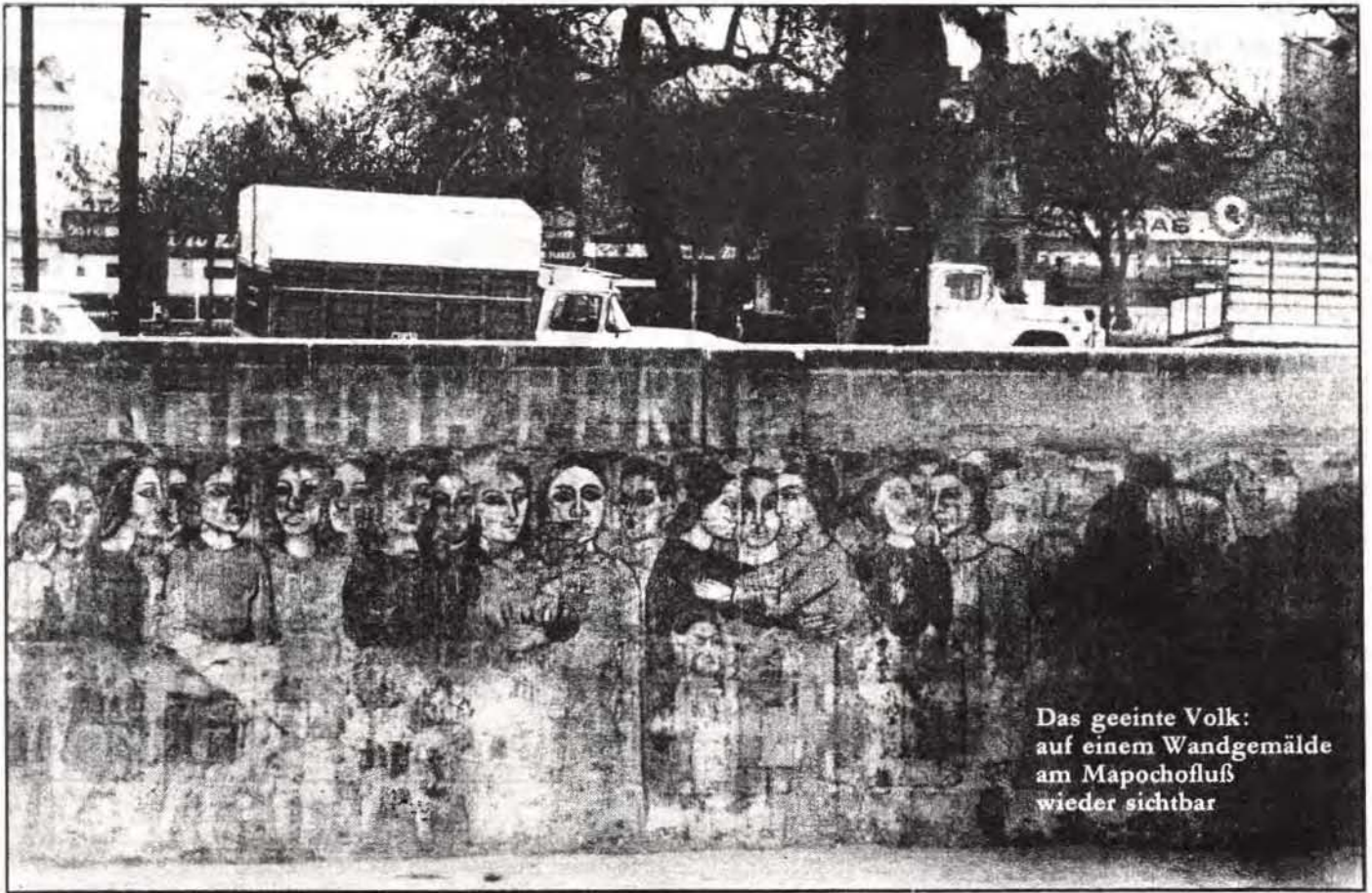
- Die chilenische Kirche trat mit der Junta in eine Kontroverse neuer Qualität (darunter die Exkommunizierung von DINA-Agenten), die christlichen Aktivitäten an der Basis nahmen zu und innerhalb der PDC erlangte der linke, kon-

sequent antifaschistische Flügel um Leighton/Tomic/Fuentealba deutlich das Übergewicht. Diesen Wandel hin zur aktiveren Opposition gegen die Junta spiegelt die von uns dokumentierte Erklärung von 300 chilenischen Christen am 18. August 1976 in New York wider. Gemeinsam unterzeichnet von führenden christlichen Repräsentanten der PDC wie von Parteien der UP, von Juristen, Professoren, Ökonomen, Medizinern u. a. artikuliert diese Erklärung eine entschiedene Anklage gegen die Junta-Politik in ihrer Gesamtheit.

- Am 11. September 1976, zum dritten Jahrestag des Militärputsches also, verabschiedeten die Parteien der Unidad Popular dann die überarbeitete Fassung des **programmatischen Dokumentes von Oaxtepec** unter dem Titel „Durch die antifaschistische Einheit den Sturz der Junta erzwingen“. Diese im vollen Wortlaut wiedergegebene politische Erklärung enthält — neben der Einschätzung prinzipiell neuer Erscheinungen in Chile — vor allen Dingen erstmals eine dezidierte Hauptorientierung auf die Herstellung einer breitestmöglichen antifaschistischen Einheitsfront im Bündnis vorab mit der Christdemokratie. Im Herausbildungsprozeß dieser Front wäre ein Regierungsprogramm der „neuen Demokratie“ zu erarbeiten, wofür das Dokument bereits konkrete Kriterien vorformuliert.

- Nicht minder bedeutsam ist die von der **Belgrader Konferenz** des UP-Sekretariats am 27./28. September 1976 in Angriff genommene unverzügliche Umsetzung dieser programmatischen Leitlinien mit dem Ergebnis einer Erneuerung der Einheit der Unidad Popular auf einer neuen Stufe. Konkret beschloß die Belgrader Tagung die Umbildung der Unidad Popular von einer Parteien-Allianz in eine politische Organisation, die über eine einheitliche zentrale Leitung unter Führung Clodomiro Almeydas ebenso verfügt wie über nationale, regionale und örtliche Gliederungen. Im Oktober d. J. konstituierten sich die neuen Organe der Unidad Popular und ihrer zuvor (im August) konstituierten Jugendorganisation „UP Juvenil“ auch im bundesrepublikanischen Exil. Das in vollem Wortlaut dokumentierte **Kommuniqué** der Belgrader Konferenz enthält außer dieser organisationspolitischen Beschlusfassung auch ein nachdrückliches Bekenntnis zur Einheit mit den christlichen Massen und der PDC. Vorgenommen wird schließlich eine sorgfältige Wertung des derzeitigen Standes der Chile-Solidaritätsbewegung, für die man in Belgrad aktualisierte Kampfaufgaben formulierte.





Das geeinte Volk:
auf einem Wandgemälde
am Mapochofluß
wieder sichtbar

Politische Deklaration der Unidad Popular

Durch die antifaschistische Einheit zum Sturz der Junta

Wir, die Auslandsvertretungen der Parteien der Unidad Popular, die wir im Auftrag unserer Leitungen handeln, sind uns der Notwendigkeit bewußt, einen Beitrag zur realistischen und umfassenden Präzisierung der großen einheitlichen Aktion aller Antifaschisten zu leisten. Wir billigen das den Parteien in Oaxtepec, Mexiko, vorgelegte Programm. Darin sind die Beiträge aller Parteien der Unidad Popular verankert, und es bringt ihren unwiderruflichen, einheitlichen und kämpferischen Willen zum Ausdruck.

Das Drama Chiles alarmiert die Völker

Drei Jahre sind seit dem faschistischen Putsch vergangen, der den wachsenden demokratischen und Befreiungsprozeß des chilenischen Volkes gewaltsam unterbrochen hat.

Es besteht allgemeine Übereinstimmung, daß die Junta die kritischste Situation in der Geschichte des Landes heraufbeschworen hat. Die ganze Welt weiß um die entscheidende Beteiligung des Pentagon, der CIA (US-Geheimdienst, d. Red.) und der amerikanischen Monopole am Verrat der Mehrheit der hohen Militärs an Chile. Diese Kräfte haben zahlreiche Truppenkontingente der Streitkräfte zu einem schändlichen Akt gegen die Nation mitgerissen.

Die verwirrenden Enthüllungen, u. a. des Senats der USA, offenbaren die gesamte Demagogie und das leere chauvinistische Geschwätz derjenigen, die die Nation verkauft und sie in ein noch andauerndes Blutbad gestürzt haben. Chile ist das nachhaltigste Beispiel für die Absichten des Imperialismus, jegliche Form der Demokratie im Leben der Völker Lateinamerikas gewaltsam zu beseitigen.

In keinem Teil der Welt wird so wie in Chile das antidemokratische Wesen des internationalen Kapitals und seine Absicht deutlich, zum Faschismus als geeignetem Regierungssystem zurückzukehren. Das Drama Chiles alarmiert und bewegt die Völker. Aus diesem Grund entwickelt sich eine so starke und edelmütige Solidaritätsbewegung, die weitergeführt und von unseren Landsleuten hoch eingeschätzt wird. Sie zeugt von einer weltweiten Anteilnahme, für die wir tief bewegt danken. Die Solidarität für die Sache der Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes ist eine der größten Bewegungen, die es je in der Geschichte gab. Sie ergreift und mobilisiert nicht nur die sozialistischen Länder und die Entwicklungsländer, sondern Völker und Staaten auf fünf Kontinenten. Diese Solidarität ergreift zutiefst alle Menschen, die um das Schicksal des chilenischen Volkes besorgt sind. Sie wirft brennende Fragen auf, die die Völker der Welt und die revolutionären Bewegungen interessieren und bewegen.

Abstieg zur Halbkolonie der USA

30 Jahre nach dem Zusammenbruch des „klassischen“ Modells des Faschismus in Europa beabsichtigt der Imperialismus, dieses Modell auf die Bedingungen in Lateinamerika und in anderen Ländern der „Dritten Welt“ zu übertragen und in perfektionierter Weise anzuwenden.

Für die empörte Öffentlichkeit ist Chile heute ein Modell des gegenwärtigen Faschismus, dessen Grausamkeit den Praktikern des Hitlerregimes in nichts nachsteht.

Die Imperialisten bedienen sich vor allem der Militärhierarchien, um grausame Diktaturen zu errichten. Unter dem Schutz dieser Regimes plündern die transnationalen Monopole das Land. Dies geschieht in Komplizenschaft mit den raubgierigsten Gruppen der Finanzoligarchie, der Monopole und der Großgrundbesitzer. Die Vorstellung dieser Kräfte von einer totalitären Gesellschaft gründet sich auf die reaktionärsten Ideen der Geschichte. Ihr Ziel ist es, diese Gesellschaft mit Feuer und Schwert zu errichten. Genau das hat man in Chile getan. Und dies sind die Folgen: Armut, extreme Abhängigkeit, die Verweigerung und Verletzung aller Menschenrechte, die Unterdrückung der großen Mehrheit des chilenischen Volkes, die Beseitigung der Errungenschaften der Werktätigen. Um sich an der Macht zu halten, hat der Faschismus dem chilenischen Volk den „internen Krieg“ erklärt. Die Konzeption dieses „internen Krieges“ wurde im Pentagon entworfen. Die Clique, die dem ausländischen Diktat folgt, behauptet, daß es Pflicht der Streitkräfte sei, Chilenen zu töten – eine ungeheuerliche Tatsache, die in den Reihen der Armee eine wachsende patriotische Widerstandsbewegung hervorruft. Viele Militärs, sicher die Mehrheit, lehnen es ab, daß die Armee im eigenen Land als Besatzungsmacht fungiert, wie es von den Chefs des Pentagon festgelegt wurde.

Unterdrückung und Hunger existieren nebeneinander. Dem chilenischen Volk wird das Recht auf Leben, Arbeit und Gesundheit und sogar das Recht auf das Leben im eigenen Land abgesprochen. Seit dem Putsch wurde mehr als eine halbe Million unserer Mitbürger ausgewiesen bzw. zur Auswanderung gezwungen.

Seit September 1973 ist Chile praktisch eine Halbkolonie des US-Imperialismus. Zwei seiner Ideologen, Milton Friedman und Arnold Haberer – Verfechter eines starren wirtschaftlichen Liberalismus – akzeptieren die sogenannte soziale Marktwirtschaft, d. h. die Diktatur der Monopole, und empfehlen für die chilenische Wirtschaft eine „Schock“-therapie. Unter dem Vorwand, die Inflation zu bekämpfen, sind die wichtigsten Ressourcen den transnationalen Monopolen zurückgegeben worden. Dies alles geht Hand in Hand mit einer beispiellos verschärften Ausbeutung und dem Absinken des Lebensniveaus der Werktätigen. Durch diese Politik sinkt die jährliche Inflationsrate nicht unter 340 %, und die nationale Wirtschaftstätigkeit wird weiterhin gelähmt. Ein Viertel der Werktätigen ist arbeitslos. Ihre Familien leben in Hunger und Elend. Die Industrieproduktion verringerte sich 1975 um nahezu 24 % – ein „Weltrekord“ in der Zerstörung einer Wirtschaft. Gleiches gilt für das Absinken des Nationalprodukts um 16 %.

Abscheu gegenüber einem schändlichen Regime

In Chile hat es noch nie, in der Welt hat es selten ein so unheilvolles Regime gegeben wie die Junta Pinochets. Der hohe Lebensstandard, den das Volk unter der Regierung der Unidad Popular erreicht hatte, wurde auf tragische Weise beseitigt. Es gibt keinen Bereich des nationalen Lebens, der nicht von der gewaltsamen Unterbrechung unserer Entwicklung durch die faschistische Diktatur berührt wurde.



Schule, Universität, wissenschaftliche Forschung und technologische Entwicklung, literarische und künstlerische Aktivitäten, sie alle leiden unter einem erstickenden Klima und dem frontalen Angriff eines dem Wesen nach kulturfeindlichen Regimes. Dieses Regime betrachtet und bekämpft Wissen und Schöpferkraft als seine Feinde. Unser Land wurde in eine kulturelle Leere gestürzt. Unauslöschliche Traditionen und Werte eines kleinen, aber im Geiste großen Landes – zweimal ging der Nobelpreis für Literatur nach Chile – wurden beseitigt.

Der Faschismus hat das Land von den meisten Nationen in der Welt isoliert. Die Tatsache, daß auf der letzten UNO-Vollversammlung 95 Länder die Junta verurteilten, ist ein eindeutiger Beweis dieser weltweiten Isolierung. Die Junta lügt, wenn sie behauptet, diese Abstimmung wende sich gegen Chile. Sie ist in Wahrheit gegen den Faschismus und nicht gegen Chile gerichtet, ein Land, das in der Vergangenheit internationale Achtung erlangen konnte.

Wenn die Welt täglich ihren Abscheu gegenüber dem schändlichen Regime der faschistischen Junta zum Ausdruck bringt, das die Gefühle der Menschheit verletzt und mißachtet, dann deutet alles darauf hin, daß Chile der schlimmsten Tragödie seiner Geschichte ein Ende setzen kann und muß.

Aus dem Landesinnern erreicht uns der Ruf: Schluß mit dem Blutvergießen, mit Hunger und Faschismus! Mit einem Wort: Einheit für den Sturz der Junta! Dieser Ruf ist richtig, er zeugt von tiefer Vernunft und wird sich durchsetzen. Wir können feststellen, daß der Kampf der chilenischen Patrioten, die seit der ersten Stunde die Notwendigkeit betonten, dem Faschismus entgegenzutreten und das ganze Volk zum schnellen Sturz der Diktatur und zur Beendigung des chilenischen Dramas zu vereinen, erfolgreich voranschreitet. Es ist gelungen, in der großen Mehrheit der Chilenen den Haß gegen den Faschismus einzupflanzen. Das bewiesen die Aktionen in unserem Land während der OAS-Konferenz (Tagung der Organisation Amerikanischer Staaten vom Juni 1976, d. Red.). Hier stimmten diejenigen Kräfte in ihrer Anklage überein, die sich mit der Unidad Popular, der PDC (Christdemokratische Partei) und anderen demokratischen Kräften identifizieren. Vertreter von mehr als 80 % der Chilenen vereinten sich gegen die Junta.

Weder „Liberalisierung“ noch „Stabilisierung“ des Faschismus

Zusammen mit den in der Gewerkschaftsbewegung und der Bewegung der Volksparteien – die in tiefster Illegalität arbeiten – sowie den im Vikariat (der katholischen Kirche, d. Red.) für Solidarität formulierten Anklagen wurde das Dokument einer großen Gruppe von christdemokratischen Anwälten und anderen Parteien veröffentlicht (Wortlaut des Dokuments siehe in AIB, Nr. 7-8/1976, d. Red.) die sich mutig und ehrenhaft zur Verurteilung der Diktatur zusammenschlossen.

Die bekanntesten Unterzeichner dieses Dokuments sind im Rahmen einer neuen faschistischen Unterdrückungswelle, die gegen alle Demokraten gerichtet ist, des Landes verwiesen worden. In ihrer Wut ging die Junta mit besonderer Brutalität gegen unsere Parteien vor.

In unserem Land gibt es keinen Prozeß der „Liberalisierung“, wie Kissinger und andere imperialistische Politiker behaupten, wobei sie die heuchlerischen Erklärungen und Haltungen Pinochets und seiner Clique unterstützen. Es gibt auch keine „Stabilisierung“ der faschistischen Junta. Inmitten einer Krise, die in allen Bereichen des sozialen Lebens mit Virulenz fortbesteht, ist eine Stabilisierung unmöglich.

Schon von der Möglichkeit einer Liberalisierung zu sprechen, ist eine Täuschung. Das Regime kann sich nur durch verschärften Terror an der Macht halten. Von einer Stabilisierung des Regimes zu sprechen, steht in flagrantem Widerspruch zu der Angst, die bei den Diktatoren mit ihrer fort-dauernden Grausamkeit aufkommt. Die Faschisten behaupteten seinerzeit, daß es nach sechs Monaten im Land keine Spur von Widerstand mehr gäbe. Diese Frist wurde schon fast sechsmal überschritten. Die Junta gibt ihre Unfähigkeit zu. Sie erklärt: „Der Krieg ist noch nicht zu Ende.“ Sie hält die Ausgangssperre, den Belagerungszustand, die Konzentrationslager, die Folterkammern und die Einkerkierung von Tausenden politischen Gefangenen aufrecht. Die DINA (der Pinochet unterstellte Geheimdienst, d. Red.) erhöht mit ihren unheilvollen Machenschaften die Zahl der „Verschwundenen“, zu denen auch unsere Führer und aktiven Kämpfer gehören. Über ihr Schicksal herrscht tiefes Schweigen, so daß sie in vielen Fällen für tot gehalten werden.

Erstarkende Widerstandsbewegung

Die Theorie Pinochets, das Volk so lange zu unterdrücken, bis es sich ergibt, hat keine Zukunft. Chile wird sich niemals dem Faschismus beugen. Daß unser Land sich nicht ergibt, hat Salvador Allende klargelegt. Daß unser Land sich nicht ergibt, beweist das Blut seiner Märtyrer, bestätigt sich täglich im unaufhörlichem Kampf!

Die Widerstandsbewegung ist heute umfassender und organisierter als je zuvor. Jeden Tag gewinnt sie an Stärke, wird sie vielschichtiger. Ihre Basis erstarkt und entwickelt sich einheitlich mit unaufhaltsamer Kraft. An den Arbeitsplätzen und in den Städten entsteht eine Widerstandsbewegung der Massen, die mit der kämpferischen Aktion der Parteien der Unidad Popular und anderer Organisationen sowie verschiedener Kräfte, Kreise und Parteiloser verbunden ist.

Wir können mit Stolz die entscheidende Rolle hervorheben, die die Parteien und Führer der Unidad Popular im Kampf spielen. Trotz Verbots und schonungsloser Verfolgung wirken sie als Bindeglied einer immer größeren Bewegung. Die Unidad Popular ist somit der höchste politische Ausdruck des Willens der Werktätigen und des chilenischen Volkes, was Organisation und Ideologie betrifft. Die Entwicklung und Vertiefung ihrer Einheit, Geschlossenheit und ihres ein-

heitlichen Denkens und Handelns bildet die Grundlage für ein umfassendes Bündnis gegen die Junta. An dieser Entwicklung haben auch andere linke und demokratische Kräfte Anteil, die sich in wachsendem Maße gegen das Regime stellen.

Es ist ein außerordentliches, ja ein historisches Verdienst des chilenischen Volkes, daß es dem Faschismus nicht gelang, die Unterstützung der Massen zu gewinnen. Die Tatsachen im Landesinnern beweisen, daß die Widerstandsbewegung nicht nur existiert, sondern auch erstarkt. Trotz mancher Fehler und Schwierigkeiten kämpft sie tapfer weiter.

Der Faschismus fand nicht die Unterstützung der Massen

Die Widerstandsbewegung hat zweifellos ernste Rückschläge und schwere Niederlagen erlitten. Das Wichtigste ist jedoch der Erfolg, den sie errungen hat, indem sie verhinderte, daß der Faschismus die politische Organisation der Volksbewegung und die Gewerkschaftsstrukturen des Landes zerstört und seine eigene Massenbasis errichtet. Die Unbesiegbarekeit des Volkes wird durch die Tatsache bewiesen, daß die Fackel jedes gefallenen Kämpfers von den Nachfolgern übernommen wird, die täglich bereit sind, den Kampf weiterzuführen.

Dadurch, daß sie die Massenorganisationen entwickelt, isoliert die Widerstandsbewegung den Faschismus im Lande. Sie schwächt zunehmend die Stützen seiner Herrschaft und verschärft zutiefst seine inneren Widersprüche.

Unsere Pflicht ist es, den Widerstand im Lande nach besten Kräften zu unterstützen. Nach dem Putsch vollzog und vollzieht sich in Chile viel Neues. Dazu gehört auch die neue Qualität im Wesen und in der Zusammensetzung der Einheitsbewegung. Viele Christen gehen in die Opposition, weil sie die menschlichen Werte lieben und achten und die Ungerechtigkeit und das institutionalisierte Verbrechen ablehnen. Alle vereint der unverrückbare Wille, gegen die Unterdrückung zu kämpfen. Dies gilt auch für die Kirche, die bei der Verteidigung der Menschenrechte eine bedeutende Rolle gespielt hat.

Die umfassendste und am meisten unterstützte Reaktion auf die Tyrannei ging von der Arbeiterklasse aus. Sie erwies sich als jener Grundstein, auf dem das Gebäude der Einheit errichtet wird. Die Arbeiter schmieden diese Einheit in der Fabrik oder in der Gewerkschaft, und sie erweitern sie ausgehend von der Übereinstimmung der verschiedenen Denkweisen und Ideologien. Die Hauptaufgabe der Arbeiterklasse ist es, die Junta zu bekämpfen und die Aktionen des gesamten Volkes bis zur Zerschlagung der Diktatur zu führen. Das ist gegenwärtig das Wichtigste. Eine patriotische und revolutionäre Pflicht ist es, die Einheit all jener zu aktivieren und wirksam zu machen, die unter dem Elend und der Unterdrückung leiden müssen.

Spalterische und gefährliche „Alternativen“

Das Scheitern des Pinochetregimes ist so offensichtlich, daß in den imperialistischen Kreisen, selbst des US-Imperialismus, seinem eigentlichen Auslöser und Nutznießer, Stimmen laut werden, die „Ersatzlösungen“ suchen. Auch dies ist ein Anzeichen für die Zerrüttung und Zersetzung der Diktatur.

Während der Faschismus sich im Zustand der tiefen Krise befindet, werden immer neue verschiedenartige „Alternativen“ zur Versöhnung mit dem Faschismus geboren, die den Interessen des Imperialismus entsprechen und der Widerstandsbewegung des Volkes fremd sind. Das Scheitern des

Vorschlags von Frei war ein Beweis dafür, daß gegen die Einheit gerichtete Lösungen, die eine an sich antidemokratische und demnach unannehmbare „begrenzte Demokratie“ fordern, keinen Wert und keine Zukunft besitzen. Ein Ausweg aus der chilenischen Krise kann nicht auf der Grundlage der Unterstützung des Imperialismus gewiesen werden. Sein Gutachten interessiert uns nicht. Wir wissen: Chile wieder aufzubauen, das setzt voraus, die Fesseln zu sprengen, die das Land erneut den ausländischen Interessen untergeordnet haben.

Ein weiterer Irrtum ist die Annahme, den Faschismus beseitigen zu können, ohne seine Stützen zu vernichten. Diese Art von Lösungen, mit denen ein kompromißloser Ausweg angeboten werden soll, führen zu nichts. Alle Hoffnungen sind vergeblich, daß solche oder ähnliche Vorschläge von der chilenischen Linken freundlich aufgenommen werden könnten. Nichts liegt der Realität ferner. Wir unterstreichen: Die Forderung, auf irgendeine Partei der Linken zu verzichten, würde bedeuten, die Wurzeln der Junta am Leben zu erhalten und somit die Zukunft des Volkes und sogar der Versöhnler zu gefährden.

Einheitliches Ziel: Antifaschistische Volksmacht

Den gefährlichen und spalterischen Konzeptionen, die die gegenwärtigen ernststen Probleme Chiles nicht zu lösen vermögen, stellen wir eine umfassende und einheitliche, konsequent antifaschistische und antiimperialistische Alternative des Volkes entgegen. Mit der Enthüllung der unheilvollen Ergebnisse der Diktatur muß die Alternative aller Patrioten zur faschistischen Macht verbunden sein – eine Alternative, die nicht in einer „begrenzten Demokratie“, sondern nur in einer authentischen demokratischen und revolutionären Macht bestehen kann. An ihr müssen die politischen Parteien, gesellschaftlichen Kräfte und Massenorganisationen – auf der Grundlage der Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung und ihrer Unabhängigkeit – beteiligt sein, die gemeinsam in der antifaschistischen Widerstandsbewegung gekämpft haben.

Die Unidad Popular verheimlicht vor niemandem, daß sie eine sozialistische Perspektive anstrebt. Der Sozialismus ist die höchste Form der Gesellschaft und verfolgt das höchste Ziel: die Entfaltung der Möglichkeiten des Menschen. Wir nähern uns diesem Ziel, wenn wir gegen den Imperialismus, die Monopole und die Grundbesitzer kämpfen und damit die Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus schaffen.

Wir werden weiter kämpfen, und zwar mit dem Ziel, den Sozialismus in unserem Land aufzubauen. Wir glauben fest daran, daß nur der Sozialismus die allseitige Entwicklung Chiles garantieren kann. Doch der Sozialismus ist nicht möglich ohne die Zustimmung der Mehrheit des Volkes – eine Zustimmung, die sich im Kampf gegen den Faschismus und seine Ursachen herausbildet. Dieses Ziel wollen wir erreichen, und deshalb verfechten wir die antifaschistischen Aufgaben.

Für jeden Chilenen ist es im Augenblick das Wichtigste, sich am Kampf für den Sturz der faschistischen Junta zu beteiligen. Wir wollen die Einheit aller antifaschistischen Kräfte. Für jeden Gegner der Junta gibt es dabei einen Platz. Weder ohne das Volk und schon gar nicht gegen das Volk ist eine reale Lösung dieser Aufgabe denkbar. Im Kampf gegen den Faschismus werden wir Wege finden, wie wir zum Fortschritt Chiles beitragen können. Alle Kräfte des Volkes müssen einen Beitrag für die Zukunft leisten.

Die Regierung der Unidad Popular entsprach dem Willen

unseres Volkes. Unter der Führung Salvador Allendes haben wir uns bemüht, die jahrhundertealten Wünsche der Chilenen nach Freiheit und nationaler Unabhängigkeit, nach Fortschritt und Menschenwürde zu erfüllen. Wir sind entschlossen vorangeschritten und haben historische Errungenschaften erzielt: die Nationalisierung des Kupfers, eine wesentliche Verbesserung des Lebensniveaus des Volkes, breite Mitbestimmung für das Volk, Fortschritte bei der kulturellen und wissenschaftlichen Entwicklung und die Hebung des Ansehens unseres Vaterlandes in der Welt.

Trotz aller Fehler das Beispiel der Allende-Regierung bewahren

Der faschistische Putsch wurde durch Fehler und Schwächen der Volksbewegung begünstigt. Diese Fehler zu überwinden ist die notwendige Voraussetzung für den Sieg unseres Volkes. Die Arbeiterklasse, die Bauern, die Pächter, die Frauen, die Jugend, die patriotischen Kräfte unter den Gewerbetreibenden, den kleinen und mittleren Unternehmern und Händlern, d. h. die Basis der Volksbewegung – sie alle gaben zahlreiche Beispiele für revolutionäre Fähigkeit, Selbstlosigkeit und Aktivität. Der Hauptfehler der Volksbewegung lag in den Unzulänglichkeiten und Schwächen ihrer Führung. Sie hatte ernste Schwierigkeiten bei der Verwirklichung ihrer Ziele aufgrund einer fehlenden gemeinsamen Strategie der Verbündeten und der Unfähigkeit, die geeignete Methode zu finden, um die Meinungsverschiedenheiten wirksam zu überwinden. Dadurch wurde es erschwert, die mit der Festigung der Macht verbundenen Probleme der politischen und ökonomischen Umgestaltung des Staates zu lösen. Dies erlaubte es den reaktionären Kreisen, Kräfte zu sammeln, um der Bewegung des Volkes gewaltsam entgegenzutreten.

Eine gründliche Selbstkritik der Volksbewegung wäre nötig und dem chilenischen Volk dienlich. Wir haben diese Aufgabe in Angriff genommen, werden jedoch alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sie einheitlich zu vertiefen und zu entwickeln, die Fehler auszumerzen und die Unzulänglichkeiten zu beseitigen. Die Volksbewegung hat vor dem Volk nichts zu verbergen.

Doch wir dürfen nicht vergessen, daß man uns grausam bekämpft – nicht wegen unserer Fehler, sondern weil die Regierung der Unidad Popular trotz dieser Fehler einen breiten Weg zur vollständigen Demokratie und zum Sozialismus eröffnet hat. Das Bild der Volksregierung verstärkt sich im Geist und im Herzen der Chilenen. Die Aufgabe aller bewußten Chilenen ist es, das Werk dieser Regierung in Erinnerung zu behalten und zu verteidigen: den ideologischen, politischen, religiösen und kulturellen Pluralismus, den sie im Land durchsetzte, ihre Legitimität, die sie immer wahrte, die gerechten sozialökonomischen Umgestaltungen, die Menschenwürde und die Ausübung der demokratischen Rechte durch das Volk und vor allem das moralische und politische Beispiel für Konsequenz, das Präsident Allende gab.

Es gibt einen Weg für den Sturz der Diktatur

Die Verschwörer des 11. September 1973, die zum Zeitpunkt ihrer gesetzwidrigen Machtaneignung verkündet hatten, in wenigen Monaten Lösungen für die Grundprobleme der chilenischen Gesellschaft durchzusetzen, versuchen angesichts ihrer Fehlschläge und der von ihnen verursachten Krise, sich durch Erpressung an der Macht zu halten. Sie behaupten, im Falle des Sturzes der Pinochetdiktatur entstünde im Land eine Machtlücke, die Chaos und Anarchie nach sich ziehen würde.

Diesen Lügen muß entgegengewirkt, sie müssen widerlegt



Hector Toba: *Der Widerstand*, Lithographie 1975

werden. Die große Mehrheit der Chilenen wurde in einem Zeitraum von fast drei Jahren dem Zustand des politischen Verbotes, des ständigen Belagerungszustandes unterworfen. Sie wurde ihrer Grundrechte beraubt und durch einen Polizeiapparat unterdrückt, der vor niemandem haltmacht. Das chilenische Volk besitzt heute nur zwei Möglichkeiten: den Ausnahmezustand und eine zügellose Diktatur zu billigen oder seine Rechte im Kampf wiederzuerlangen. Kein Volk könnte, vor diese Wahl gestellt, einen anderen Weg als den des Kampfes wählen.

Programmatik einer Volksregierung nach dem Sturz der Junta

Tatsächlich gibt es heute keinen anderen Weg zum Sturz der Diktatur als den Kampf des Volkes. Der Faschismus wird seine Macht nicht abtreten, wenn er nicht vom Volk mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft wird. Die Aktionen des Volkes zielen weder auf Unordnung noch auf Chaos, sondern sollen im Gegenteil die Voraussetzungen schaffen, um eine demokratische, revolutionäre und antifaschistische Regierung zu errichten, die Kontrolle des Lebens der Chilenen durch die Polizei und die Unterdrückungsapparate zu beseitigen, die Ressourcen des Landes zurückzugewinnen und ein Programm durchzusetzen, das auf die Realisierung eines neuen historischen Projektes gerichtet ist. All diese Anstrengungen basieren auf der Zustimmung der Organisationen des Volkes und nicht auf der Verleugnung ihrer Existenz; sie basieren auf der Mitbestimmung des organisierten Volkes und nicht auf der Beseitigung der Rechte und Freiheiten der Werktätigen.

Die Parteien der Unidad Popular sind daran interessiert, von jetzt an die Vorbereitung eines Regierungsprogramms in Angriff zu nehmen und den Entwurf des historischen Projektes auszuarbeiten, das nach dem Faschismus in Chile verwirklicht werden wird. Wir wissen, daß dies Aufgaben sind, die in einem langen Prozeß durch die Überlegungen und die Schöpferkraft des chilenischen Volkes und seiner Organisationen realisiert werden müssen. Wir möchten ebenfalls klarstellen, daß diese Anstrengungen alle Kräfte erfassen müssen, die am Kampf für den Sturz der Diktatur beteiligt sind. Da unsere Aufgabe notwendigerweise auch eine Forderung im Hinblick auf die nationale Zukunft Chiles ist, wollen wir schon jetzt unseren Entschluß bekunden, die Aktionen gegen die Diktatur eng mit der Bereitschaft zu verbinden, die Führung des Landes verantwortungsvoll zu übernehmen, wenn die Diktatur einmal gestürzt ist, und einen neuen Staat, eine neue Wirtschaft und eine neue Gesellschaft zu errichten.

Damit alle politischen, demokratischen und Volkskräfte unseren Entschluß besser verstehen, bringen wir in diesem Dokument unsere Meinung zu den grundlegenden Kriterien des Programms zum Ausdruck, das in Chile nach dem Zusammenbruch der Militärjunta angewendet werden muß.

I. Politische Kriterien

a) Das neue Chile kann nicht durch die mechanische Rückkehr zum politischen System früherer Jahre aufgebaut werden. Der Staat und die politische Organisation, die seit 1925 in Chile existierten, befanden sich in einer fortgeschrittenen Krise. Durch die Initiatoren des Putsches wurde diese Krise so rasch verschärft, daß sich Staat und politische Organisation

heute in einem Stadium des Zerfalls befinden.

Angesichts der politischen Krise – hervorgerufen durch die Konfrontation zwischen dem Volk und seinen Feinden – enthüllten Regierung und Justiz, insbesondere der Oberste Gerichtshof, die Kontrollorgane und die Streitkräfte nach dem Putsch ihren Klassencharakter. Deshalb erweist es sich als notwendig, die Regierung und die Gerichtsbarkeit grundlegend zu verändern, um sie in wirksame Kräfte zur Realisierung der neuen Aufgaben zu verwandeln.

b) Der Kampf des chilenischen Volkes zum Sturz der Militärjunta und zur Errichtung einer neuen Gesellschaftsordnung muß durch den entschlossenen Willen bekräftigt werden, die Wurzeln des Faschismus und die Grundlagen seiner Macht endgültig zu beseitigen. Dies gilt sowohl für die Wirtschaft als auch für die Massenkommunikationsmittel, die staatlichen Institutionen, die privaten Organisationen und besonders für die Streitkräfte. Damit werden objektive Voraussetzungen geschaffen, den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung zu erleichtern.

c) Es ist notwendig, die von der Junta bis zum äußersten getriebene Abhängigkeit des Landes zu beseitigen und das große Elend zu bekämpfen, in das das chilenische Volk durch die Faschisten gestürzt wurde. Dies zwingt die antifaschistischen und Volkskräfte, ein Programm des Wiederaufbaus festzulegen. Auf Grund der schwierigen Situation, die die Junta in Chile hinterlassen wird, kann dieses Programm nicht nach traditionellen Kriterien erarbeitet werden. Es muß vielmehr sozialistische Maßnahmen und Modalitäten enthalten, die von den antifaschistischen Kräften einheitlich zu verwirklichen sind. Das Programm des chilenischen Volkes muß unserer Meinung nach die demokratischen antifaschistischen Aufgaben mit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft verbinden.

d) Es ist erforderlich, daß wir ein neues Modell für den chilenischen Staat anstreben. Unser besonderes Interesse gilt dabei folgender Frage: Die Geschichte, die unser Volk schreiben und die Gesellschaft, die es durch seine Arbeit schaffen wird, müssen die Tatsache bekräftigen, daß Freiheit, Demokratie und Sozialismus unlösbar miteinander verbunden sind. Im Gegensatz zur Entwicklung in bürgerlich-demokratischen oder faschistischen Staaten werden sich Demokratie und Freiheit in dem neuen Staat, den wir errichten, auf die Mitbestimmung der Mehrheit des Volkes, auf die Beseitigung des Elends und der Unsicherheit und auf die allgemeine Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse der Bevölkerung gründen. Demokratie und Freiheit erfordern, daß die nationale Unabhängigkeit und Souveränität konsequent gefestigt wird, daß Wissenschaft und Technologie den Erfordernissen unserer eigenen Entwicklung Rechnung tragen.

Das chilenische Volk hat im Laufe seiner Geschichte ein weites Netz von gesellschaftlichen Organisationen geschaffen. Bedeutendster Beweis ihrer Lebensfähigkeit ist die Kraft, mit der sie den unerbittlichen Angriffen der Diktatur Widerstand leisten. Sowohl in der Widerstandsbewegung als auch im Hinblick auf die Aufgaben einer künftigen Regierung kommt diesen und den noch entstehenden Organisationen eine bedeutende Rolle zu – vor allem der Einheitsorganisation der Werktätigen CUT.

Die politische Institution, die wir anstreben, muß sich auf die einheitliche und konzertierte Aktion der gesellschaftlichen und Volksorganisationen des Landes stützen.

Die tragische Erfahrung des chilenischen Volkes beweist: Durch das Komplott der herrschenden Klassen mit den Militärhierarchien – die reaktionäre Ideen vertreten und vom Militärapparat der USA unterstützt werden – wurden die Streitkräfte in Okkupanten ihres eigenen Landes verwandelt. Ihnen wurden Polizeifunktionen übertragen, wodurch eine mit dem internationalen Kapital verbundene plutokratische

Minderheit begünstigt wird. Der Plan der herrschenden Klassen und der Militärhierarchien bestand darin, die Armee vom Leben und der Entwicklung der Werktätigen sowie deren Denkweise fernzuhalten und ihr das Verständnis für die Bedeutung unserer Geschichte und für den Charakter der Gegenwart abzusprechen. Sie wollten der großen Mehrheit der Chilenen eine Art Subkultur aufzwingen. Vor allem bemühten sich die herrschenden Klassen mit Hilfe verschiedenster Mittel darum, daß die ideologische Bildung der Armee, ihre innere Organisation, die Anwerbung ihrer Offiziere usw. dahin tendieren, die Armee vom Volk, seiner Zukunft und letztendlich von Chile loszulösen und sie gegen Chile aufzubringen.

Der Sturz der Diktatur setzt den Zusammenbruch ihrer gegenwärtigen Unterdrückungsapparate, insbesondere der DINA, und die Umgestaltung der gegenwärtigen Strukturen voraus. Es ist deshalb notwendig, einen umfassenden Plan zur Änderung ihrer Ideologie zu erarbeiten. Ferner ist es unerlässlich, neue Strukturen zu schaffen, wobei die Disziplin nicht abgelehnt wird. Es gilt, diese Strukturen auf fortschrittlichen Grundlagen aufzubauen, sie eng mit den Aufgaben der Volksorganisation zu verbinden und das System der Anwerbung ihrer Kader zu demokratisieren.

Den Organisationen des Volkes kommt eine bedeutende Rolle zu, wenn es gilt, die Souveränität des Landes zu festigen, seine wirtschaftliche Unabhängigkeit und seine soziale Struktur zu verändern. Das alles gehört zum Wohl des Volkes, es ist die notwendige Voraussetzung für die Verteidigung und Entwicklung der Interessen und der Zukunft des Landes.

Wir stellen dem faschistischen Staat einen demokratischen und revolutionären Staat entgegen. Er stützt sich auf die verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen des Volkes, auf die Existenz und die Arbeit der politischen Parteien und Bewegungen, die am Sturz der Diktatur und der Zerstörung des Faschismus beteiligt sind.

II. Wirtschaftliche Kriterien

a) Die faschistische Junta hat das Ergebnis der Bemühungen von Generationen von Chilenen und die Früchte des 50 Jahre währenden unaufhörlichen Kampfes der Werktätigen zunichte gemacht. Diese Anstrengungen und Kämpfe hatten zu entscheidenden Fortschritten geführt. Das widerspiegelte sich in den Errungenschaften der Regierung der Unidad Popular. Diese Errungenschaften fordern wir mit Macht zurück, brachten sie doch mit aller Klarheit die wirklichen Bestrebungen des chilenischen Volkes zum Ausdruck. Die erkämpften Fortschritte waren darauf gerichtet, die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes zu gewährleisten, den Lebensstandard des Volkes zu heben, die Produktivkräfte entsprechend den Interessen des Volkes zu entwickeln. Dagegen erhob sich der verheerende Terror des Faschismus.

Die Junta stützt sich auf eine erstarrte liberale Wirtschaftskonzeption, wie sie in unserer Epoche in der Diktatur der Monopole zum Ausdruck kommt. Sie hat sich bemüht, mit allen Mitteln ein soziales Modell zu verwirklichen, das den Repräsentanten der privaten in- und ausländischen Interessen die ausschließliche Rolle als Wirtschaftsagenten zuschreibt. Der Erfolg dieses Modells beruht auf der Ausbeutung und dem Elend des Volkes und auf der verstärkten Abhängigkeit Chiles vom Imperialismus als Akkumulationsquelle.

Diesem reaktionären Modell stellen wir eine dem Volk gemäße Lösung der von der Junta hervorgerufenen Wirtschaftskrise entgegen. Diese Lösung wurzelt in den Kämpfen des Volkes und nimmt erneut den unterbrochenen Kurs wieder auf, der zu einer unabhängigen und souveränen Entwicklung des Landes auf der Grundlage der Demokratie und einer sozialistischen Perspektive führt. Die reale Forderung nach



wirtschaftlichem Wiederaufbau resultiert aus dem Zusammenbruch der Wirtschaft des Landes und der offenkundigen Unfähigkeit des Juntamodells, die Wirtschaft des Landes zu beleben. Die Aufgabe des wirtschaftlichen Wiederaufbaus kann nur auf den erwähnten Grundlagen und Perspektiven gelöst werden. Nur die Bemühungen des mobilisierten Volkes und das Bewußtsein, daß diese Bemühungen dem Volk und dem Land nutzen werden, können die notwendige Zustimmung und Disziplin erreichen, um die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Fortschritt kraftvoll voranzubringen.

b) Es wird die Aufgabe des neuen Staates sein, Chile und sein Volk wieder in den Besitz der Reichtümer zu bringen, die die Junta den in- und ausländischen Monopolen zurückgegeben hat;

den Bauern das Land, das ihnen entrissen wurde, zurückzugeben und die Bodenreform vernünftig weiterzuführen und zu vertiefen;

die strategisch wichtigen Industriezweige und die Grundstoffindustrie des Landes wieder in gesellschaftliches Eigentum zu überführen mit dem Ziel, sie zum dominierenden Sektor der Wirtschaft zu entwickeln.

Den kleinen und mittleren Landwirtschafts-, Handels- und Industriebetrieben sollte – auf der Grundlage von Maßnahmen, die Stabilität garantieren und das erforderliche Vertrauen wecken – die Rolle zuerkannt werden, die es ihnen ermöglicht, zur wirtschaftlichen Entwicklung beizutragen.

c) Solche Aufgaben können nur durch die aktive Mitbestimmung der Massen und eine einheitliche Wirtschaftsführung des Landes verwirklicht werden. Dabei gilt es, die Bestrebungen und Initiativen des Volkes zu einer bestimmenden Linie zu entwickeln und sie der umfassenden Wirtschaftsplanung nutzbar zu machen. Diese Wirtschaftsplanung trifft ihre Entscheidungen zentralisiert und demokratisch, die operative Tätigkeit ist dezentralisiert.

d) Im Zusammenhang mit diesen wirtschaftlichen und politischen Fragen sehen wir die konkrete Möglichkeit zur Hebung des Lebensstandards der Massen nicht nur darin, daß wir die Kaufkraft der Löhne verteidigen und erhöhen. Im wesentlichen geht es darum, in zunehmendem Maße neue Einrichtungen und Güter für die Werktätigen zur Verfügung zu stellen, um eine grundlegende Versorgung mit Nahrungsmitteln, menschenwürdige Wohnungen mit vernünftigen Mieten, kostenlose Bildung für alle, besondere Aufmerksamkeit für Gesundheit und eine allgemeine demokratische Sozialfürsorge zu garantieren. Diese Sozialfürsorge muß den Werktätigen vor den Gefahren des Lebens schützen und seine Betreuung im Alter sichern.

e) Damit das realistische Ziel erreicht wird, jedem Chilenen die elementaren Voraussetzungen für eine würdige und menschliche Existenz zu garantieren, ist es erforderlich, daß

die Wirtschaftsaktivitäten des Landes den Bedürfnissen des Volkes entsprechen und die angemessenen finanziellen, materiellen und menschlichen Ressourcen in den Dienst des Landes gestellt werden.

Notwendiger Bestandteil dieser Politik ist die rationelle Verwendung des Gewinns – den die privilegierten gesellschaftlichen Kreise heute falsch investieren oder vergeuden – für das Wohl der Allgemeinheit. Dazu bedarf es der staatlichen Leitung der wichtigsten Aktivitäten. Wir schlagen eine Politik vor, die sich von dem Ziel leiten läßt, die Bemühungen der Chilenen nicht dem Konsumstreben, das von der interessen gebundenen Propaganda der Monopole hervorgerufen wird, sondern den grundlegenden realen Bedürfnissen der Bevölkerung und den konkreten Möglichkeiten der progressiven Entwicklung des Landes anzupassen.

Nur so kann der Kaufkraftüberhang abgebaut werden, über den die wenigen einkommensstarken Kreise heute verfügen. Dieser Kaufkraftüberhang zwingt, wie auf dem Markt erkennbar wird, nicht nur zu einer unvernünftigen Orientierung der Produktion und des Verbrauchs, sondern bildet auch ständig die Hauptursache der Inflation. Es ist dringend notwendig, diese Inflation unter Kontrolle zu bekommen, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes zu verwirklichen und ein Mindestmaß an Wohlstand für alle Chilenen erlangen zu können.

Wir stellen also fest: Die Kontrolle der Inflation ist möglich, wenn im Rahmen einer effektiv geplanten Wirtschaft und auf der Grundlage einer bewußten und disziplinierten nationalen Anstrengung die verfügbaren Mittel vernünftig und optimal eingesetzt sowie die zerstörerischen Auswirkungen auf Produktion und Konsum überwunden werden, die heute durch den Kaufkraftüberhang einer Minderheit von Reichen hervorgerufen werden.

Die von der Junta und ihren Ideologen verfochtene Kontrolle der Inflation auf der Grundlage des Elends der Mehrheit und des Reichtums einiger weniger bewirkt keine Lösung der Probleme.

III. Kriterien der Außenpolitik

Geleitet von der bitteren Erfahrung, daß der US-Imperialismus, um den sich alle reaktionären Kräfte der Welt scharen, sein Ziel weder aufgibt noch aufgeben wird, das Streben der Völker nach Befreiung von seiner politischen Bevormundung und seiner wirtschaftlichen Herrschaft mit allen Mitteln zu vereiteln, wird das chilenische Volk nach dem Sturz des Faschismus dafür eintreten, daß in der Außenpolitik des Landes jene zentralen Linien wieder aufgegriffen werden, die während der Regierung der Unidad Popular gültig waren. Sie verhalten dem Land in den Augen der Völker der Welt und innerhalb der Gemeinschaft der Nationen zu einer ausgezeichneten Position.

Die folgenden zentralen Linien in der Außenpolitik der chilenischen Volksbewegung müssen wieder Gültigkeit erhalten: die Achtung der Prinzipien der Selbstbestimmung und der Nichteinmischung; das Streben nach einer stärkeren Verbindung mit den Völkern Lateinamerikas und den Staaten der Bruderländer, die für Frieden und gegenseitige Achtung eintreten; die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen mit allen Nationen und natürlich mit den sozialistischen Ländern; die Übereinstimmung mit der weltweiten mächtigen Strömung aller Völker, die sich für die Festigung des Friedens einsetzen und all jener, die in den sogenannten Entwicklungsländern für ihre nationale Befreiung kämpfen. Diese Grundlinien sind notwendiger Bestandteil der nationalen Bemühungen, die auf die Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Strukturen gerichtet sind. Sie müssen dazu beitragen, in der internationalen Gemeinschaft ein erforderliches Verständnis und die entsprechende Förderung zu finden, damit voraussehbare neue Interventionsabsichten des Imperia-

lismus, Chile den Weg zu seiner vollständigen Emanzipation zu versperren, neutralisiert werden können.

Organisierung und Formen des Massenkampfes

Unser Kampf kann nur siegreich sein, wenn er vom ganzen Volk geführt wird, wenn die Massen mobilisiert werden.

Keiner kann Lösungen anbieten, die „an Wunder grenzen“, und alle jene Opfer vermeiden, die ein Kampf mit sich bringt. Nur die Anstrengungen des gesamten Volkes werden es ermöglichen, den Sieg zu erringen. Deshalb ist es die vorrangige Aufgabe, jeden Tag eine Tat des Widerstandes gegen die Diktatur zu vollbringen.

Damit der Kampf erfolgreich geführt werden kann, muß er organisiert sein. Auch die kleinste Möglichkeit und Gelegenheit, sich zu organisieren, muß genutzt werden.

Der Kampf der Massen muß den Kreis der Unterdrückung durchbrechen, um all seine Kräfte entfalten zu können.

Wir müssen dafür kämpfen, jeden Tag mehr Raum zu gewinnen, damit die Stärke der Massen immer deutlicher zum Ausdruck kommen kann. Alle gesetzlichen Möglichkeiten der Organisation müssen genutzt werden. Trotz der Unterdrückung ist es den Werktätigen gelungen, einen wichtigen Teil ihrer Gewerkschaftsorganisation, die in zunehmendem Maße erstarkt, aufrechtzuerhalten.

Die Verstärkung des Widerstandes ist die Grundvoraussetzung, um im Kampf gegen die Diktatur voranzukommen. Und überall dort, wo es möglich ist, wird die Gründung von Basiskomitees (die irgendeinen Namen oder irgendeine Arbeitsweise haben können) gefordert, die in verantwortungsbewußter Weise unter Beteiligung von Parteien als Organe der Koordinierung und einheitlichen Leitung gebildet werden. Ihre konkrete Form und Arbeitsweise können nicht gesetzlich festgelegt werden. Die Grundlage für ihre Entfaltung bildet die Koordinierung aller aktiven Parteimitglieder und antifaschistischen Organisationen an jedem Ort mit der Perspektive, dem Kampf immer mehr Männer und Frauen unseres Volkes zuzuführen. Im Verlauf des antifaschistischen Kampfes müssen wir alle sich abzeichnenden Initiativen fördern und deren Entwicklung aufmerksam verfolgen, die die Massen für den Kampf gewinnen können, und wir müssen diesen Kampf organisieren.

Die schöpferische Verbindung der legalen, halblegalen und illegalen Formen der Massenarbeit und die Entwicklung ihres Kampfes ist einer der Schlüssel zum Sieg; der andere ist die

Einheit aller gegen die Diktatur gerichteten politischen Kräfte. Jeder Fortschritt, der bei der Lösung einer dieser Aufgaben erreicht wird, trägt dazu bei, wieder andere beschleunigt in Angriff zu nehmen, und er fördert den gesamten Prozeß.

Der Weg zum Ziel wird nicht leicht sein. Er wird kürzer und einfacher sein, wenn die politische Führung des Volkes wirksamer und korrekter ist, und wenn es uns gelingt, das umfassendste soziale und politische Bündnis der werktätigen Klasse zu erreichen. Unser Kampf wird verschiedene Phasen durchlaufen. Reaktivierung, Organisation und Propaganda sind heute die zentralen politischen Aufgaben. Mit der Entwicklung unserer Kräfte und der unvermeidlichen Zerschlagung der Diktatur wird uns eine neue und größere Verantwortung übertragen, wenn wir den Sieg erringen wollen.

Der von der Unidad Popular eingeleitete revolutionäre Prozeß wurde mit Waffengewalt auf blutige Weise unterbrochen. Auch jetzt werden die in dieses Unternehmen verwickelten reaktionären Kräfte ihre Machtpositionen nicht freiwillig aufgeben.

Um den Faschismus zu beseitigen, wird die Volksbewegung im Verlauf ihrer Aktionen alle notwendigen Kampfformen entwickeln, ohne von vornherein irgendeine Form auszuschließen. Der antifaschistische Widerstand muß deutlich machen, daß Richtung und Organisiertheit der Massen sowohl für den Kampf um die Lösung ihrer unmittelbaren Probleme, als auch für die Entwicklung von Aktionen bedeutsam sind, die das Ziel verfolgen, den Sturz der Junta zu beschleunigen. Wir nehmen diese Aufgaben in Angriff, um auf allen Gebieten für die Auseinandersetzungen gerüstet zu sein, die das Leben uns noch aufzwingen wird.

Die Volksbewegung will die umfassendste Aktionseinheit

Die Volksbewegung versteht, daß nicht alle Gegner der Junta die historischen programmatischen Ziele der Kräfte teilen, die den Sozialismus anstreben. Trotzdem gibt es in der gegenwärtigen Situation ein weites Feld für gemeinsame Auffassungen und Zielstellungen all jener, die gegen das schmachvolle Regime sind, das unser Land unterdrückt.

Die Volksbewegung will einen ausnahmslos gegen den Faschismus gerichteten Kampf führen.

Die Unidad Popular ruft all jene gesellschaftlichen und politischen Kräfte auf, die den Faschismus in unserem Land aus-



Von der DINA in New York ermordeter UP-Minister O. Letelier (r.); Protestdemonstranten in den USA

rotten wollen, ihre Aktionen auf der Grundlage einer konkreten Plattform zu koordinieren, damit Chile von der Schmach befreit werden kann. Es gibt gegenwärtig günstige Bedingungen für gemeinsame Aktionen, vor allem an der Front der Jugend, der Gewerkschaftsorgane, der werktätigen Bauern usw.

Davon überzeugt, daß die Zersplitterung der Kräfte, die sich dem Faschismus widersetzen, die Märtyrerrolle Chiles verlängert, schlagen wir den Christdemokraten und allen bewußten Antifaschisten die gemeinsame Aktion im Kampf gegen die Diktatur auf den verschiedensten Gebieten vor. Obwohl es unter den Christdemokraten verschiedene Denkweisen gibt und eine Gruppe ihrer Führer den Putsch unterstützt hat, ist entscheidend, daß sich die große Mehrheit von ihnen gegen die Junta stellt. Die Unidad Popular hat Gespräche mit Vertretern der Revolutionären Linken (MIR) geführt, darauf hoffend, daß mit einer wirklichen Übereinstimmung von Theorie und Praxis die Voraussetzungen für eine ehrliche Verständigung im Kampf gegen die faschistische Diktatur heranreifen können.

Für unser Volk und für das Land ist wichtig, daß sich die Aktionseinheit entwickelt, um die Diktatur in kürzester Zeit zu beseitigen. Die Unidad Popular sieht es als ihre patriotische und revolutionäre Pflicht an, auf allen Ebenen, mit allen politischen und gesellschaftlichen Kräften einheitlich zu handeln, damit sie bereit sind, gegen die Henker Chiles zu kämpfen. Wir erklären unsere Bereitschaft, zu spezifischen Übereinkünften im Hinblick auf den Sturz der Diktatur der Junta mit all jenen zu gelangen, die in dieser Richtung aktiv sein wollen.

Wir wollen die umfassendste Einheit im Kampf. Die Unidad Popular kämpft vom ersten Augenblick an, und sie hat schon immer das Banner der Einheit hochgehalten. Sie wird dies auch weiterhin tun – bedingungslos und unermüdlich. Mit jedem Tag wird sich der Widerstand des Volkes verstärken. Ausgehend von einer demokratischen, revolutionären Alternative des Volkes wird es möglich sein, in der Zukunft eine breite, antifaschistische Front zu errichten, die Chile benötigt.

Die Zersplitterung der Antifaschisten verzögert nur den Sturz der Junta

Das gemeinsame Anliegen ist es, mit dem schändlichen System Schluß zu machen, das heute auf Chile lastet, eine neue Demokratie zu errichten und die Entscheidungen über die Zukunft in die richtigen Hände zu legen: in die Hände des chilenischen Volkes. Es wird über die Zukunft des Landes entscheiden, indem es die Voraussetzungen schafft, den realen Ausdruck des Volkswillens zu garantieren, die Ursachen für die Ausdehnung des Faschismus zu beseitigen und zu gewährleisten, daß die neue Struktur der Streitkräfte einen Einsatz gegen das Volk ein für allemal verhindern wird. Es wird eine Macht errichten, die wirklich und immer den politischen Willen der Mehrheit des Volkes vertritt.

Dies ist eine grundlegende Pflicht der antifaschistischen Einheit und muß jedem aufrechten Demokraten in großem Umfang garantiert werden.

Die große und absolut die Mehrheit umfassende antifaschistische Widerstandsbewegung verzögert durch ihre Zersplitterung das Erreichen ihres Zieles, die Junta zu stürzen. Es ist daher dringend notwendig, diesen Zustand zu überwinden. Es gibt Möglichkeiten, die die unmittelbare Aktionseinheit aller Antifaschisten begünstigen und es erlauben, die Kräfte umzugruppieren.

Wir können uns bereits jetzt gegen den Terror und den Druck der DINA zusammenschließen, um ihre Auflösung zu fordern und durchzusetzen. Wir können und müssen uns vereinen, um eine Amnestie für alle politisch Unterdrückten sowie

die Rückkehr all derer zu fordern, die ins Exil gehen mußten. Wir müssen gemeinsam einen Prozeß für die Schuldigen fordern, die Verbrechen begangen und gefoltert haben.

Wir müssen geeint handeln, um das Recht der Volksmassen zu verteidigen, sich zu organisieren, um die gewerkschaftlichen Garantien und Rechte wiederherzustellen, indem wir die diktatorischen Normen abschaffen, die die Verwirklichung dieser Rechte verhindern. Wir müssen vereint kämpfen, um mit dem Elend Schluß zu machen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und für die Erhöhung der Gehälter und Löhne sowie für eine angemessene Sozialfürsorge einzutreten.

Wir müssen gemeinsam die Verteidigung des nationalen Reichtums organisieren, der der Raubgier des ausländischen Kapitals ausgeliefert ist, und die nationale Industrie und die kleinen und mittleren Unternehmer vor der Gier der großen Monopole schützen. Wir können unsere Kräfte vereinigen, um die Nationalkultur zu verteidigen, um die Faschisierung der Bildung zu verhindern, um die politischen und materiellen Fesseln zu beseitigen, die den Zugang Tausender Kinder und Jugendlicher zur Bildung verhindern. Die Einheit in diesen und weiteren Fragen, die die Antifaschisten vorschlagen, wird dazu beitragen, den Weg zum Sieg zu beschreiten.

Die neue Gesellschaft muß die Wurzeln des Faschismus endgültig zerschlagen

Diese Vorstellungen legen wir allen antifaschistischen Kräften zur Überlegung und Diskussion vor.

Ausgehend von diesen Zielen richten wir unseren Appell an das chilenische Volk.

Das ist unsere Perspektive. Wir glauben, daß sie durch ihre Objektivität gekennzeichnet sein wird, da sie einen Teil der realen Möglichkeiten und Bedürfnisse Chiles verkörpert, gerecht und durchführbar ist sowie eine grundlegende Lösung der Probleme des Landes gewährleistet. Sie enthält unserer Meinung nach die gegenwärtigen und künftigen Probleme der Werktätigen und des Vaterlandes.

Wir Vertreter der Parteien der Unidad Popular im Ausland, die wir uns für die permanente Unterstützung des Kampfes im Inneren des Landes einsetzen, erwarten, daß dieses Dokument ein positiver Beitrag für den Kampf um die Freiheit sein wird, daß es eine Stütze für die entschlossenen Kämpfe ist, die natürlich innerhalb der Grenzen des verängstigten Vaterlandes ausgetragen werden.

Tagtäglich werden Aktionen gegen den Faschismus geführt. In Chile reift die Überzeugung heran, daß die Garantie besteht, nach dem Sturz Chaos, Machtlücken und Anarchie zu vermeiden und ein neues Leben aufzubauen, in dem die gesellschaftliche Disziplin mit der Verantwortung eines Landes einhergeht, das fähig ist, den Faschismus endgültig zu zerschlagen und für immer die Gefahr einer möglichen Wiederholung dieser Tragödie zu bannen.

Die neue Gesellschaft wird durch den Willen ihres Volkes gekennzeichnet sein. Sie wird niemanden ausschließen, der zu ihrer Errichtung beiträgt. Sie benötigt die Unterstützung aller Antifaschisten, einschließlich jener Angehörigen in den Streitkräften, die es für ein Verbrechen halten, daß die Streitkräfte mißbraucht werden, um Chile zu unterdrücken und Landsleute zu ermorden, im Interesse ihrer ausländischen, imperialistischen Herren und einer oligarchischen Minderheit, die raubt und das Land ungestraft aufteilt.

**Sozialistische Partei Chiles
Christliche Linke
MAPU**

**Kommunistische Partei Chiles
Radikale Partei
MAPU (Arbeiter und Bauern)**

(Quelle: Horizont, Berlin, Nr. 41 und 42/1976)

Belgrader Kommuniqué der Unidad Popular

In Belgrad, Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien, fand vom 25. bis 28. September 1976 unter Vorsitz des Exekutivsekretärs (Clodomiro Almeyda, d. Red.) die ordentliche Versammlung des Politischen Komitees der Unidad Popular im Ausland statt.

Die Versammlung wurde mit einem besonderen Gruß des Vertreters der Sozialistischen Allianz des Arbeitenden Volkes von Jugoslawien, Genosse Alexander Bakočević, eröffnet, der die Solidarität seiner Heimat und seines Volkes mit dem chilenischen antifaschistischen Widerstand bekräftigte. Genosse Clodomiro Almeyda dankte ihm für seine Worte.

Die Arbeit der Versammlung begann mit einem Bericht über die Tätigkeiten des Exekutiv-Sekretariats.

Die Versammlung diskutierte und ratifizierte die ausgearbeiteten organisatorischen Prinzipien, die in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der vorausgegangenen Versammlung von Oaxtepec in Mexiko der Regelung der Arbeit der Unidad Popular im Ausland dienen. Außerdem wurden mehrere Beschlüsse gefaßt, die die Arbeit des Exekutiv-Sekretariats erleichtern und fördern sollen. Die Versammlung traf verschiedene Maßnahmen, die darauf zielen, die Arbeit des Zentralen Solidaritätsbüros in Rom zu stärken und die Unterstützungsaktivitäten der weltweiten Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk zu dezentralisieren.

Neue Junta-Verurteilungen durch internationale Organisationen

Die Versammlung nahm die Erklärung der kürzlichen Zusammenkunft der Staatsschefs nichtpaktgebundener Länder in Colombo zur Kenntnis, in welcher der lateinamerikanischen Führer Salvador Allende geehrt wird. Sie bekannte sich zu den Beschlüssen der Organe der Vereinten Nationen, in denen die faschistische Junta verurteilt wird und begrüßte die Entscheidung der nichtpaktgebundenen Länder, sich mit dem chilenischen Volk zu solidarisieren. Sie nahm den letzten Beschluß des UN-Ausschusses zur Verhinderung von Diskriminierung und zum Schutz der Minderheiten zur Kenntnis, in dem eine tiefe Mißbilligung der ständigen offenen Verletzung der Menschenrechte in Chile kundgetan wird, die sich in Gestalt verbreiteter Folterungspraktiken, verschwundener Personen und willkürlicher Verhaftungen ausdrücke. In diesem Beschluß werden außerdem die Menschenrechtskommission und der Generalsekretär der UNO aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um diesem Zustand ein Ende zu setzen.

Die Versammlung wurde über die Arbeit der Ad-hoc-Gruppe der Vereinten Nationen informiert, die die Verletzung der Menschenrechte in Chile untersucht und deren Bericht der XXXI. Generalversammlung der Vereinten Nationen vorgelegt werden soll. Sie beschloß verschiedene Maßnahmen, um sicherzustellen, daß im Verlauf dieser Versammlung die Vereinten Nationen die faschistische Junta härter verurteilen und Maßnahmen treffen, damit in Chile Menschenrechte und demokratische Freiheiten wieder geachtet werden.

Die Versammlung nahm den am 11. September d. J. verab-

schiedeten Beschluß des Büros der Sozialistischen Internationale zur Kenntnis, in dem die Verurteilung der Junta bekräftigt und die Weltöffentlichkeit dazu aufgerufen wird, den Kampf des chilenischen Volkes für die Wiederherstellung der Demokratie zu unterstützen.

Sie nahm auch die jüngste Erklärung der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der chilenischen Militärjunta von Stockholm und den Aufruf zur Kenntnis, den diese an die Weltöffentlichkeit, an die Vereinten Nationen, an die Regierungen und an nationale und internationale Organisationen richtete. Der Aufruf fordert die Wiederherstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten in Chile sowie die Aufklärung über das Schicksal der verschwundenen Gefangenen, die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Auflösung der DINA, die Einstellung illegaler Verhaftungen und die Freilassung der politischen Gefangenen. Gleichzeitig beschloß sie, die wirksame Arbeit dieser Kommission, die die Welt über die Verbrechen der Junta informiert und sie anprangert, zu unterstützen.

Rettung der Verschwundenen und . . .

Man untersuchte die Situation der Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Widerstand und betonte die wachsende Bedeutung, die sie für die politische und wirtschaftliche Iso-



lierung der faschistischen Diktatur hat. Die Versammlung konstatierte auch die entscheidende Rolle der Solidaritätsbewegung als Rückhalt des Kampfes, den die chilenischen Patrioten im Land selbst führen.

Man verabschiedete mehrere Beschlüsse, um in den nächsten Monaten die Chile-Solidaritätsbewegung zu verstärken mit dem Ziel:

- der Rettung des Lebens der Verschwundenen,
- der Auflösung der DINA,
- der Befreiung der politischen Gefangenen,
- der Aufhebung des Ausnahmezustandes,

Chile-Entschließung der Sozialistischen Internationale

Das Büro der Sozialistischen Internationale erklärt zum 3. Jahrestag des militärischen Putsches in Chile: Der gewaltsame Sturz der Regierung Allende, die demokratisch gewählt wurde, führte zur systematischen Unterdrückung der grundlegenden demokratischen Rechte sowie der politischen und gewerkschaftlichen Betätigung des chilenischen Volkes. Tausende sind auch heute noch verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt. Belagerungszustand, Hunger und Arbeitslosigkeit sind von dramatischer Auswirkung.

Das Büro der Sozialistischen Internationale betrachtet es als unannehmbar, daß im Angesicht der gewaltigen Solidaritätsbeweise für die chilenische Bevölkerung im Kampf um ihre demokratischen Rechte, demokratische Regierungen, internationale Agenturen und multinationale Konzerne die chilenische Junta wirtschaftlich und finanziell unterstützen.

Die Sozialistische Internationale fordert die Beendigung weiterer Waffenverkäufe an die chilenische Armee und der Bewilligung neuer Kredite sowie die Stundung der alten Schulden und fordert von allen sozialistischen Parteien, sich aktiv für die Wiederherstellung der demokratischen und menschlichen Rechte der chilenischen Bevölkerung einzusetzen.

Die Sozialistische Internationale sichert nochmals ihre volle Unterstützung der Radikalen Partei Chiles zu sowie allen demokratischen Kräften, die im Kampf gegen die Junta stehen, im besonderen jedoch der Unidad Popular.

(Quelle: Sozialistische Korrespondenz, Nr. 19/Oktober 1976)

- der politischen und wirtschaftlichen Isolierung der Junta,
- der Unterstützung des Kampfes des chilenischen Volkes gegen Armut und Arbeitslosigkeit, für die Wiedererlangung seiner Rechte und Freiheiten und für eine unabhängige Entwicklung des Landes.

Diesbezüglich wird eine wichtige Aufgabe darin bestehen, die Weltöffentlichkeit über die Lage tausender Verschwundener, die sich in den Händen der Junta befinden und deren Leben in Gefahr ist, zu informieren und sie zu mobilisieren. Zu den Verschwundenen gehören hervorragende und geschätzte Volksführer wie Exequiel Ponce, Víctor Díaz, Jorge Muñoz, Ricardo Lagos und Bernardo Araya.

In der Versammlung wurde bekanntgegeben, daß der Exekutivsekretär der Unidad Popular ein Kommuniqué an die Staats- und Regierungschefs aller Länder der Welt gerichtet habe, in dem er das verbrecherische Verfahren der illegalen Verhaftungen und das Verschwindenlassen der Verhafteten anzeigt; einer Verfahrensweise, die in Tausenden von chilenischen Familien Schmerz verbreite:

... Ausweitung des Boykotts gegen die Junta

Im gleichen Sinne wurde auch die Notwendigkeit unterstrichen, die weltweite Kampagne fortzusetzen, um die Freiheit von Luis Corvalán, José Cademartori, Carlos Lazo, Erich

Schnake, Jorge Montes, Roberto Sapiain, Fidelio Herrera, Daniel Vergara, Leopoldo Luna, Carlos Raigadas, Bautista van Schowen und aller politischen Gefangenen, die sich in den Kerkern der Junta befinden, zu erzwingen.

Die Versammlung nahm Kenntnis vom Ablauf der Kampagnen zur wirtschaftlichen Isolierung der Junta und würdigte besonders die Erfolge, die in diesem Bereich erzielt wurden. Ein Beispiel dafür ist die kürzliche Zurückstellung eines wichtigen holländischen Investitionsprojekts in Chile, das durch den solidarischen Kampf des Volkes dieses Landes erreicht werden konnte.

Die Versammlung traf die notwendigen Vorkehrungen, um den Kampf zur wirtschaftlichen Isolierung der faschistischen Junta zu intensivieren. Dabei geht es an erster Stelle um die Einstellung der Waffenverkäufe und Lieferungen, die von der Diktatur dazu benutzt werden, das chilenische Volk zu töten und zu unterdrücken, sowie um einen Boykott der chilenischen Nahrungsmittelexporte, die dazu beitragen, den Hunger der Werktätigen zu vergrößern. Außerdem sollen die ausländischen Investitionen gestoppt werden, die nur den Interessen der Monopole dienen und die Abhängigkeit und Deformierung der chilenischen Wirtschaft verstärken.

Die Versammlung beschloß, die Initiative des „Hauses von Chile“ in Mexiko zur Durchführung eines internationalen Treffens zu unterstützen, in dem unter aktiver Teilnahme der antifaschistischen Kräfte des Kontinents die Rolle der Streitkräfte in Lateinamerika untersucht werden soll.

Die Versammlung versprach auch die Initiative der im Exil lebenden chilenischen Universitätsangehörigen und Wissenschaftler ihre Unterstützung, die sich organisieren wollen, um besser zum Kampf um die Verteidigung der Wissenschaft, der Kultur und der Universität in Chile beitragen zu können; Bereichen, denen die reaktionäre Politik des Faschismus großen Schaden zufügt.

Kurs auf eine Politik der antifaschistischen Einheit

Bezüglich der Aktivitäten zur Vertiefung der programmatischen Leitlinien der Unidad Popular billigte die Versammlung die Arbeit des Exekutiv-Sekretariats, die das Ziel hatte, daß die Chilenen im Exil einen möglichst großen Beitrag zur Ausarbeitung des Programms der Unidad Popular leisten. Dieses Programm befindet sich in Vorbereitung und es wurden verschiedene Maßnahmen getroffen, um die damit zusammenhängenden Maßnahmen voranzubringen und zu verbessern. Die Versammlung nahm auch die Vorschläge des Exekutiv-Sekretariats an, die die Informations-, Verbreitungs- und Propagandatätigkeit des chilenischen Widerstandes orientieren, koordinieren und rationeller gestalten sollen.

Bezugnehmend auf politische Angelegenheiten wertete die Versammlung besonders die jüngste Politische Deklaration der Unidad Popular, die am 11. September d. J. unter dem Titel „Durch die antifaschistische Einheit den Sturz der Junta erzwingen“ erschien. In ihr wird eine politische Alternative ausgearbeitet, die das Ziel hat, dem Kampf des chilenischen Volkes um Freiheit und Unabhängigkeit Orientierung zu verleihen und ihn voranzutreiben, die Verständigung zwischen den Mitgliedsparteien zu vertiefen und die breiteste Einheit aller antifaschistischen Kräfte gegen die Junta voranzutreiben.

Die Versammlung widmete sich dann der Ausarbeitung dieser Einheitspolitik auf der Grundlage gemeinsamer Aktionen all jener Kräfte, die in Opposition zur Militärjunta stehen, um die gegenseitige Annäherung zu erleichtern, und eine breite politische Allianz zu bilden, die alle chilenischen Antifaschisten umfaßt.

Wir schlagen allen chilenischen Demokraten vor, gemeinsame Aktionen zu entfalten auf der Grundlage einer Plattform mit folgenden gemeinsamen Zielpunkten:

1. der Verteidigung der Menschenrechte, der Rettung des Lebens der Verschwundenen und der Freiheit für die politischen Gefangenen;
2. der Auflösung der DINA;
3. der Verteidigung der patriotischen Kultur, der Erziehungswerte und der Zukunft der chilenischen Jugend, welche von der faschistischen Diktatur stark angegriffen werden;
4. des Kampfes des Volkes gegen Armut, Arbeitslosigkeit und gegen die Ausbeutung des Landes durch in- und ausländische Monopole.

Hierzu wurde dem Exekutiv-Sekretariat die Aufgabe übertragen, die notwendigen Schritte zur Verwirklichung dieser Vorsätze, insbesondere mit der Christdemokratie, zu unternehmen.

Es wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß der Jugendverband der Unidad Popular ähnliche Bemühungen mit dem gleichen Ziel unternimmt.

Ebenso beschloß man, alle Ansätze zu unterstützen, die dahin gerichtet sind, die gewerkschaftliche Einheit der chilenischen Werktätigen und ihren Dachverband, die CUT (Einheitszentrale der Werktätigen Chiles, d. Red.), zu stärken, damit sowohl im Lande selbst als auch im Ausland mit einer einheitlichen Zielrichtung gekämpft wird.

Die Versammlung schätzte den Einsatz der Kirchen für die Wiedererlangung der Freiheiten, die den Chilenen genommen wurden, und zur Verteidigung der Menschenrechte, hoch ein.

Die Versammlung beschloß, die Gespräche mit der MIR (Bewegung der Revolutionären Linken, d. Red.) über eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Solidarität mit Chile fortzusetzen und über Vereinbarungen für gemeinsame Aktionen gegen die Diktatur zu treffen, um eine politische Annäherung zu erleichtern. Der Exekutiv-Sekretär wird über die Form der Konkretisierung solcher Vereinbarungen entscheiden.

Andenken an O. Letelier und L. Figueroa

Die Versammlung nahm Kenntnis vom kürzlichen Treffen der antifaschistischen chilenischen Christen in New York unter der Schirmherrschaft des Nationalen Kirchenrates der Vereinigten Staaten, bei dem hervorragende Persönlichkeiten der Christdemokraten und von Parteien der Unidad Popular zusammenkamen (siehe das hier beigefügte Dokument des New Yorker Christentreffens, d. Red.). Die Versammlung wertete die dort getroffenen Beschlüsse als einen bedeutenden Beitrag zur Einheit der antifaschistischen Kräfte Chiles.

Die Versammlung gedachte bewegt des Andenkens an Orlando Letelier – den früheren chilenischen Botschafter in den Vereinigten Staaten während der Regierung der Unidad Popular und ehemaligen Innen-, Außen- und Verteidigungsminister unter Präsident Allende –, der kürzlich von Schergen Pinochets und der DINA in Washington ermordet wurde und dem die Junta wenige Tage zuvor willkürlich die chilenische Staatsbürgerschaft aberkannt hatte. Er wurde als Beispiel eines unermüdlichen und herausragenden Widerstandskämpfers gewürdigt. Vor der zivilisierten Welt wurde Anklage erhoben gegen die verbrecherischen Methoden, die der chilenische Faschismus anwendet, um das Leben jener zu zerstören, die im Ausland für die Freiheit Chiles kämpfen.

Die Unidad Popular gedachte mit besonderer Bewegung des Genossen Luis Figueroa, des Präsidenten der CUT, der kürzlich in Stockholm verstarb. Der unermüdliche Kämpfer der

chilenischen Arbeiterklasse arbeitete im Exil, fern seiner Heimat und von den Faschisten seiner Staatsangehörigkeit beraubt, arbeitete bis zu seinem letzten Lebenstag für die Freiheit Chiles. Die einheitliche Huldigung, die die Arbeiter der Welt ihm nach seinem Tode darbrachten, ist ein würdiges Zeugnis der Anerkennung eines vorbildlichen Lebens im Dienste seiner Klasse und des ganzen chilenischen Volkes.

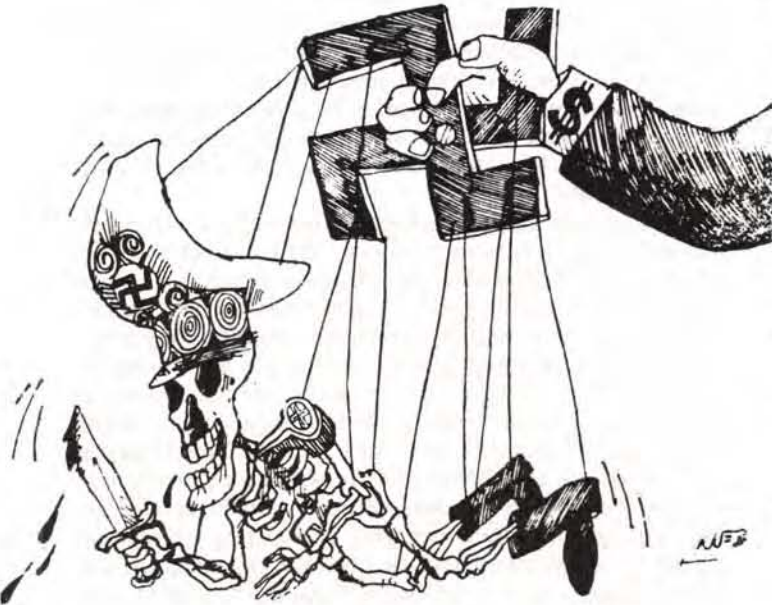
Zum Abschluß wandte sich die Versammlung des Politischen Komitees der Unidad Popular an die Sozialistische Allianz der Arbeitenden Bevölkerung Jugoslawiens, um ihr für die großzügige Gastfreundschaft zu danken, die diese wichtige Versammlung ermöglichte. Durch den Geist der Einheit und Kampfbereitschaft, der ihre Arbeit auszeichnete, und durch die wichtigen und positiven gefaßten Beschlüsse stellt sie einen bedeutsamen Markstein im Kampfe des chilenischen Volkes um Demokratie und Freiheit dar.

(Quelle: Hektographiertes Material der Unidad Popular, Belgrad, 28. September 1976)



Obwohl von der Junta hinter Mülltonnen verbannt, trägt Pablo Nerudas Grab stets frische Blumen

New Yorker Erklärung chilenischer Christen



Herr Präsident des Obersten Gerichtshofes!

In Benutzung des uns gesetzlich vorgegebenen Petitionsrechts wenden wir uns an den Obersten Rat, dem Sie vorstehen, als Chilenen, denen die heute in unserem Land vorzufindende Situation tiefe Sorge bereitet.

Am Freitag, dem 6. August 1976 wurden die Rechtsanwälte Jaime Castillo und Eugenio Velasco des Landes verwiesen aufgrund der Beschuldigung, Ruhe und innere Ordnung schwer bedroht zu haben – Vorwürfe, die sich stützen sollen auf „konkrete Präzedenzfälle der Teilnahme dieser Bürger an Aktivitäten subversiven Charakters“. Beide Anschuldigungen, allgemein und haltlos, sind nicht geprüft worden. Obwohl die Anklagepunkte, auf die sie sich gründen, bis zum Augenblick nicht offengelegt wurden, ist man einfach dazu übergegangen, den beiden Herren Castillo und Velasco auf administrativem Wege die schwere Last des Ausgewiesenseins aufzuerlegen, ohne daß irgendein Gericht von der Sache in Kenntnis gesetzt worden wäre. Und mit Ihrer voreiligen Vollstreckung setzten Sie sich nicht nur über die Einwirkungsmöglichkeiten der Justiz hinweg, indem Sie mit Ihrer Entscheidung den zugunsten der Geschädigten beantragten Rechtsschutz auf Berufung mißachteten. Überdies wurden die Herren Castillo und Velasco gequält und ersterer in Handschellen gelegt und brutal geschlagen, wobei man seine Kleidung zerriß und ihm außerordentliche Verletzungen zufügte. Wir haben es folgerichtig mit einem flagranten Verstoß gegen die Rechtssprechung und mit einer schweren Verletzung der Menschenrechte zu tun.

Diese Tat hat eine derart große Beachtung gefunden wegen der erhabenen menschlichen Eigenschaften und des großen nationalen und internationalen Ansehens der Ausgewiesenen

und in Anknüpfung an viele andere, ähnliche oder schlimmere in unserem Lande vorgekommene Fälle, die die Sicherheit, die Freiheit und sogar das Leben dieser Personen betreffen.

Sie wissen, Herr Präsident, daß die Herren Jaime Castillo und Eugenio Velasco ausgezeichnete Rechtsanwälte und Hochschullehrer mit einer langen, makellosen Laufbahn sind. Wir sind sicher, daß es für die Mitglieder des Obersten Gerichtshofes genauso wie für uns unfaßlich ist, daß der eine oder der andere an subversiver Tätigkeit teilgenommen haben soll. (. . .)

Der Prozeß ihrer Verhaftung und Ausweisung, der die Wahrfähigkeit ihrer vorher vorgebrachten Beschwerden nur bestätigt, erscheint wie ein Racheakt oder eine Repressalie gegen sie.

Junta bricht Übereinkunft mit der OAS

Denn in einem offenen Brief (voller Wortlaut in AIB, Nr. 7-8/1976, d. Red.) an die anlässlich der Tagung der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) in Santiago versammelten Außenminister hatten die Herren Castillo und Velasco vor kaum zwei Monaten die schweren Gewalttätigkeiten angezeigt, mit denen in unserem Land die Menschenrechte verletzt werden und die sich bekanntlich auch auf die Ausübung der Rechtsanwaltpflichten erstrecken. Damals äußerten Vertreter der chilenischen Regierung gegenüber Juristen der OAS, daß sie eine Überprüfung der Beschwerden als Zeichen für die in unserem Land gültige Respektierung des Gesetzes und der Freiheit veranlassen würden. Die Versammlung der OAS insistierte ihrerseits bei jener Übereinkunft darauf, daß die chilenische Regierung die Zusammenarbeit mit der Interamerikanischen Menschenrechtskommission fortsetzen solle, was die Gewährung der für ihre Arbeit unabdingbaren Garantien für Institutionen und für solche Personen erfordere, die Informationen, Hinweise oder Beweise für die Erhellung der Sachlage lieferten.

Die Ausweisung der Herren Castillo und Velasco bedeutet eine Verhöhnung dieser Übereinkunft. Und Maßregeln wie diese provozieren eine internationale Reaktion, von der man dann nicht behaupten kann, daß sie ein Produkt der marxistischen Propaganda gegen Chile sei. Wie in ihrem erwähnten Dokument, warfen die Herren Castillo und Velasco die Frage auf, ob die Praktizierung der Regierungsbefugnisse ins Unbestimmbare hinein verlängert würden, sich immer weiter ausdehnend und mehr Sektoren und Personen erfassend? Und heute erleben wir Schläge gegen zwei Männer wie diese, die sich hervorgetan haben eben durch ihre Rechtsergebenheit; der eine hatte den Justizministerposten inne, der andere war Dekan der juristischen Fakultät der Universität von Chile und integrierter Rechtsanwalt des Obersten Gerichtshofes. Wen trifft es Morgen?

Unsere Sorge ist nicht um unseretwillen. Sie gilt Chile, seinem Volk, seiner historischen Bestimmung. Wir sehen seine Institutionen, Universitäten, Berufsorganisationen, Gewerkschaften und Gremien, die Presse, die Kultur, die Recht-

sprechung unter der Last der Verdächtigung und der Überwachung, wenn nicht physischer Repression, dahinsiechen. Hinzu kommt die Schwierigkeit der ökonomischen Situation, die sich im Niedergang der Produktion und höchsten Raten an Inflation und Arbeitslosigkeit ausdrückt, während sich das Elend und die Verzweiflung unter der großen Masse der Arbeiter, in wichtigen Berufsbereichen und unter den Mittelschichten ausbreitet. Die beunruhigende Isolierung Chiles im internationalen Rahmen vervollständigt dieses Bild.

Wir beobachten mit Beängstigung, daß dieses Land – das über 150 Jahre zu Freiheit, Recht und friedlichem, demokratischem Zusammenleben erzogen wurde, das hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit als führend galt und weltweites Ansehen errang – fortgerissen zu werden droht von Willkür, Einschüchterung und systematischem Ausschluß gegen alles Abweichende. Man steuert auf eine Zukunft der Gewalt zu, in der Haß und Vorurteile gedeihen, ohne daß man nach einem Weg in Richtung Frieden und Eintracht sucht.

Wir denken, daß dies die schlimmste Verneinung der spezifischen Charakterzüge der Persönlichkeit Chiles in seiner gesamten Geschichte ist und daß sie, wenn man diesen Weg nicht bald berichtigt, mit der Zerstörung des Wertvollsten des nationalen Wesens enden wird. Chile wird aufhören, Chile zu sein. (. . .)

Schluß mit illegalen behördlichen Verschleppungen, Verhören und Verhaftungen!

Wenn man den Notstand von einem außerordentlichen und vorübergehenden Zustand in eine normale, andauernde Situation überführt, indem man der Regierung alle Gewalt zuspricht, um sie für sich allein zu deklamieren und anzuwenden, um den Spielraum aller Gegenkräfte und politischen wie juristischen Kontrollen, die das Recht einräumt, zum überflüssigen Ereignis zu erklären, dann sinkt die Autorität zum völligen Nichts herab und das verbriefte Recht bleibt auf der Strecke.

Wenn jede Person festgehalten werden kann, ohne ausdrücklichen Grund oder ohne Intervention der Justiz, im Gefängnis gehalten werden kann, verbannt oder für verschwunden erklärt, abgeschnitten von ordentlicher Rechtshilfe von ihren Häschern, d. h. von verschiedenen Unbekannten, verhört,

bedroht, drangsaliert und unterdrückt, ohne ein Gerichtsverfahren anzusetzen und sie zur Rechenschaft zu ziehen, dann laufen die meisten feierlichen Erklärungen zu den Menschenrechten auf Täuschung oder Sarkasmus hinaus. (. . .)

In der heutigen Wirklichkeit Chiles, in der die Gerichte eine einheitliche Macht des Staats verkörpern, der seinen Rechtsursprung voll geltend macht, hängt die Rechtswirksamkeit der Rechtsordnung und der Menschenrechte mehr denn je von der Weisheit und Standhaftigkeit ab, mit der der Oberste Gerichtshof seine Kompetenz wahrnimmt.

Der Fall der Herren Jaime Castillo und Eugenio Velasco stellt einen entscheidenden Markstein in dieser Frage dar. Angesichts dieser Manifestation des Mißbrauchs und aufgrund des persönlichen Ansehens der Geschädigten wird offenbar, daß gegenwärtig in unserem Land keine Person ihrer Freiheit noch der Respektierung ihrer elementarsten Rechte sicher sein kann, was außerdem den – der nationalen Sicherheit gerecht werdenden – guten Ruf Chiles im Ausland untergräbt.

Aus allen diesen Gründen suchen wir den Obersten Gerichtshof nach, daß er entsprechend dem Verdienst der hier vorgelegten Fälle und ohne Beeinträchtigung des den Herren Jaime Castillo und Eugenio Velasco zustehenden Rechtsschutzes, die notwendigen Maßnahmen ergreift, um die Beendigung der unbegründeten Verhaftungen sicherzustellen sowie die Verhaftungen zu unterbinden, die von Organisationen vorgenommen werden, die hierzu durch kein öffentliches Gesetz legitimiert sind. Auch muß die Verschleppung der Verhafteten an unbekannte Orte, wo sie für unbeschränkte Zeit festgehalten werden, beendet werden; desgleichen die Verhöre durch Behörden oder Personen, die nichts mit der Justiz zu tun haben, und die übereilte Durchführung von Ausweisungen, bevor von einem zuständigen Gericht über die eingereichten Berufungen geurteilt wurde. Beendet werden muß die behördliche Verzögerung von Informationen, die für den Urteilsspruch über die eingereichten Berufungen notwendig sind und alle weiteren Unregelmäßigkeiten, welche die Menschenrechte verletzen und gegen die Rechtsstaatlichkeit in Chile verstoßen.

Mit der Bitte an den Herren Präsidenten, dieses Gesuch dem Gericht zur Beurteilung vorzulegen, grüßen wir Sie mit vorzüglicher Hochachtung.

(Quelle: Hektographiertes Material, New York, 18. 8. 1976)



Bestellen Sie ihn **jetzt**, den neuen **Wandkalender für 1977**

Kinder malen unsere Welt (2)

Format: 42 x 29,5 cm
mit 13 von Kindern aus aller Welt gemalten farbigen Motiven zum Preisstopp-Preis von 10,- DM

Zu beziehen bei:

PLAMBECK & Co

Druck und Verlag GmbH
Verkaufsabteilung
Postfach 920
Xantener Straße 7, 4040 Neuss
Telefon (0 21 01) 5 70 81-88

Oswin Hartung

Militärputsch und Geschichte der Thai-Gesellschaft

Als am 6. Oktober dieses Jahres in Thailand durch einen blutigen Putsch die Militärs nach dreijähriger Unterbrechung erneut die Macht an sich rissen, zerstörte dieses Ereignis einen Teil der Hoffnungen, die nach dem Sieg der indochinesischen Völker und des teilweise erzwungenen Rückzuges der USA aus diesem Raum hinsichtlich einer Politik der Entspannung zwischen den Staaten dieser Region entstanden waren. Neben den negativen Auswirkungen auf die globalen politischen Verhältnisse in Südostasien markiert dieser Putsch das Ende einer dreijährigen Ära von bürgerlich-demokratischen Verhältnissen in Thailand, im übrigen der längsten in der Geschichte des Landes. Damit wird aber auch deutlich, wo die USA nach wie vor die Grenzen der Entfaltung demokratischer Rechte der Völker dieser Region sehen, wenn ihre ökonomischen und politisch-strategischen Interessen tangiert werden, denn ohne massive Rückendeckung des Pentagon und der CIA ist an eine Aufrechterhaltung der Herrschaft der neuen bzw. alten Militärclique in Thailand nicht zu denken.

Bei einer realistischen Betrachtung der politischen Entwicklung Thailands zwischen 1973 und jetzt war jedoch ein solcher Putsch zu erwarten, da einerseits die inneren Widersprüche des Landes in den letzten Jahren sprunghaft zu Tage traten und da andererseits die demokratische Bewegung in ideologischer und organisatorischer Hinsicht noch zu schwach entwickelt ist. Um dies verständlicher zu machen, sollen im folgenden die ökonomisch und politischen Entwicklungslinien Thailands bis hin zur aktuellen Situation skizziert werden.

Thailands nichtkoloniale Abgeschlossenheit

Vergleicht man die Geschichte Thailands mit der der angrenzenden Staaten, so fällt als ein wesentliches Faktum auf, daß Thailand während des 19. oder 20. Jahrhunderts nie in kolonialer Abhängigkeit stand¹.

Dieser Status ist sowohl auf geographische als auch auf ökonomische Gründe zurückzuführen. Geographisch lag Thailand abseits der Hauptzielorte des europäischen Handelskapitals und ökonomisch erschien es nicht als lohnendes Objekt der Plünderung für die europäischen Kolonialmächte. Es kam Thailand weiterhin zugute, daß es eine geographische Mittelstellung zwischen dem englischen und dem französischen Kolonialreich einnahm, und so durch Ausnutzung der Widersprüche zwischen beiden Mächten eine beschränkte politische Souveränität wahren konnte. Erst mit der Entwicklung der industriellen Revolution und der damit verbundenen ungeheuren Ausweitung des Weltmarktes vollzog sich ein stärkerer Einfluß auf die inneren ökonomischen Bedingungen Thailands: Diese etwa ab Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzende Politik hat ihren Modellcharakter bis heute beibehalten. Sie zeichnete sich aus durch ständige, aber z. T. wechselnde Kollaboration mit imperialistischen Mächten, wobei Souveränitätsrechte weitgehend aufgegeben wurden und damit eine offene Gewaltanwendung von Seiten ausländischer Mächte nie notwendig wurde.



Grundlage der ökonomischen Verhältnisse war eine Art Subsistenzwirtschaft, die wesentlich auf dem Reisanbau gründete. Das agrarisch genutzte Land war zum überwiegenden Teil immer Eigentum der Bebauern, wobei sich die Form der Ausbeutung in der thailändischen Feudalgesellschaft in der Arbeitsrente vollzog. Aufgrund günstiger klimatischer und geographischer Faktoren ergab sich eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Reis, so daß weder durch die Vermehrung der Bevölkerung noch durch härtere Ausbeutungsbedingungen ein wesentlicher Druck auf die Besitzverhältnisse des Landes ausgeübt wurde. Dem Feudalsystem mit dem König an der Spitze oblagen im wesentlichen Aufgaben der militärischen Sicherung des Landes, da ständige Auseinandersetzungen speziell mit den Burmesen gegeben waren.

Aufstieg der demokratischen Bewegung in den 30er/40er Jahren.

Ein entscheidender Störfaktor in diesem System der ökonomischen Reproduktion entwickelte sich mit der Einwanderung der Chinesen, die zum Beginn des 19. Jahrhunderts stark einsetzte. Da ihnen der Besitz an Grund und Boden verwehrt war, suchten sie ihre Betätigung im wesentlichen im Handel, so daß das nun entstehende Handels- und Wucherkapital fast vollständig von ihnen dominiert wurde. Sie zogen damit als finanzstarke Konkurrenten des Amtsadels in die herrschende Klasse ein.

Wurde bereits eingangs die wichtige Funktion der Reissproduktion in der Ökonomie Thailands hervorgehoben, so

schaffte gerade der beträchtliche Reisüberschuß, der exportiert wurde, die wesentlichste Verflechtung mit dem Weltmarkt. Diese Verbindungen wirkten sich besonders Anfang der dreißiger Jahre während der Weltwirtschaftskrise als stabilitätszerstörender Faktor für das innere Herrschaftsgefüge Thailands aus. Denn die Verschlechterung der ökonomischen Lage führte zum Sturz der absoluten Monarchie 1932 durch die Zivil- und Militärbükratie. Dieses Datum markiert einen wesentlichen Einschnitt in der thailändischen Geschichte, da von da ab mit kurzen Zwischenperioden bis jetzt die Staatsgewalt in den Händen einer westlich ausgebildeten Bürokratie lag, die sich wesentlich aus Mittelschichten im Bereich der Zivilverwaltung und der Militärs rekrutierte. Über das Zwischenstadium der Kontrolle des Staatsapparates versuchte sie sich als echte Bourgeoisie zu etablieren.

Zwar war die anfängliche Ausrichtung der Revolte 1932 durch einen sozialreformerischen Flügel innerhalb der neuen Regierung, repräsentiert durch Pridi Phanomyong, stark geprägt, jedoch wurde dieser innerhalb von kurzer Zeit von rechten Militärs entmachteter. In der Folgezeit bis zum 2. Weltkrieg wurden so die zaghaften Ansätze einer demokratischen Bewegung wieder zerstört. Während des 2. Weltkrieges befand sich Thailand aus Opportunitätsgesichtspunkten an der Seite Japans und gab damit kampfflos seine Souveränität auf. Der antifaschistische Widerstandskampf, geführt durch die Bewegung „Freies Thailand“, der auch die 1942 gegründete Kommunistische Partei Thailands angehörte, erreichte zwar nicht die Stärke wie in Indochina, entfaltete jedoch eine demokratische Bewegung, die 1945 die Macht übernahm.

In der nun folgenden Periode bis 1947 kam es zu einer breiten Entfaltung demokratischer Rechte, so wurde ein fortschrittlicher Dachverband der Gewerkschaften gegründet, und die KPT konnte zum ersten und einzigen Male legal operieren.

Unterwerfung unter den US-Imperialismus

Der Putsch, der Ende 1947 wieder die politischen Kräfte an die Macht brachte, die bereits mit dem japanischen Faschismus paktiert hatten, leitete eine Etappe thailändischer Geschichte ein, die eine vollständige Unterordnung sowohl in

der Innen- als auch in der Außenpolitik unter die ökonomischen und politisch-strategischen Ziele der USA brachte².

Auf der militärischen Ebene war es vordringlichstes Ziel der US-Politik, einen möglichst großen Handlungsspielraum in Thailand zu haben, um sich so ein mögliches Aufmarschgebiet im Sinne der „Roll-Back-Politik“ gegen die VR China und die starken antiimperialistischen Bewegungen in den Nachbarländern zu schaffen.

Die ökonomische Zielsetzung war im wesentlichen darauf gerichtet, einen Handlungsspielraum für das expandierende japanische Kapital zur Verfügung zu stellen.

Die unmittelbare Umsetzung dieser Ziele gelang den USA bereits 1950 mit dem Abschluß eines ersten Wirtschafts- und Militärhilfvertrages³, der Teilnahme thailändischer Truppenkontingente an der Seite der USA im Koreakrieg sowie durch den Beitritt Thailands 1954 zur Südasiatischen Vertragsorganisation (SEATO).

Gesteigerte US-Militärpräsenz im Indochinakrieg

Innenpolitisch drückte sich die prowestliche Orientierung aus in dem bereits 1947 ausgesprochenen Verbot der KPT, des Verbotes einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung und der Abschaffung aller verfassungsmäßigen Institutionen im Jahre 1951 bis hin zu deren Ersetzung durch ein Militärtriumvirat. Weiterhin wurden alle Parteien mit fortschrittlichen Programmen verboten und eine Kampagne gestartet, die eine Kopie der McCarthy-Hexenjagd darstellte. Einen Einschnitt in dieser Politik stellte ein kurzer Zeitabschnitt in den Jahren 1956/57 dar, in denen eine Reihe von bürgerlich-demokratischen Verfassungsnormen wieder in die Politik eingeführt wurden und als es Anfang 1957 zu Wahlen für ein neues Parlament kam. Dieser Kursschwenk, der Ende 1957 mit der erneuten Auflösung des Parlaments beendet wurde, ist typisch für das Austragen von Differenzen innerhalb der herrschenden Militärclique und des scheinbaren Eingehens auf bürgerliche Oppositionsbewegungen.

Besonders die 60er Jahre lassen sich kennzeichnen durch das massive militärische Engagement der USA in Thailand im



US-Armeestützpunkt und -Luftbasis in Thailand

Rahmen des Indochinakrieges, durch die dadurch bedingten vollständigen Umstrukturierungen der Infrastruktur des Landes und durch die ökonomischen Veränderungen, die sich sowohl als Folge der massiven militärischen Präsenz ergaben, als auch – gerade was die Zunahme der privaten Investitionen angeht – im Rahmen des zunehmenden Kapitalexports der USA und Japans in diese Region. Damit einher ging gleichzeitig eine massive Verschärfung der Widersprüche innerhalb der thailändischen Gesellschaft, so daß es zum einen zu einem Neuaufschwung der demokratischen Oppositionsbewegung nicht nur in den Städten, sondern auch in den verschiedenen ländlichen Gebieten kam, und zum anderen in mehreren Regionen Formen des bewaffneten Kampfes entstanden.

Ausgangspunkt für die Veränderung der US-Militärpolitik war die zunehmende Eskalation des Kampfes in Indochina, wobei die Laoskrise 1962 und zunehmende Aktionen gegen die Basen in Südvietnam zu nennen sind. So wurden ab 1964 in einem zügigen Tempo der Aufbau von insgesamt 7 Luftwaffenbasen und des Hafens Sattahip durch die USA in Angriff genommen. Die Militärpräsenz steigerte sich so bis 1973 auf etwa 50 000 Mann und etwa 600 Flugzeuge⁴, wesentlich B-52 und Phantoms, wobei allerdings die Hauptausbauphase bereits nach 4 bis 5 Jahren abgeschlossen war. Die enorme strategische Verbesserung ist geographisch leicht einsehbar, zumal die überwiegende Anzahl der Basen an der kambodschanischen und laotischen Grenze placiert wurden.

Die einschneidenden ökonomischen Veränderungen, die damit produziert wurden, beziehen sich zum einen auf die innerhalb einer kurzen Zeit entfalteten gigantischen Bautätigkeit, einer unmittelbaren Umschichtung des Arbeitskräftepotentials und der Entstehung eines parasitären „Dienstleistungssektors“, wie Bars etc. Die damit verbundenen umfangreichen Dollardevisenzuflüsse⁵ halfen zwar jetzt das chronische Zahlungsbilanzdefizit auszugleichen, flossen jedoch wesentlich in die Taschen der Kompradoren. Die unmittelbaren Folgen davon zeigten sich in steigenden Inflationsraten und einem Überschuß von spekulativem Kapital, welches nach Anlagemöglichkeiten suchte.

Der „Dollarsegen“ bewirkt bedeutende innere Veränderungen

Der durch das Militärprogramm der USA mitbedingte Ausbau der thailändischen Infrastruktur stellte eine notwendige Basis für die nun in verstärktem Maße einsetzenden Kapitalexporte aus Japan, USA und Taiwan dar. Die sprunghafte Steigerung ausländischer Investitionen in dieser Zeit dokumentieren die Zahlen für die US-Unternehmen: von 25 Mio Dollar 1960 auf 200 Mio Dollar 1970. Etwa doppelt so hoch sind die japanischen Investitionen. Das Gesamtvolumen ausländischer Investitionen betrug bis 1972 im Grundstoffsektor und in der industriellen Fertigung etwa 1 Mrd Dollar, damit ein Drittel des Gesamtvolumens überhaupt⁶.

Dadurch kam es zu einer Umschichtung des Arbeitskräftepotentials, die sich in ihrem Umfang allerdings in Grenzen hielt: Der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen sank etwa um 5 % auf 75 %. Die Arbeiterklasse ist – wie schon hieraus ersichtlich wird – zahlenmäßig sehr schwach; ihr Kern im industriellen Bereich macht 4 % aus (im Bereich Handel: 8 %, im öffentlichen Bereich: 7 %) ⁷.

Zusammenfassend kann für diesen Zeitabschnitt festgestellt werden, daß sich die Arbeits- und Lebensbedingungen breiter Teile der thailändischen Bevölkerung beständig verschlechterten. Zwar profitierte nicht nur die Kompradorenschicht von dem reichen „Dollarsegen“, sondern auch Teile

der Mittelschicht. Die dadurch hervorgerufene inflationäre Entwicklung aber traf vor allem die Lohnabhängigen, da deren Nominaleinkommen gleich blieben und so die Realeinkommen absanken.

In ihrer Auswirkung noch massiver waren die Veränderungen, die sich auf die in der Landwirtschaft Tätigen auswirkten. In Thailand, wo bis zum 2. Weltkrieg Großgrundbesitz so gut wie unbekannt war, vollzog sich eine Monopolisierung des agrarisch genutzten Bodens in Riesenschritten. Seit 1945 stieg die Zahl der Pachtbauern von 15 % auf 50 %, wobei zu beachten ist, daß aufgrund des regionalen Ungleichgewichts in den fruchtbarsten Gebieten der zentralen Ebene das Pachtland noch umfangreicher ist⁸. Ursache hierfür war die zunehmende Verschuldung der Bauern, ihr Ausgeliefertsein gegenüber dem Wucherkapital und die Tendenz, daß das spekulative Kapital der Kompradoren gerade im agrarisch genutzten Boden eine Anlagemöglichkeit suchte.

Neben dieser Zuspitzung im ökonomischen Bereich gab es noch eine Reihe von anderen Problemen, die auf strukturelle Veränderungen der Thai-Gesellschaft drängten. Im Bereich der politischen Administration erlebte die Korruption eine Hochblüte. Der Zentralismus der Administration von Bangkok aus führte zu beständigen Konflikten mit den nationalen Minderheiten im Süden (Malaien), Norden (Bergstämme) und Nordosten (Laoten, Vietnamesen), die neben der ökonomischen auch die politische und kulturelle Unterdrückung spürten.

Der bewaffnete Kampf der „Thai Patriotischen Front“

Die dargestellte Palette der Probleme führte zu einem beträchtlichen Anwachsen der Oppositionsbewegung, die auf gesellschaftliche Veränderungen drängte.

Sie kann im wesentlichen in zwei Komponenten unterteilt werden: Diejenigen Kräfte, die in den verschiedenen ländlichen Regionen des Landes einen koordinierten bewaffneten Kampf aufnahmen und die Erweiterung von Gebieten vorantrieben, die der Regierungskontrolle entzogen sind, und als zweiter Teil eine eher bürgerlich-demokratische Bewegung, die sich vor allem in Bangkok in organisierten Formen artikuliert und mit Maßnahmen wie friedlichen Demonstrationen, Flugblättern und Streiks ihre Rechte artikuliert.

Die Rolle der Kommunistischen Partei Thailands (KPT) in der demokratischen Bewegung einzuschätzen, ist nur bedingt möglich, da sie zum einen seit 1947 in der Illegalität kämpft und zum anderen nur wenige ihrer Programme zugänglich sind, die ins Englische übersetzt wurden. Ihre programmatische Zielsetzung bestand bereits seit den 50er Jahren darin, auf eine breite nationale Front zu orientieren, die den Kampf gegen den eindringenden US-Imperialismus und seine Helfer im Lande führen sollte. In einem 1964 erschienenen Dokument⁹ wird die Pogrammatik einer nationalen Revolution in der Ausarbeitung einer Perspektive für alle Klassen und Schichten, die das nationale Bündnis umfassen sollte, gesehen: Arbeiter, Bauern, Intellektuelle, Klein- und Mittelbourgeoisie und nationale Minderheiten. Als Weg des Kampfes wird der Volkskrieg angegeben. In der Folgezeit suchte die KPT eine starke Anlehnung an die Theorie und Politik des Maoismus.

1965 kam es dann zum Zusammenschluß einer Reihe von antiimperialistischen und nationalen Organisationen – unter Einschluß der KPT – zur „Thai Patriotischen Front“, die auf dieser neuen organisatorischen Stufe den bewaffneten Kampf gegen das Militärregime besonders in den ländlichen Gebieten des Norden und Nordostens begann¹⁰. Der bewaffnete Kampf begann gerade in diesen Regionen um die Entwicklung von „befreiten Gebieten“, da hier die geographischen



14. Oktober 1973: Hunderttausende von Demonstranten protestierten in Bangkok gegen das verhaßte Regime Kittikachorn. Polizeitrupps feuerten in die Menge und töteten hunderte Demonstranten – einen Tag später stürzte Kittikachorn

Gegebenheiten unter strategischem Aspekt günstig sind und da hier das politische Bewußtsein der demokratischen Oppositionsbewegung mit am weitesten fortgeschritten war.

Von einer Ausweitung der Kämpfe bis heute kann ausgegangen werden, denn sie wurden nicht nur durch die zunehmenden innerthailändischen Widersprüche berührt, sondern auch durch die Erfolge der benachbarten indochinesischen Völker beflügelt. Zahlenangaben über die Ausweitung des bewaffneten Kampfes haben alle einen spekulativen Charakter, da sie meistens aus der offiziellen Nachrichtenpolitik des Militärregimes geschätzt werden und die internationalen Verbindungen der Thai Patriotischen Front sehr gering sind. Als Indizien können jedoch gelten: die Anstrengungen der USA zur Entwicklung einer möglichst umfassenden Konterrevolutionsstrategie, die Tatsache, daß 28 Provinzen¹¹ unter Kriegsrecht stehen. Zu diesen Provinzen gehört auch der Süden des Landes, wo die malaiische Minderheit gerade in den letzten Jahren ihre Verbindungen zur Patriotischen Front verstärkt hat.

Die legale Oppositionsbewegung in den Städten

Der eingangs erwähnte zweite Teil der Oppositionsbewegung bezog sich hinsichtlich des Aktionsbereiches im wesentlichen auf das größere Einzugsgebiet Bangkoks. Die Akteure dieser Bewegung stellen eine breite Palette dar, die von den illegalen Arbeiterorganisationen, über Studenten, die fortschrittliche Intelligenz, die Klein- und Mittelbourgeoisie, welche den Konkurrenzbedingungen immer weniger gewachsen ist, bis hin zu bürgerlichen Oppositionspolitikern reichte, welche nur in partiellen Punkten Widerspruch zur herrschenden Clique anmeldeten. Dieses Konglomerat war auch nicht organisatorisch miteinander verknüpft, sondern erreichte nur spontan und an aktuellen Punkten ein gemeinsames Aktionsbündnis. Aktionsformen waren Streiks, Demonstrationen etc. – wobei das politische Ziel einer bürgerlich-demokratischen Verfassung durchgängig ein zentraler Punkt von Auseinandersetzungen war. Wesentliche Aktionshöhepunkte waren der 1968/69 geführte Kampf um die Wiedereinsetzung des Parlaments, Anti-Korruptionsbewegungen 1972 und 1973 und eine Aktionswoche gegen die Überfremdung durch ja-

panische Kapital- und Warenimporte im November 1972¹². Gerade im ersten Halbjahr 1973 zeigte sich ein steiler Anstieg der Streikbewegung¹³, was angesichts der starken Repressionspolitik der Militärs für eine aktionsfähige Organisation der Arbeiterklasse spricht. Inwieweit die KPT dabei eine Rolle spielte, kann aus Gründen der bereits beschriebenen Informationslage nicht weiter aufgeklärt werden, jedoch ist eine solche sicherlich zu vermuten.

Spontane Massenaktionen stürzten Militärs im Oktober 1973

Für manche überraschend, jedoch angesichts der Eskalation der Widersprüche erklärbar, vollzog sich im Oktober 1973 der Sturz der Militärregierung¹⁴.

Die Zuspitzung der Ereignisse wurde eingeleitet durch die Verhaftung von 10 Aktivisten einer „Bewegung für eine neue Verfassung“ am 6. Oktober 1973 durch die Militärs. Die Bewegung, die sich wesentlich aus Universitätsangehörigen zusammensetzte, versuchte durch die Ausarbeitung eines eigenen Verfassungsentwurfs Druck auf die Militärs auszuüben, die selbiges versprochen hatten, ohne erkennbare Realisierungsschritte einzuleiten. Da in den Monaten zuvor eine Reihe von politischen Zugeständnissen der Militärclique durch Protestbewegungen abgerungen worden war, sollte hier bereits der Ansatz einer gefährlichen Entwicklung gestoppt werden. Innerhalb von 10 Tagen entwickelte aber gerade diese Inhaftierung eine noch nie dagewesene Dynamik des spontanen Protestes, so daß es zum Sturz der Militärs kam.

Während der größten Demonstration mit über 500 000 Teilnehmern, die die bedingungslose Freilassung der Inhaftierten forderten, zeigte sich eine beispiellose Solidarität der Bevölkerung in Spenden etc. Beispielsweise fanden sich die Stadtbushalter nur noch bereit, Fahrgäste zur Demonstration zu befördern. Typisch für die Spontanität der Bewegung war die Steigerung der politischen Forderungen bis diese den sofortigen Sturz des Regimes beinhaltete. Diese Steigerung vollzog sich erst während der Aktionen. Das Ziel war schließlich am 15. Oktober 1973 erreicht. Allerdings forderte seine

Erreichung einen hohen Blutzoll: Vollständig in die Enge getrieben, vollzog das Regime in panischer Not noch ein Gemetzel in den letzten beiden Tagen unter den Demonstranten, bevor die drei militärischen Hauptrepräsentanten Thanom, Prapass und Narong mit ihrer Flucht ins Exil aufgaben.

Der so erreichte Triumph führte fast zu einem rauschähnlichen Zustand unter großen Teilen der Studenten, da der Erfolg wesentlich auf die eigene Kraft bezogen wurde. Realistisch betrachtet, kam es zum Sturz des Regimes nur durch ein Bündnis von verschiedenen gesellschaftlichen Kräften, die allerdings nicht organisatorisch zusammenwirkten, sondern parallele Aktivitäten im Geschehen entfalteten. Dieser so charakterisierte Zusammenschluß mit Interessenidentität in der aktuellen Situation bestand aus Studenten, Intellektuellen, Arbeiterklasse, Königshaus, Teilen des nationalen und des ausländischen Kapitals, bürgerlichen Oppositionsgruppen und Teilen des Militärs.

Gruppen, die im Hintergrund blieben

Von den Gruppen, die sich im Hintergrund hielten, scheinen am bedeutsamsten Teile des Militärs, der Bourgeoisie und das Königshaus gewesen zu sein.

Für alle drei Gruppen bestand kein Interesse daran, einen generell veränderten Weg der Entwicklung Thailands einzuschlagen. Ihnen schienen lediglich die Herrschaftsmethoden der führenden Militärs und auch ein Teil ihrer Ziele dysfunktional zu sein und unnötigen Widerstand gegen die gesellschaftliche Ordnung zu provozieren. Kräfte innerhalb des Militärs, die sich mit dem Oberbefehlshaber der Armee, General Kris Savara benennen lassen, fühlten sich gegenüber Thanom und Prapass unterprivilegiert, was die Verteilung politischer und finanzieller Pfründe betraf. Für Teile des ausländischen Kapitals nahmen die Bestechungssummen, die als Gegenleistung für die ungehinderte Ausbeutung des Landes bezahlt werden mußten, zu umfangreiche Formen an und für das Königshaus erschien aus Gründen der moralischen Integrität die Verbindung zum Regime immer ungelegener. Diese drei Gruppen sorgten dafür, daß Thanom

militärisch bei der Niederschlagung der Proteste nicht handlungsfähig war, daß kein ausländischer Druck als Resultat der politischen Veränderung befürchtet werden mußte und daß die Protestbewegung über die Sympathie des Königshauses moralisch bei allen Teilen der Bevölkerung abgesichert war.

Der Hauptakteur der Bewegung, das Nationale Studentenzentrum (NSCT), konnte trotz weitgehender politischer Unerfahrenheit und seiner erst sehr jungen Geschichte diese Potenzen zum einen durch die Rückendeckung und zum anderen durch eine Spezifik entfalten, die darin bestand, daß innerhalb von fast zwei Jahren alle durch das NSCT initiierten Bewegungen gegen das herrschende Regime mit einem vollen Erfolg abschlossen. Diese Erfolgsserie brachte eine ständige Verbreiterung der politischen Aktivität unter den Studenten mit sich. Die ideologische Ausrichtung des NSCT war bis zu diesem Zeitpunkt fast ausschließlich bürgerlich-demokratisch und promonarchistisch, mit einigen zaghaften sozialreformerischen Ansätzen.

Auch nach 1973: die herrschenden Cliques blieben unter sich

Das unmittelbare positive Resultat der Bewegung war die Einsetzung einer bürgerlichen Regierung unter Leitung des liberalen Juraprofessors Thammakadi. In der Übergangszeit wurde dann vom König eine Nationalversammlung einberufen, die das neue Parlament aus ihrer Mitte wählte, welches nun seinerseits die neue Verfassung erarbeitete. Bereits die Zusammensetzung dieser Institutionen zeigte, daß die alte herrschende Klasse wieder unter sich war. Lediglich die Thanom-Prapass-Clique fehlte und einige liberale Honoratioren verschönerten das Bild.

Entsprechend widerspruchsvoll gestaltete sich nun die einsetzende politische Entwicklung bis zur erneuten Machtübernahme der Militärs im Oktober 1976. An Daten sind für den Zeitraum wichtig: Die Verkündung der neuen Verfassung Ende 1974; die danach begonnene Zulassung von Parteien;



Protestaktion gegen die US-Präsenz in Thailand (l.), gestürzter Premierminister Kukrit Pramoj

die ersten Wahlen im Januar 1975, die nach einer kurzen Mitte-Rechts-Regierung unter Seni Pramoj zu der politisch ähnlich einzuschätzenden Koalition unter seinem Bruder Kukrit Pramoj führten; schließlich die zweiten Wahlen im April 1976, nachdem die Militärs einen Rücktritt Kukrits und Neuwahlen durchgesetzt hatten. Diese Wahlen führten dann zu einer extrem rechten Koalition unter Seni, bis diese Regierung nun im Oktober durch ihre militärischen Mitglieder gestürzt wurde.

Die wichtigsten politischen Veränderungen dieses Zeitraums vollzogen sich in der thailändischen Außenpolitik. Auf die Regierungen Thammasakdi und Kukrit wurde ein nicht unwesentlicher Druck durch die Veränderungen der globalen politischen Verhältnisse in Südostasien ausgeübt. Die sich erst abzeichnende und dann erfolgte totale Niederlage der USA in Indochina zwang Thailand dazu, um nicht in eine außenpolitische Isolation zu gelangen, sich aus der allzu engen Verknüpfung mit den USA abzulösen. Das daraus resultierende Ziel eines teilweisen Abzugs der US-Truppen aus Thailand traf sich mit den US-Interessen, die eigene militärische Präsenz stärker in den Pazifik und den Indischen Ozean zu verlegen, bei Stärkung von militärischen Bündnissen der imperialistischen Staaten dieser Region untereinander.

Aufschwung der demokratischen Bewegung in der Ära nach 1973

Die Thai-Außenpolitik stand allerdings auch unter einem inneren Druck, dem nationalen Protest gegen die US-Präsenz, der gerade durch die Ereignisse in Indochina naturgemäß stark beflügelt wurde. Diese Richtungsbestimmung führte dann im besonderen unter dem inneren Druck, der von den Studenten und Gewerkschaften ausging, zu einem Resultat, das weder durch die USA noch durch die jeweiligen Thai-Regierungen intendiert war, nämlich dem vollständigen militärischen Abbau der offenen Präsenz der USA. Wie widersprüchlich dieser Prozeß war, zeigte die ständige Verschiebung des endgültigen Datums, bis schließlich unter dem massiven studentischen Protest der 31. Juli 1976 als Stichtag nicht mehr verschoben wurde. Offiziell befinden sich nun nur noch 270 Militärberater und die inzwischen in Zivilkleidung gesteckte Besatzung des US-Spionagezentrums Ramasun in Thailand¹⁵.

Weitere markante außenpolitische Schritte waren die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu einer ganzen Reihe sozialistischer Länder, einzelne Schritte zur Normalisierung der Beziehungen zu den Nachbarn Laos, Kambodscha und der Sozialistischen Republik Vietnam und die Initiativen zum Ausbau des 1967 gegründeten Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN; Mitgliedsländer: Indonesien, Malaysia, Singapur, Thailand und die Philippinen) zu einer neutralistischen Politik verfolgenden zwischenstaatlichen Organisation. Gerade hier traf diese Politik auf entschiedenen Widerstand der USA.

Obwohl die neue Außenpolitik keinesfalls als neutralistisch bezeichnet werden kann, mußte sie doch von den jeweiligen Regierungen gegen starken Widerstand von Seiten der Militärs, des Pentagon und der CIA durchgesetzt werden.

Die innenpolitische Entwicklung in der Ära nach 1973 stand vorerst unter dem Einfluß der erweiterten demokratischen Rechte. So konnten sich die Gewerkschaften wieder legal betätigen, was zu einem starken Aufschwung der Streikbewegung führte. Eine Erhöhung der täglichen Mindestlöhne wurde zweimal durchgesetzt und die Realisierung der schon jahrelang bestehenden Arbeitsverfassung in Teilen erzwungen. Diese veränderte Situation führte naturgemäß zu Reaktionen des ausländischen Kapitals, die sich in eine Destabilisierungsstrategie einordnen lassen¹⁶.

Die neue Situation führte auch erstmals zu einer stärkeren



Bangkoker Lynchjustiz vom Oktober 1976

Artikulation und Organisierung der Bauernschaft. Die „Föderation der Bauernvereinigungen Thailands“ wurde gegründet und griff als starke Interessenvertretung in das politische Geschehen ein. Zwar wurden keine unmittelbaren Reformen durchgesetzt, doch ist der Erfolg dieser Bewegung wesentlich in der beginnenden Formierung der Bauern als „Klasse für sich“ zu sehen¹⁷.

Für die Studenten stellte sich naturgemäß nach dem überraschenden Erfolg die Aufgabe, Perspektiven für die jeweiligen Bereiche der neuen Politik zu entwickeln. Dadurch kam es zu einer stärkeren ideologischen Differenzierung und einzelnen Abspaltungen. Die Majorität des NSCT entwickelte sich jedoch auf sozialreformerische Positionen mit einer klaren antiimperialistischen Stoßrichtung weiter und blieb – was bemerkenswert ist – politisch voll handlungsfähig, meistens im Bündnis mit den Gewerkschaften und der Bauernvereinigung.

Die Innenpolitik der herrschenden Klasse, die durchgängig Kompromißcharakter trug, konzentrierte sich anfänglich auf Zugeständnisse in unwesentlichen Punkten, versuchte aber in vorrangigen Fragen ihre Positionen durchzusetzen, was sich gerade an einer Reihe von Verfassungsartikeln äußerte. Desweiteren lief eines ihrer Hauptziele darauf hinaus, den moralischen Kredit des NSCT bei der Bevölkerung abzubauen. Dies gelang auch teilweise mit Hilfe des extrem rechten „Verbandes der Fachschüler“, der terroristische Anschläge bei Aktionen des NSCT durchführte und so in der dadurch provozierten Verwirrung bei Teilen der Bevölkerung als neue patriotisch gesinnte Studentengruppe aufgebaut wurde¹⁸. In der Parteienfrage zeigte sich gleichfalls ein geschicktes Agieren. So kam es zu einer Vielfalt von Parteiengründungen, wobei die alte Partei der herrschenden Militärs sich in mehreren Neugründungen organisatorisch fortsetzte, z. T. mit demagogischen Namensbenennungen. Bezeichnenderweise blieb jedoch die KPT verboten. Bei einer Wahlbeteiligung von jeweils nur um 30 % und in einer Situation, in der das finanzielle Engagement der Parteien die Hauptrolle spielte – was selbst unsere bürgerliche Presse zugestehen mußte¹⁹ – ist es erklärbar, daß es zu Koalitionsregierungen kam, in denen sich das Militär, die Großgrundherren und verschiedene Teile der Bourgeoisie wiederfanden – nur mit einem gemäßigten Anstrich versehen²⁰.

Der Thai-Putsch gleicht der Etablierung Diems in Südvietnam

Daß trotzdem die demokratische Phase im Oktober 1976 blutig beendet wurde, liegt sowohl am außenpolitischen Druck der USA als auch daran, daß das Militär und mit ihm die gesamte extreme Rechte eine weitere Aufwärtsentwicklung der demokratischen Bewegung fürchteten. Trotz eindeutig rechter Orientierung hatte auch die letzte Regierung von Seni Pramoj keine realisierbaren Konzepte zur Lösung der drängendsten Probleme anzubieten, da die demokratische Bewegung trotz ihrer organisatorischen Schwäche reaktionäre Lösungsversuche blockieren konnte.

Nicht nur dieser Punkt verwies auf einen zu erwartenden Putsch, sondern auch eine Reihe von Ereignissen in den letzten Monaten, unter denen hervorzuheben sind: Die terroristische Welle von Attentaten auf fortschrittliche Politiker und eine ganze Reihe von Bauernführern seit 1975²¹; das offene Auftreten von neuen rechtsextremen Organisationen, wie die militärische Organisation „Nawapol“ oder die sich wesentlich auf Jugendliche stützende Schlägertruppe der „Roten Büffel“; sodann die Rückkehr des alten Diktators Thanom in der gelben Mönchsrobe.

Die Einschätzung vietnamesischer Beobachter, die das neue Regime mit der Installierung des Diem-Regimes in Südvietnam verglichen²², verweist auf jene Punkte der neuen Politik, die nun zu erwarten sind: neue US-Militärpräsenz und damit eine Verschärfung der globalen politischen Situation dieses Raumes und eine extreme Repressionspolitik gegen die demokratischen Kräfte im Innern.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. dazu und im weiteren der geschichtlichen Darstellung: D. Wilson, *Politics in Thailand*, New York 1962
J. Ingram, *Economic Change in Thailand. 1850-1970*, London 1972
Ph. Everts, *Thailand – ein zweites Vietnam?* München 1970
R. Prizzia, N. Sinsawashi, *Thailand: Student Activism and Political Change*, Bangkok 1974
Student Union of Chulalongkorn University (Hrsg.), *Participation*, Bangkok 1974
- 2) Die folgende Darstellung stützt sich wesentlich auf: R. Prizzia u. a., *Thailand*, a. a. O.
- 3) Vgl. Ph. Everts, *Thailand*, a. a. O., S. 28
- 4) *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, 27. 7. 1973; *Deutsche Volkszeitung (DVZ)*, 18. 1. 1973
- 5) *FAZ*, 27. 7. 1973
- 6) R. Wagner, *Der Kampf des thailändischen Volkes für nationale Unabhängigkeit und Demokratie gegen Imperialismus und Feudalismus*, in: *Befreiung*, Nr. 2/1974, S. 38
- 7) *Ebenda*, S. 46
- 8) *Frankfurter Rundschau (FR)*, 28. 12. 1974; *FAZ*, 6. 11. 1974
- 9) Vgl. *Peking Review*, 17. 1. 1969
- 10) Vgl. Ph. Everts, *Thailand*, a. a. O.
- 11) *FAZ*, 11. 4. 1975
- 12) Vgl. R. Prizzia u. a., *Thailand*, a. a. O.
- 13) *Die Welt*, 15. 1. 1974; *FAZ*, 24. 12. 1973
- 14) Genaue Darstellung bei R. Prizzia u. a., *Thailand*, a. a. O.
- 15) *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, 11. 3. 1974 und 28. 4. 1976
- 16) *FAZ*, 24. 12. 1973; *Neues Deutschland (ND)*, Berlin, 7. 9. 1974; *Handelsblatt (HB)*, 21. 7. 1976 und 24. 8. 1976
- 17) *THAI*, Nr. 1/1975. Aus printing Section, Carlton (Australien)
- 18) *Ebenda*
- 19) *FAZ*, 21. 1. 1975; *SZ*, 10./11. 7. 1976
- 20) *FAZ*, 5. 1. 1974; *HB*, 6. 4. 1976
- 21) *ND*, 29. 10. 1975; *Neue Zürcher Zeitung*, Zürich, 16. 9. 1975
- 22) Vgl. *Unsere Zeit*, 29. 10. 1976

Iran

Nachdem der Iran schon vor zwei Jahren 25,04 % des Grundkapitals der Tochtergesellschaft Friedrich Krupp Hüttenwerke AG erworben hatte, wurde Anfang Oktober d. J. eine Vereinbarung zwischen der iranischen Regierung und der Friedrich Krupp GmbH getroffen. Sie sieht eine Beteiligung des Iran von 25,01 % an dem 135 Unternehmen umfassenden Konzern vor. Das Beteiligungsgeschäft des Iran, der sich zu einem der größten westdeutschen Außenhandelspartner, Öllieferanten und zu einem bedeutenden Investitionsland entwickelte (siehe AIB-Sonderbroschüre zum Iran, Juli 1975), wurde von der Bundesregierung begrüßt.

Mit dem Erwerb der Sperrminorität wird dem Schah großer Einfluß auf die Waffenproduktion in der Bundesrepublik eingeräumt: die Krupp-Gesellschaften AG Weser in Bremen und MAK in Kiel bauen Kriegsschiffe und Panzer. Auch der Erwerb der Sperrminorität beim Maschinenbau-Konzern Babcock, der eng mit dem US-Atomkonzern Babcock und Wilcox liiert ist, verschafft dem Schah-Regime weitere Zugangsmöglichkeiten zu Rüstungstechnologien und treibt die Militarisierung des Iran weiter voran.

Diese Bonner Iranpolitik ist in engstem Zusammenhang mit der gegen die Befreiungsbewegungen im arabischen Raum gekehrten militärisch-atomaren Aufrüstung des Schah-Regimes durch die Westmächte zu sehen. Unternehmen aus der BRD haben bereits mit dem Bau von zwei Atomkraftwerken begonnen; die Verhandlungen über den Bau von acht weiteren aus den USA, sechs aus der BRD und acht Kernkraftwerken aus Frankreich sind bereits abgeschlossen. Parallel wird die militärische Ausbildungshilfe seitens der USA, Großbritanniens, Frankreichs, der BRD und Israels verstärkt. Im August d. J. schlossen die USA ein neues Generalabkommen über ökonomisch-militärische Projekte von einem niegekannten Ausmaß mit dem Schah-Regime ab. Inhalt und Konsequenzen dieses amerikanisch-iranischen Abkommens hat die Erklärung der iranischen Tudeh-Partei zum Gegenstand.

Tudeh-Partei **Das neue Abkommen der USA mit dem Schah-Regime**

Im August dieses Jahres besuchte der Außenminister der USA, Henry Kissinger, unser Land. Im Verlaufe seines Aufenthaltes wurde durch ihn und Huschang Ansari, den iranischen Minister für Wirtschaft und Finanzen, ein Protokoll unterzeichnet, demzufolge innerhalb der nächsten fünf Jahre das Handelsvolumen zwischen Iran und Amerika – die Waffenkäufe nicht eingerechnet – um 65 % gesteigert und die

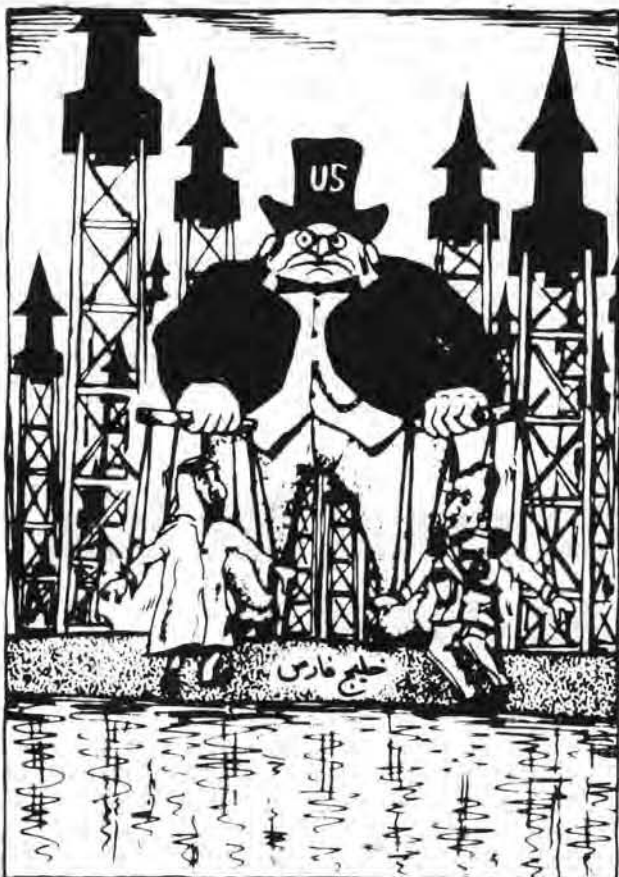
astronomische Summe von 40 Mrd Dollar erreichen wird. Gleichzeitig erklärten Iran und Amerika im Verlaufe dieser Verhandlungen, daß unser Land bis zum Jahre 1980 für 10-15 Mrd Dollar modernste „nicht-nukleare“ Land-, Luft- und See-Waffen von Amerika kaufen wird. Das entspricht der Waffenmenge, die der Iran während der letzten vier Jahre im Westen gekauft hat.

Unser Land, dessen Bevölkerung zu ca. 70 % aus völligen Analphabeten besteht, hat zur Bedienung dieser komplizierten modernen Waffen, die – amerikanischen Pressemeldungen zufolge – teilweise auf Grund ihrer technischen Kompliziertheit selbst dem amerikanischen Seefahrtsministerium Schwierigkeiten bereitet haben, Tausende von amerikanischen Beratern angestellt. Die Anzahl dieser amerikanischen Berater und ihres Begleitpersonals beträgt jetzt ca. 38 000 Personen und wird bis 1980 die Zahl von 50 000–60 000 Personen erreicht haben.

Außer den Waffengeschäften mit Amerika werden umfangreiche Waffengeschäfte mit England getätigt. Im August wurden in England für 300–500 Mio Pfund Waffen gekauft, besonders Raketen vom Typ „Rapier“ – als Kompensationsgeschäft gegen die Lieferung von Erdöl. Die Lieferung von Erdöl gegen Waffen ist auch im Handel mit Amerika die Hauptform der Verrechnung.

Verschwörung gegen die Nachbarvölker

In Kommentaren zu dem Kompensationsgeschäft Erdöl gegen Waffen haben imperialistische Presseorgane zugegeben, daß diese Regelung getroffen wurde, um einem Protest der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) dagegen, daß der Iran sein Erdöl zu niedrigeren Preisen als andere OPEC-Mitglieder abgibt, vorzubeugen. Diesen Fakten muß hinzugefügt werden, daß der Iran in eines der Atomreaktor-Zentren deren Errichtung die imperialistischen Monopole an acht Punkten der Welt beabsichtigen, verwandelt wird.



Mit all diesen Schritten, die einen großen Verrat an den Interessen des iranischen Volkes und eine ernste Verschwörung gegen die Sicherheit der Völker des Mittleren Ostens und der ganzen Welt darstellen, verfolgen die Regierungen Irans und der USA mehrere Ziele, deren wichtigstes darin besteht, den Iran in eine Militärbasis in diesem Gebiet zu verwandeln, damit es neben Israel, Saudi Arabien und anderen Handlangern des Imperialismus die regionalen imperialistischen Interessen der Erdöl-Magnaten und die expansionistischen strategischen Ziele des Pentagon sichern kann. Henry Kissinger erklärte in einer Pressekonferenz in Nuschahr ganz offen: „Iran hat gemeinsame Grenzen mit der Sowjetunion. Es liegt in einer potentiell gefährlichen Gegend – inmitten von Nachbarn, die höhere Beträge als der Iran für Waffenkäufe ausgegeben haben und das wahrscheinlich auch in Zukunft tun werden. Die Sowjetunion schützt den Irak. Amerika muß, um zum sowjetischen Einfluß im Mittleren Osten und am Persischen Golf ein Gegengewicht zu schaffen, den Einfluß des mit ihm befreundeten Iran stärken.“ Die Äußerungen Kissingers zeigen, daß die Aufrüstung des Iran durch Amerika auf eine Verschwörung gegen die Nachbarn – gegen die Sowjetunion, gegen die Republik Irak und die anderen progressiven Länder des Gebietes – abzielt.

Der Schah schreckt vor keinem Verrat zurück, um seine despotische Herrschaft zu erhalten und sich, seiner Familie und seinen Lakaien ungeheure Provisionen zu sichern. Gleichzeitig eilt er mit seinen neuen Schritten und Abkommen der krisengeschüttelten imperialistischen Wirtschaft zu Hilfe und gleicht das Defizit in der amerikanischen Finanz- und Handelsbilanz auf Kosten eines armen Volkes aus. Um das iranische Volk und die anderen Völker des Mittleren Ostens niederzuhalten, hat er unter der Kontrolle Zehntausender von Amerikanern, die in Wahrheit den Iran okkupiert haben, eine Situation geschaffen, die weitreichende Folgen sowohl für unser Land als auch für den Frieden in dieser Region und in der ganzen Welt zeitigen kann.

Der Iran als westliche Militärbasis

Die Tudeh-Partei Irans betrachtet dieses Abkommen, das die ökonomische und politische Abhängigkeit unseres Landes vom amerikanischen Imperialismus ungeheuer verstärkt und die wichtigste Einnahmequelle unseres Landes imperialistischen Monopolen ausliefert, als einen großen Verrat an den nationalen Interessen unseres Landes und seiner Menschen.

Unsere Partei verurteilt dieses Abkommen, das den Iran in eine Militärbasis des amerikanischen Imperialismus verwandelt, als eine Verschwörung gegen den Frieden und die Sicherheit des Iran und des gesamten Mittleren Ostens, als ein Komplott gegen die Befreiungsbewegungen dieser Region und als einen Akt, der im Widerspruch zu der unsere Epoche beherrschenden Tendenz der Entspannung steht.

Wir rufen das iranische Volk auf, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln der lauenden Gefahr entgegenzuwirken und gegen das Abkommen zu kämpfen. (. . .)

Die jüngsten Ereignisse haben ein weiteres Mal die Richtigkeit der Losung unserer Partei unter Beweis gestellt, daß für das iranische Volk keine dringlichere Aufgabe besteht als das gegenwärtige Regime zu stürzen. Dafür gibt es kein geeigneteres Mittel als die Beendigung der Zersplitterung der Kräfte und die Errichtung der breitesten möglichen Front gegen die Diktatur, die sich aus allen Organisationen und gegen das Regime gerichteten Kräften zusammensetzt. Auf keinen Fall darf die Gefahr unterschätzt und übersehen werden!

(Quelle: Informationsblatt der Tudeh-Partei, o. O., Oktober 1976)

Seit der Proklamation der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) am 27. Februar 1976 (vgl. AIB, Nr. 4/1976) erreichte die Frente POLISARIO in zunehmendem Maße durch spektakuläre militärische Operationen gegen die feindlichen Armeen von Marokko und Mauretanien Aufsehen. So haben innerhalb des letzten Jahres allein die marokkanischen Besatzer mehr als 9600 Soldaten verloren, wie der Informationsminister der DARS kürzlich bekanntgab. Die aktuelle Kampfsituation schätzt Sheddad Kaid Beiruk, Mitglied des Komitees für Auswärtige Beziehungen der Frente POLISARIO und Generalsekretär des Komitees für den Frieden und die Befreiung der Völker (DARS), in einem Interview ein, das er dem AIB am Rande der Weltentwicklungskonferenz von Budapest gewährte.

Mit der Militäroffensive der POLISARIO geht ein programmatischer Profilierungsprozeß dieser Bewegung einher, der sich an den Bedingungen des staatlichen Neuaufbaus orientiert und im Programm des III. Nationalkongresses widerspiegelt, der vom 26. bis 30. August d. J. auf befreitem Westsaharagebiet stattgefunden hat. Verglichen mit dem Programm des II. Nationalkongresses vom August 1974 (vgl. 3. Welt Magazin, Nr. 3-4/1976) zeichnet sich das neue Dokument vor allem dadurch aus, daß es präzise Festlegungen zu allen Bereichen staatlicher Politik enthält und vor allem eine umfassende Perspektive der sozialökonomischen Entwicklung aufzeigt, als deren Ziel der Sozialismus gilt.

Interview mit Sheddad Kaid Beiruk Dem Feind keine Ruhe lassen!

AIB: Welche Bedeutung hatte der III. Nationalkongreß der Frente POLISARIO, der kürzlich stattfand?

S. K. BEIRUK: Der III. Kongreß hat zu einem Zeitpunkt in der Geschichte des Kampfes unseres Volkes stattgefunden, der sehr wichtig für uns ist. Vor dem Kongreß waren an der Basis, mit der Bevölkerung, in den Flüchtlingslagern alle Probleme, die die Analyse der gegenwärtigen Situation betreffen, diskutiert worden. Die Resolutionen und Probleme werden erneut auf dem Generalkongreß unseres Landes diskutiert werden. Die Dokumente des III. Nationalkongresses reflektieren nahezu die gesamte Problematik, alle unsere klaren Positionen über die unterschiedlichen Probleme, seien es Probleme der Innen-, der Militär-, der nationalen und internationalen Politik.

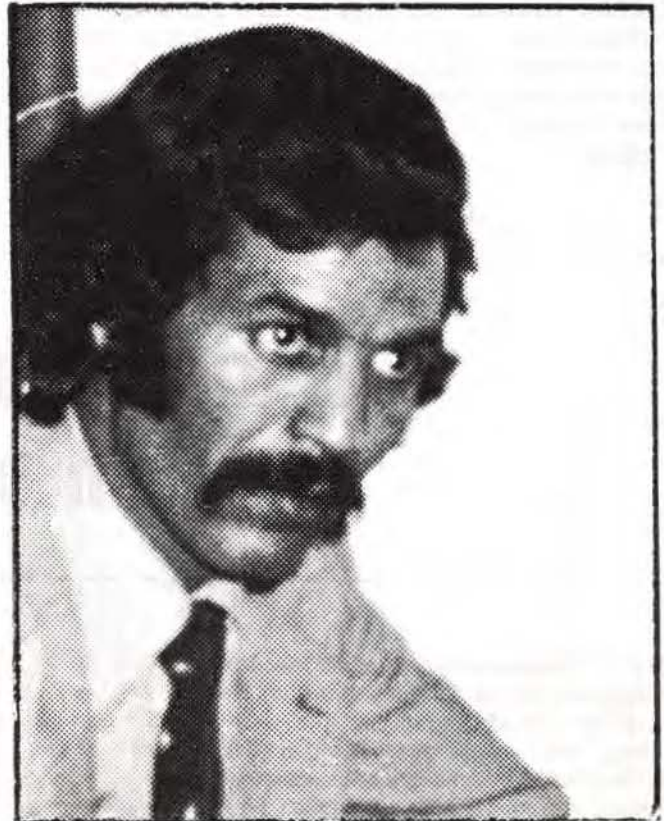
Militärische Offensive der Guerilla

AIB: Welches Konzept für den weiteren Kampf und den Aufbau einer neuen Gesellschaft in der befreiten Westsahara verfolgt Ihre Organisation hiernach?

S. K. BEIRUK: Die Dokumente enthalten auch die Zukunftsperspektive unseres Volkes. Unsere Zukunftsperspektive, das ist für uns vor allem die vollständige Befreiung unseres Territoriums durch den Auf- und Ausbau des bewaffneten Kampfes, indem wir dem Feind bis zur vollständigen Befreiung keine Ruhe lassen. In diesem Sinne hat die Guerilla ihre militärischen Operationen bis zum letzten intensiviert, besonders im Innern unseres Territoriums, also auf dem jetzigen Territorium des Feindes, von Marokko und Mauretanien.

AIB: Welches sind die Probleme Ihres militärischen Kampfes, besonders in Anbetracht der Tatsache, daß Sie praktisch von Marokko und Mauretanien eingekreist sind und daß Sie sich anfangs nur auf eine kleine Landzunge, die zu Algerien gehört, als Operationsbasis stützen konnten?

S. K. BEIRUK: Wir können uns in unserem bewaffneten Kampf jederzeit auf unsere eigenen Mittel stützen. Wir haben schon dem spanischen Kolonialismus den Krieg erklärt und dort unsere Erfahrungen gesammelt. Schon in diesem Kampf haben wir zahlreiche Erfolge errungen. Nach der Invasion (von Marokko und Mauretanien, d. Red.) haben wir militärische, wirtschaftliche und materielle Hilfe erhalten, von Algerien, Libyen und einigen anderen afrikanischen Bruderländern. So gut das militärische Arsenal unseres Feindes ist,



AIB-Interviewpartner Sheddad K. Beiruk

für uns ist das gleichzeitig eine Reserve, denn bei jeder militärischen Operation bessern wir unsere eigene Bewaffnung auf.

Erhebungen in den feindlichen Armeen

Gegenwärtig entwickelt sich die Situation auf militärischer Ebene sehr günstig für unsere Sache. In der feindlichen Armee, besonders bei den Marokkanern, beginnt sich eine Instabilität zu entwickeln aus Angst vor den Angriffen der Sahraoui, der Frente POLISARIO. Diese Angst hat zu Er-

hebungen in der marokkanischen Armee im Innern des Saharagebietes geführt. In der letzten Woche z. B. hat sich in Semara im Innern der Sahara eine Einheit erhoben. Das heißt, es gibt innere Widersprüche in der Armee, ebenso Widersprüche zwischen den Armeen Marokkos und Mauretaniens, und zwar auch auf der Ebene der militärischen Führung. Im Innern der Sahara hat die Bevölkerung Demonstrationen durchgeführt gegen die Anwesenheit der Marokkaner und Mauretanier. Dies mit der Intensivierung unserer militärischen Operationen zusammengenommen, kennzeichnet die gegenwärtige Situation. Das militärische Kräfteverhältnis hat sich in den letzten Wochen sehr günstig für uns entwickelt, wenn man das mit dem Beginn unseres Kampfes vergleicht. Zum jetzigen Zeitpunkt finden die militärischen Auseinandersetzungen auf einem sehr hohen Niveau statt, was uns die Vorbereitung einer weitergehenden Offensive möglich macht.

AIB: Welche Rolle spielen die imperialistischen Mächte im Kampf um die Westsahara?

S. K. BEIRUK: Das ist eine sehr bedeutsame Frage für uns. Denn das deutliche Engagement der französischen Regierung unter Giscard d'Estaing ist für die Ausrüstung der marokkanischen und mauretanischen Armeen mit Waffen und elektronischem Kriegsmaterial verantwortlich. Auch die Vereinigten Staaten sind auf diese Weise stark in den Sahara-Konflikt verstrickt. Die anderen imperialistischen Mächte verbinden meiner Meinung nach ebenso vor allem ökonomische Interessen mit unserem Land. Aber die Interessen aller dieser Staaten werden nicht direkt von ihnen selbst, sondern durch Marokko und Mauretanien garantiert. Das ist eine Realität.

AIB: Ihr Volk ist gezwungen, in Lagern zu leben. Wie sehen die Verwaltungsstrukturen dieser Lager aus?

S. K. BEIRUK: In den Flüchtlingslagern beginnen sich Strukturen zu entwickeln, die – wenn Sie so wollen – die Anfänge von staatlichen Strukturen tragen, aber eben auf der Ebene der Lager. Es gibt Komitees, die sich speziell mit verschiedenen Angelegenheiten befassen, so mit inneren Angelegenheiten, Wirtschaftsfragen, Transportproblemen, Gesundheitswesen und Bildung.

AIB: Es gibt zahlreiche Meldungen, daß Sie in diesen Flüchtlingslagern mit vielen Problemen besonders mit sozialen Problemen zu kämpfen haben.

S. K. BEIRUK: Wir haben in der Tat zahlreiche Schwierigkeiten, was unsere Versorgung mit Medikamenten, Nahrungsmitteln, Kleidung, Baumaterialien, mit materiellen Mitteln überhaupt betrifft. Das alles ist aber dringend notwendig, um eine psychologische Apathie bei der Bevölkerung zu vermeiden. Aber trotz allem machen wir mit den Mitteln weiter, die uns zur Verfügung stehen, und lassen uns nicht in die Knie zwingen. Wir brauchen Nahrungsmittel und Medikamente, besonders für die Kinder. Das ist eines der schwersten Probleme für uns, weil besonders Kindernahrungsmittel und -medikamente leicht durch die Temperatur verderben. Das ist das Problem der Wüste. Es ist also tatsächlich so, daß wir ein großes Bedürfnis nach humanitärer Hilfe jeglicher Art haben, und wir hoffen, daß uns unsere Freunde hierbei weiterhin unterstützen. Wir setzen in das Volk der Bundesrepublik, insbesondere in die fortschrittlichen Kräfte der BRD die Hoffnung, daß für sie die Hilfe für unsere Sache genauso zur Selbstverständlichkeit wird wie die Solidarität mit dem spanischen Volk.

Nationales Programm der Frente POLISARIO

Der 3. Allgemeine Volkskongreß der Volksfront für die Befreiung von Saguia El Hamra und Rio De Oro, der Kongreß zu Ehren des Märtyrers und Führers El Ouali Moustapha Sayed, findet unter entscheidenden Bedingungen und Umständen für die Sache des sahrauischen Volkes statt, jenes Volkes, das sich einem grausamen reaktionären Komplott gegenüber sieht. Dieses Komplott wurde angezettelt von den lokalen Verbündeten des Imperialismus, den beiden verräterischen Regimes von Marokko und Mauretanien, die der Imperialismus militärisch und politisch unterstützt. Es handelt sich um ein feiges und barbarisches Komplott, das so weit geht, daß man wirklich versucht, unser Volk auszuroten, um sein Vaterland und seine Reichtümer unter sich aufzuteilen zu können. Deshalb hält es der Kongreß, der sich des Ernstes dieser Etappe bewußt ist und sich auf das vom 2. Kongreß (Kongreß zu Ehren des Märtyrers Abderrahmane Ould Abdallahi) ausgearbeitete nationale Programm bezieht, für unerläßlich, ein neues Programm der nationalen Aktion auszuarbeiten, das den Anforderungen der gegenwärtigen Etappe entspricht, den reaktionären, expansionistischen Herausforderungen begegnen kann und die Bestrebungen unseres Volkes nach Souveränität und Würde konkretisiert.



Abdel Aziz, neuer Generalsekretär, vor dem Volkskongreß



Allgemeines Programm

I. Langfristig

1. Grundsätzliche Prinzipien
2. Kultur
3. Innenpolitik
4. Wirtschaft
5. Nationale Verteidigung
6. Außenpolitik.

1. Grundsätzliche Prinzipien

Besondere Charakteristika des sahrauischen Volkes: seine arabische, afrikanische und islamische Identität, seine Zugehörigkeit zur Familie der Dritten Welt und seine Opposition gegen Imperialismus, Kolonialismus und Ausbeutung.

2. Kultur

Charakteristisch für die Kultur des sahrauischen Volkes ist: Sie geht hervor aus seiner alten ruhmvollen Geschichte, der gegenwärtigen Situation und der anzustrebenden Zukunft. Ausgehend von der tiefen Übereinstimmung des arabischen, afrikanischen und islamischen Volkes lassen sich die Charakteristika definieren als Kampf gegen die ausbeutenden Mächte, für den nationalen Aufbau und die Verwirklichung des Sozialismus. Die arabische Sprache ist das wesentliche und natürliche Instrument unserer nationalen Kultur.

3. Innenpolitik

- a) Aufrechterhaltung des republikanischen, demokratischen Systems mit einem einheitlichen Programm.
- b) Mobilisierung der Massen und Freisetzung ihrer initiativreichen Ideen, damit sie ihrer Rolle vollständig gerecht werden können.

Der nationale Aufbau

- c) Gerechte Verteilung der nationalen Bodenschätze und Aufhebung der Unterschiede zwischen Land und Stadt.
- d) Abschaffung aller Formen der Ausbeutung.
- e) Recht auf ein würdiges Leben für alle Bürger.
- f) Zusicherung einer Wohnung für jeden.
- g) Schutz der Familie; Entwicklung ihrer Rolle auf allen Ebenen, da sie die grundlegende Zelle der Gesellschaft darstellt.
- h) Verwirklichung der politischen und sozialen Rechte der Frau, die Zugang zu allen Gebieten haben soll, um ihre Verantwortung beim nationalen Aufbau zu übernehmen, entsprechend der nationalen Wirklichkeit.
- i) Beseitigung aller Ursachen für moralische und soziale Entartung.
- j) Schutz der Zivilisation und des religiösen Erbes.
- k) Verfolgung einer Politik der allgemeinen, obligatorischen und kostenlosen Erziehung auf allen Ebenen und für alle sozialen Schichten. Arabisierung des Unterrichts auf allen Gebieten.
- l) Bekämpfung der Krankheiten, Bau von Krankenhäusern und Durchführung regelmäßiger Behandlungen.
- m) Gewährleistung der Grundfreiheiten für die Bürger.

4. Wirtschaft

1. Der landwirtschaftlichen Entwicklung wird große Aufmerksamkeit entgegengebracht;
2. eine Politik der Industrialisierung verfolgt;
3. eine ausgeglichene nationale Wirtschaft aufgebaut;
4. die Kontrolle über die Bodenschätze ausgeübt;
5. der Tierzucht eine besondere Bedeutung zugemessen;
6. ist es notwendig, die Reichtümer des Meeres zu schützen.

5. Verteidigung

Die Volksbefreiungsarmee steht im Dienste des Volkes, garantiert die Verteidigung des Vaterlandes und seine Integrität und beteiligt sich aktiv am Aufbau des Landes.

● Die Volksbefreiungsarmee ist der bewaffnete Arm der politischen Organisation und bildet offiziell die Nationale Volksarmee der Demokratischen Arabischen Republik Sahara; sie übernimmt die Aufgabe der Befreiung des Vaterlandes, seiner Vereinigung und der Verteidigung seiner Souveränität.

● Die Volksbefreiungsarmee ist Garant der nationalen Souveränität und Verteidiger der Errungenschaften der Revolution.

● Die Aufgaben der Volksarmee bestimmen sich in Abhängigkeit der jeweiligen Etappen, wobei jede Etappe durch ihre eigene Aufgabe bestimmt wird. Um der Volksarmee die Erfüllung ihrer großen Aufgaben zu ermöglichen, gerade in dem Moment, wo das reaktionäre Komplott ungeheure Dimensionen annimmt, ist es von großer Bedeutung, das kulturelle Niveau zu heben, die Armee zu politisieren, ihre technischen Fähigkeiten und ihre Übungen zu verbessern und ständig ihre Mittel und Möglichkeiten zu entwickeln. Es ist darüber hinaus notwendig, ununterbrochen die Basis der Volksstreitkräfte zu verbreitern, ihr Niveau regelmäßig zu erhöhen, um die Verteidigung der Revolution im Land und der Errungenschaften des Volkes sicherzustellen, indem die Volksstreitkräfte die großen Volksmassen in die Lage versetzen, die Waffen zu ergreifen und, indem sie militärisch darauf vorbereitet sind, die Souveränität im gesamten besetzten nationalen Territorium wiederherzustellen, ihre Errungenschaften und die Souveränität des Staates zu verteidigen. Alle möglichen Arten von Reserveeinheiten sind nach dem Prinzip aufzubauen, eigene Abteilungen des organisierten, ideologisch und militärisch bewaffneten Volkes zu schaffen und noch zu verstärken, denn sie allein sind die Kraft, die in der Lage ist, die Aufgaben der Revolution in der gegenwärtigen und zukünftigen Etappe zu erfüllen.

Ein wesentlicher Auftrag, den wir erfüllen müssen, ist die Mobilisierung, Bildung und Bewaffnung – ideologisch und materiell – des ganzen Volkes, der Aufbau einer geschulten und organisierten Volksmacht, die über ein hohes Wissen auf dem Gebiet der Kampf- und modernen Waffentechnik verfügt. Dazu sind Organe und Institutionen sowie hochqualifizierte politisch-militärische Kader notwendig, die dem Prinzip der bewußten Disziplin Rechnung tragen wie auch der Hebung des kulturellen und politischen Niveaus der Streitkräfte und der Offiziere. Das ist ein wesentlicher Auftrag, den wir einlösen müssen.

6. Außenpolitik

Unsere Außenpolitik besteht unserer Einschätzung nach aus folgenden Punkten:

a) Die Freiheit ist Grundlage jeder freien Entscheidung.
b) Das wahre Interesse der Volksmassen liegt in der Freiheit und Einheit, insofern sie der einzige Garant dafür sind, durch die Einheit der Völker des arabischen Maghreb zur Verwirklichung der Einheit der ganzen arabischen Nation zu kommen. Folglich sind wir überzeugt, daß die Koexistenz zwischen progressiven und nationalistischen Kräften auf der einen Seite und den reaktionären Kräften auf der anderen Seite unmöglich ist. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die fortschrittliche Front in diesem Teil der arabischen Welt zu festigen. Wir müssen auf die Vereinigung aller revolutionären arabischen Kräfte hinarbeiten; wir müssen ihre Isolierung aufbrechen, um die Bestrebungen unseres Volkes nach Einheit verwirklichen zu können. Diese Einheit kann nur erzielt werden, wenn man mit der statischen Situation, unter der verschiedene Völker der arabischen Nation leiden, Schluß macht.

Was unseren afrikanischen Kontinent betrifft, so gehen wir

von der Tatsache aus, daß keine Bewegung, kein Volk im Kampf isoliert von den anderen Völkern oder Befreiungsbewegungen leben kann. Die Koordination zwischen den Befreiungsbewegungen und den Völkern ist eine unerläßliche Voraussetzung, um zwischen den Freunden und Feinden unserer Völker zu unterscheiden. Und das ist die Logik der ruhmreichen Revolution des 20. Mai, die Grundlage aller Beziehungen zu unseren Brüdern des afrikanischen Kontinents ist. Unsere Brüder kämpfen für wirkliche Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit, gegen jede Form der Beherrschung oder Rassendiskriminierung, und sie kämpfen für die notwendige Einheit unserer Völker und dafür, daß unser Kontinent seine Stimme erhebt.

Als nationale Befreiungsbewegung, die alle Schichten unseres Volkes umfaßt, ist die Volksfront für die Befreiung von Saguia El Hamra und Rio De Oro der Ansicht, daß es die Pflicht aller Nationalisten ist, getreu den Prinzipien der Verteidigung der Würde der Völker, deren Rechte verhöhnt werden, die heilige Sache unseres Volkes mit Beharrlichkeit zu unterstützen, bis unser Volk seine Freiheit erkämpft und seine nationale Unabhängigkeit erlangt hat, frei von Druck und ausländischer Einmischung. Jede entgegengesetzte Position wird von der Volksfront als ein Abgehen von den heiligen Prinzipien der Einheit und der Solidarität der Völker betrachtet.

Der Kampf im Rahmen der Front der Dritten Welt ist ein wesentlicher Beitrag, um die vom Imperialismus angezettelten Verschwörungen zu Fall zu bringen – geschmiedet gegen den Willen der Völker, gegen ihre wirkliche Emanzipation und nur um mit der Ausplünderung der nationalen Reichtümer fortfahren zu können.

Getreu den lebendigen Sitten und Traditionen unseres Volkes und seiner ruhmreichen Geschichte entscheidet sich die Volksfront für die Zusammenarbeit mit allen regionalen, kontinentalen und internationalen Organisationen auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts zwischen Staaten und der Verteidigung der Rechte der Völker auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit, die die Eckpfeiler in den internationalen Beziehungen darstellen, auf die alle Länder und Staaten der Welt verpflichtet sind. Die Respektierung dieser Prinzipien ist ein wesentlicher und bestimmender Faktor für die Erhaltung der Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern, damit sie in Frieden, Wohlstand und Stabilität nebeneinander bestehen können. Unser Volk hat in seiner langen Geschichte diesen Prinzipien Glauben geschenkt und verpflichtet sich, auf der Basis der fünf Punkte der friedlichen Koexistenz zu kooperieren.

Wir betrachten die Zusammenarbeit mit der algerischen Revolution als lebensnotwendiges Element, um die imperialistischen Verschwörungen zu Fall zu bringen, um einen Maghreb der Völker aufzubauen und die Bestrebungen der Dritten Welt zu verwirklichen.

Die Stärkung der Reihen der nationalen und demokratischen Kräfte der Welt stellt ein vordringliches Ziel der Völker für die Verwirklichung einer besseren Zukunft dar.

II. Kurzfristig

Aktionsprogramm für die Übergangszeit

1. Auf der politischen Ebene
2. der diplomatischen
3. der organisatorischen
4. der militärischen
5. der ökonomischen und
6. der sozialen Ebene.

1. Politische Ebene

● Für die Vertiefung des politischen Bewußtseins und die Verstärkung der Organisation der Massen,

● für die Bewahrung der Errungenschaften auf allen Gebieten und ihre unablässige Bereicherung, damit das Volk beständig weitere und wichtigere Errungenschaften hervorbringt.

Die ständige Mobilisierung des ganzen Volkes für die Verwirklichung der Aufgabe, die vollständige Souveränität des gesamten Landes wiederherzustellen und zu anderen Etappen voranzuschreiten.

Die Beteiligung der Massen in der Verwaltung der Staatsangelegenheiten ist ausgehend von den gewählten Volksinstanzen zu erweitern; die Erfüllung der Aufgaben dieser Etappe und die Herausbildung von Kadern aus den Massen, die fähig sind, Verwaltungs- und Leitungsaufgaben zu übernehmen.

Die Stärkung der Institutionen der politischen Organisation und staatlichen Einrichtungen.

Vorbereitung der Kader auf allen Gebieten, insbesondere der politisch-militärischen Kader.

2. Diplomatische Ebene

Die Beziehungen zwischen der Revolution in der Demokratischen Arabischen Republik Sahara und ihren natürlichen und historischen Verbündeten – arabischen, afrikanischen und internationalen – müssen verstärkt werden.

Wir müssen darauf hinarbeiten, daß die Demokratische Ara-

bische Republik Sahara ihren natürlichen Platz, der ihr als vollkommen souveränem Staat zukommt, einnimmt. Die Demokratische Arabische Republik Sahara respektiert alle Bräuche und Prinzipien der internationalen und regionalen Organisationen und Gruppierungen; sie wirbt um weitere Anerkennung, die eine Erweiterung der Zahl der Verbündeten bedeutet, um Solidarität auf der Grundlage des gemeinsamen Interesses, des gegenseitigen Respekts und der Respektierung der internationalen Prinzipien und Bräuche.

Für die Schaffung der progressiven Front in der arabischen Welt und in Afrika ist zuallererst und als wesentliche Aufgabe auf die Verwirklichung der dreiseitigen arabischen Front (Sahara, Algerien, Libyen) hinzuwirken, die gestärkt werden muß, um Anziehungspunkt für die anderen Völker des arabischen Maghreb und ein herausragendes Beispiel für die arabischen und afrikanischen Völker zu sein. In dieser Etappe obliegt uns die Bildung dieser dreiseitigen Front. Daher ist es notwendig, zu einem festen Zusammenhalt der Massen zu gelangen, zu einer organischen und globalen Zusammenarbeit. Wir müssen die Grundlage des gegenseitigen sich Ergänzens auf allen Gebieten schaffen, um den Maghreb aufzubauen, was die einzige Form und der einzige Garant der Existenz jedes Teils der sich ergänzenden Länder ist und was eine wirksame Antwort auf den kolonial-reaktionären Plan



der Marionettenregierungen des Maghreb, den der Imperialismus den Massen aufzuerlegen versucht. Folglich ist die Unabhängigkeit eines Teils unvollständig, solange die anderen Teile nicht ihre wahre Unabhängigkeit erreicht haben. Deshalb ist die Einheit aller Länder erst möglich, wenn jedes einzelne Land die wahre Unabhängigkeit erreicht.

3. Organisatorische Ebene

Wir müssen auf die Vereinheitlichung der verschiedenen Kader hinarbeiten, damit diese in der Lage sind, die großen Verantwortlichkeiten, die ihnen in der Verteidigung der Revolution und der Errungenschaften unseres Volkes obliegen, auf sich zu nehmen.

Wir müssen der Vertiefung der Politisierung, ihrer Verallgemeinerung in den Massenorganisationen (den Frauen-, Arbeiter- und Studentenorganisationen) Bedeutung verleihen.

Wir müssen der Volksmiliz als rückwärtige Basis der Volksbefreiungsarmee Bedeutung zumessen und dafür Sorge tragen, daß sie ihre Rolle im Dienste des Volkes wahrnimmt. Wir müssen eine organisatorische Basis schaffen zur Regelung aller Institutionen durch Gesetze.

4. Militärische Ebene

Es gilt, die Organisation innerhalb der Armee zu verbessern und zu stärken, bewußte Disziplin und Respektierung der Gesetze aufzuerlegen.

Es gilt, das politische und kulturelle Bewußtsein zu vertiefen und das Niveau der Armee zu heben, im Hinblick auf die Schaffung eines disziplinierten, revolutionären, nationalistischen Kämpfers, der fähig ist, die Wunder und die Befreiung des Restes der besetzten Teile der Demokratischen Arabischen Republik Sahara hervorzubringen, ebenso wie die Vertreibung der Aggressoren, um unser Volk in Würde zu sich selbst zurückzuführen, die nationale Souveränität zu verteidigen, die Würde und die Einheit des nationalen Territoriums und die Errungenschaften des Massen zu schützen.

Wir müssen den Bedürfnissen der Armee nach schöpferischen politisch-militärischen Kadern nachkommen, die fähig sind, die kämpfenden Massen zusammenzufassen und sie auf ihrem harten und erfolgreichen Weg zum endgültigen Sieg zu führen.

Wir müssen nationale Kader schaffen, bewußt und heroisch, die fähig sind, zu analysieren und zu planen.

Wir müssen wegkommen von Kadern mit begrenztem Gesichtsfeld – hin zu Kadern, die auf allgemeiner Ebene analysieren und planen, das Land befreien, anleiten und die Anleitung streng anwenden können.

Wir müssen eine Militärgesetzgebung schaffen sowie die Bildung eines Militärgerichts, die Einführung eines Systems militärischer Ränge und eine Kontrolle, um die Verluste und den Verbrauch einzuschätzen und die Mittel zu überwachen.

Wir müssen menschliche und materielle Reserven schaffen.

Wir müssen einen Ausgleich auf der Ebene der Kampffront schaffen, müssen das Studium der Erfahrungen vertiefen, deren Austausch gewährleisten. Wir müssen für den Zusammenhalt und die notwendige Solidarität zwischen allen Ebenen sorgen.

5. Ökonomische Ebene

Wir müssen auf die Entfaltung der sozialen und ökonomischen Aktivitäten hinwirken hinsichtlich der notwendigen Bedürfnisse des Volkes und infolgedessen folgende Kooperativen schaffen:

- a) Landwirtschaftliche Kooperativen
- b) Tierzuchtkooperativen
- c) Handwerkskooperativen
- d) Kooperativen im Transportwesen
- e) Kooperativen im Bau- und Wohnungswesen

f) Handelskooperativen.

Das Prinzip, sich auf seine eigenen Kräfte zu verlassen, ist wesentlich im Hinblick auf die Konzentration der eigenen Kraft und die Verwirklichung der totalen Unabhängigkeit.

6. Soziale Ebene

A) Im Gesundheitswesen

Wir müssen für eine umfassende Ernährung sorgen (Proteine, Vitamine).

Wir müssen für die technischen Mittel und die Mittel im Gesundheitswesen sorgen.

Wir müssen uns die positive Seite der traditionellen Medizin aneignen, müssen gegen rückständige Ideen angehen.

Wir müssen für eine gleichwertige Gesundheitsvorsorge in allen Flüchtlingslagern sorgen.

Wir müssen eine Gesundheitszeitschrift herausgeben, das Volksbewußtsein heben, der Hygiene und Pflege Bedeutung zumessen.

Wir müssen ausreichende und fähige technische Kader und Kader im Gesundheitswesen heranbilden.

Wir müssen ein technisches und moralisches Wissen und eine Atmosphäre für den Kampf gegen Krankheit und ihre Ursachen schaffen.

Wir müssen uns verstärkt der unzureichenden Versorgung mit Medikamenten, der Arbeit der Ambulanzen sowie anderer unzureichender Mittel zur Hebung des technischen Niveaus im Gesundheitswesen widmen.

Wir müssen der kollektiven und individuellen Hygiene Aufmerksamkeit schenken und spezialisierte Krankenhäuser für ansteckende Krankheiten bauen.

Wir müssen eine Kampagne von zyklischen Impfungen einleiten.

Die Kriegsoffer und ihre Familien genießen besonderen Vorrang.

B) Im Unterrichtswesen

Es ist notwendig, alle geeigneten Möglichkeiten auszuschöpfen, die nationale Schule gemäß den gewünschten Bedürfnissen zu verwirklichen.

Wir müssen eine ausreichende Zahl von politisch und pädagogisch kompetenten Lehrern heranbilden.

Wir müssen ein nationales einheitliches Schulprogramm ausarbeiten, an dessen Erarbeitung Kader, Intellektuelle und andere mitarbeiten, ohne die Volksbildung zu vernachlässigen.

Es ist eine Verpflichtung, auf der Bildung der Frauen zu bestehen, denn sie sind die erste Schule der Erziehung.

Ein Radioprogramm muß entwickelt werden, das die Probleme des Schulunterrichts behandelt. Es ist darauf zu achten, daß dies mit den Aufgaben der Revolution verbunden wird und dem nationalen Selbstbewußtsein genügend Rechnung trägt.

Regelmäßige und systematische Alphabetisierungskampagnen unter den Volksmassen sind durchzuführen.

Solidarität und gegenseitiges Verständnis zwischen den verschiedenen Erziehungsebenen (Schule, Familie) müssen herangebildet werden.

Wir müssen eine provisorische Lösung für die weiterführende nationale Schule finden, indem wir die Schüler und Studenten ins Ausland schicken.

Wir müssen die Volkskultur wiederaufbauen, um die nationale Persönlichkeit heranzuziehen.

Wir müssen die Beziehungen zwischen der Revolution der Armee und der kulturellen Revolution verstärken.

Wir müssen unsere Geschichte und die Zivilisation unserer Gesellschaft vom revolutionären Standpunkt schreiben und gegen die rückständigen Ideologien angehen.

(Quelle: Hektographiertes Material der Frente POLISARIO, o. O., September 1976)

Der revolutionäre Prozeß in Äthiopien, von M. Zeleke zu Ende des Vorjahres unter durchweg pessimistischen Vorzeichen gewertet (vgl. AIB, Nr. 11-12/1976), erfuhr speziell seit dem Frühjahr 1976 eine spürbare Radikalisierung. Mit der Formulierung eines nationaldemokratischen Revolutionsprogramms und der Niederschlagung eines rechten Putschversuches (im Juli d. J.) ging — ungeachtet aller Schwankungen und nach wie vor großen Schwierigkeiten — eine weitere Profilierung des Provisorischen Militärates (DERG) nach links einher. Angesichts des 2. Jahrestages der Revolution besuchte Georg Polikeit, Chefredakteur der Zeitung *Unsere Zeit*, auf Einladung des DERG das ostafrikanische Land. Seine dokumentarisch ergänzte Analyse behandelt zunächst das Revolutionsprogramm, die Schwierigkeiten und Errungenschaften der sozialökonomischen Umgestaltungen. Der in AIB Nr. 1/1977 folgende 2. Teil setzt sich mit dem Charakter der Militärbewegung, mit oppositionellen Strömungen, dem Nationalitätenproblem und insbesondere der Eritrea-Frage auseinander.

Georg Polikeit

Entscheidung über den zukünftigen Weg Äthiopiens (1. Teil)



Zwei Jahre nach dem Sturz der feudalen Monarchie ist die Situation in Äthiopien heute durch zwei wesentliche Aspekte gekennzeichnet:

Zuspitzung der inneren Auseinandersetzungen

Auf der einen Seite sind bedeutende revolutionäre Veränderungen in der bisherigen gesellschaftlichen Struktur des Landes und im Leben des ganzen Volkes sichtbar. Durch die Maßnahmen des „Provisorischen Militärischen Verwaltungsrates“ (DERG), der seit dem 12. September 1974 die Staatsmacht übernommen hat, und der von ihm gebildeten Provisorischen Militärregierung wurde die frühere feudalistische Gesellschaftsordnung Äthiopiens zerstört und der Weg zu einer neuen Entwicklung des Landes im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts freigemacht.

Auf der anderen Seite ist gerade in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe eine spürbare Verschärfung des inneren Klassenkampfes erkennbar. Die revolutionären Kräfte stehen vor gewaltigen objektiven Schwierigkeiten, die sich aus der ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Rückständigkeit ergeben, die das feudalistische Regime verursacht hat. Diese Probleme sind nur allmählich und schrittweise, im Lauf einer langen Periode energischer Anstrengungen zu überwinden. Vor dem Hintergrund dieser Schwierigkeiten verstärken sich innere Auseinandersetzungen, die ihrerseits wiederum die Lösung der großen objektiven Probleme erschweren. Dabei verbinden sich die konterrevolutionären Aktivitäten der gestürzten Feudalaristokratie und der mit ihr liierten reaktionären Elemente mit einem sich zuspitzenden Kampf um die Frage nach dem zukünftigen Entwicklungsweg Äthiopiens.

Das bedeutendste Dokument, das der Militärat in Beantwortung dieser Frage ausgearbeitet und beschlossen hat, ist zweifellos das am 21. April 1976 veröffentlichte „Programm der Nationaldemokratischen Revolution Äthiopiens“ (Wortlaut siehe nebenstehend in diesem Heft).

Dieses Programm entwirft praktisch den Kurs eines nicht-kapitalistischen Entwicklungsweges für Äthiopien. Es definiert die gegenwärtige Entwicklungsetappe Äthiopiens entsprechend den gegebenen konkreten Bedingungen des Landes in realistischer Weise als „nationaldemokratische Revolution“, deren Ziel es ist, „Äthiopien vom Joch des Feudalismus und Imperialismus zu befreien und die Grundlagen für den Übergang zum Sozialismus zu schaffen.“

Dementsprechend werden die Konstellationen der Klassenkräfte und die Hauptaufgaben der Revolution fixiert. Sie wird als „ein Kampf zwischen zwei breiten Fronten“ aufgefaßt: auf der einen Seite die Front der Konterrevolution, die „aus der Klasse der Feudalherren, der Kompradorenbourgeoisie und der bürokratischen Bourgeoisie“ besteht und deren Partner und Stütze „der Imperialismus“ ist; auf der anderen Seite „die breite Front der revolutionären Kräfte, gestützt auf das Bündnis der Arbeiter und Bauern“. Als deren enger Verbündeter wird die Kleinbourgeoisie betrachtet. Außerdem werden andere unterdrückte Gesellschaftsschichten und aus dem Rahmen ihrer Klasse herauswachsende progressive und patriotische Einzelpersonen erwähnt, die sich auf die Seite der Revolution stellen.

Die Programmatik der nationaldemokratischen Revolution

Als aktuelle Hauptaufgabe bezeichnet das Programm die Politisierung und Organisierung der Volksmassen, die Weckung und Entwicklung ihres politischen Bewußtseins sowie die Zusammenfassung aller fortschrittlichen Kräfte in einer breiten „revolutionären Volksfront“. Diese soll aus verschiedenen politischen Parteien und Massenorganisationen bestehen, wobei die Führung der „vereinigten Front“ bei einer gleichfalls noch zu bildenden „wahrhaft proletarischen Partei“, einer „Partei der Arbeiterklasse“ liegen soll.

Die „Volksfront“ soll Voraussetzung und Fundament für eine in geheimer Abstimmung zu wählende verfassunggebende Versammlung sein, die dann die Staatsmacht übernehmen und die Gründung einer „volksdemokratischen Republik“ vollziehen soll.

Die sozialistische Grundorientierung

Was die sozialistische Grundorientierung dieses Programms anbelangt, hatte der Militärerrat bereits kurz nach seiner Machtübernahme, am 20. Dezember 1974, eine Erklärung veröffentlicht, wonach der Sozialismus das Leitprinzip der äthiopischen Revolution sei. Damals wurde vom Sozialismus allerdings mehr im Sinne einer „philosophischen Leitidee“ oder „moralischen Grundhaltung“ gesprochen. Im offiziellen Text wurde dafür das amharische Wort „Hibretesebewinet“ verwendet. Das legte den Gedanken an eine spezielle Konzeption eines nationalen „äthiopischen Sozialismus“ nahe, wie sie auch in anderen Entwicklungsländern anzutreffen ist, und so wurde der Begriff auch vielfach in ausländischen Berichten übersetzt.

Im Programm der Nationaldemokratischen Revolution wird der Sozialismus nunmehr deutlicher als eine gesellschaftspolitische Zielsetzung auf wissenschaftlicher Grundlage dargestellt. Ein Mitglied des Militärrates, Berhanu Bagthi, erklärte in einem Interview mit der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ (Heft 9/1976) dazu: „Wenn wir vom Sozialismus sprechen, meinen wir den einzigen – den wissenschaftlichen Sozialismus, fußend auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, auf der Lehre von der Diktatur des Proletariats. Wenn wir ihn in die Praxis umzusetzen versuchen, gehen wir natürlich von den konkreten Bedingungen Äthiopiens aus.“ Der Vorsitzende des Militärates, Brigadegeneral Teferi Benti seinerseits verdeutlichte seine Position, als er in einer Rede anlässlich des nach dem äthiopischen Kalender auf den 11. 9. 1976 fallenden Neujahrstages erklärte: „Da die nationale revolutionäre Front die Revolution nur dann zu ihrem logischen Schlußpunkt und Ziel bringen kann, wenn sie von einer starken Partei des Proletariats geführt wird, drängte das Programm die äthiopischen Marxisten-Leninisten, größere Anstrengungen zur Bildung dieser Partei zu unternehmen, und es gab verlässliche Zusicherungen, daß es an der Unterstützung der Regierung für solches Bemühen nicht mangeln wird.“

Schwankungen in der Militärführung

Trotz der hier erwähnten, für die weitere Orientierung der revolutionären Kräfte bedeutungsvollen programmatischen Grundsätze und Erklärungen wird man allerdings nicht davon ausgehen können, daß innerhalb der Kräfte, die die Träger des revolutionären Prozesses in Äthiopien sind bzw. sein müssen, nun bereits übereinstimmende oder auch nur weitgehend geklärte Vorstellungen über die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der äthiopischen Revolution und ihr sozialistisches Ziel bestehen.

Infolge der zurückgebliebenen ökonomischen Entwicklung des Landes und der sich daraus ergebenden zahlenmäßigen und politischen Schwäche der Arbeiterklasse kann die überwiegende Mehrheit der revolutionären Kräfte Äthiopiens zwangsläufig nur aus kleinbürgerlichen Volksschichten stammen, aus der Bauernschaft, aus dem städtischen und ländlichen Kleinbürgertum und vor allem aus einer Intelligenz, die ihrerseits wiederum den gleichen kleinbürgerlichen Schichten entstammt. Es ist daher nicht verwunderlich, daß in den Reihen dieser Kräfte die unterschiedlichsten poli-

tischen Konzeptionen von den Aufgaben der Revolution und die verschiedenartigsten Vorstellungen vom Sozialismus auftreten. Darin widerspiegeln sich die verschiedenartigen ideologischen Einflüsse, von rechtsreformistischen, durch die Idee der Klassenversöhnung geprägten Konzeptionen über ausgesprochen nationalistische Tendenzen und kleinbürgerlich-utopische Sozialismus-Vorstellungen bis hin zu ultralinks drapierten Ideologien.

Die komplizierte politische Situation, der Druck der großen objektiven Schwierigkeiten, aber auch die Wirkung ausländischer imperialistischer Einflußnahme und das im Land operierende Auslandskapital tun ein übriges, um unterschiedliche Meinungen und politische Schwankungen unter den revolutionären Kräften immer wieder auf's Neue hervorzurufen oder anzufachen.

Unter diesen Umständen muß es in der Tat als die entscheidende politische Aufgabe betrachtet werden, eine zielklare, stabile und energische politische Führungskraft zu formieren, die alle revolutionären Kräfte auf der Plattform des verkündeten Programms der Nationaldemokratischen Revolution zusammenschließt, ihre Einheit wahrt und festigt und um die Ausbreitung der Ideen dieses Programms in den Volksmassen, um deren Vereinigung für die Verwirklichung dieses Programms bemüht ist.

Reale Errungenschaften der Bodenreform

Es ist im Rahmen dieses Artikels kaum möglich, die wesentlichen Entwicklungsprobleme der äthiopischen Revolution in den vergangenen zwei Jahren ausführlich zu behandeln. Um eine bessere Einschätzung des erreichten Entwicklungsstandes zu ermöglichen, müssen jedoch die wichtigsten positiven Errungenschaften, die in diesen zwei Jahren realisiert wurden, wenigstens kurz dargestellt werden.

● Die **Agrarreform** vom 3. März 1975 brachte die Zerstörung der jahrhundertealten feudalen Abhängigkeitsverhältnisse auf dem Land. Der gesamte ländliche Boden wurde ohne Entschädigung in „kollektives Eigentum des äthiopischen Volkes“ überführt. Jeder Landbewohner kann bis zu 10 ha Land zur persönlichen Bearbeitung und Nutzung zugeweiht bekommen bzw. behalten; die Landverteilung obliegt den neugebildeten örtlichen Bauern-Vereinigungen, in denen alle Landbewohner mit Ausnahme der ehemaligen feudalen Gutsbesitzer Mitglied werden können. Alle bisherigen Pachtverhältnisse wurden aufgehoben, alle Pachtschulden gestrichen. Zukünftig ist jede Veräußerung oder Verpachtung von Boden untersagt, ebenso die Anheuerung fremder Arbeitskräfte. Bestehende Großfarmen und Privatgüter können entweder unter die bisherigen Landarbeiter aufgeteilt oder als staatliche Musterfarmen weitergeführt werden. Auch Vieh und Gerät der früheren Großgrundbesitzer sollen an die Bauern übergeben werden; dies allerdings gegen eine im Laufe von drei Jahren zu zahlende Entschädigung. Sonderbestimmungen regeln die kollektive Nutzung von seit alters her existierenden Gemeindeländereien und der weiten Nomadengebiete. Alle Zahlungen für Landbenutzung werden auch hier abgeschafft. Die Bauern-Vereinigungen werden zu einer Art Keimform einer ländlichen Selbstverwaltung ausgebaut; neben der Landverteilung werden ihnen auch Gemeinschaftsaufgaben wie der Bau lokaler Straßen und Wege, Wasserwirtschaftsanlagen, Schulen und medizinischen Stationen, die Bildung von Absatz-, Verkaufs-, Einkaufs- und Kreditgenossenschaften, die Schlichtung von Streitigkeiten und die Bildung von Bauern-Milizen zur Verteidigung der Errungenschaften der Revolution übertragen.

Programm der Nationaldemokratischen Revolution Äthiopiens

ABSCHNITT I

Ziel des Programms

1. Völlige Beseitigung des Feudalismus, des Imperialismus und des bürokratischen Kapitalismus in Äthiopien, Aufbau eines neuen Äthiopiens und Schaffung einer festen Grundlage für den Übergang zum Sozialismus durch vereinte Anstrengungen aller anti-feudalen und antiimperialistischen Kräfte.

2. Zu diesem Zweck ist **unter der Führung der Arbeiterklasse**, auf der Basis des Bündnisses der Arbeiter und Bauern und in Zusammenarbeit mit dem Kleinbürgertum und anderen antifeudalen und antiimperialistischen Kräften **eine Volksdemokratische Republik zu gründen**, in der Freiheit, Gleichheit, Einheit und Wohlstand der Völker Äthiopiens gewährleistet sind, die Selbstverwaltung auf verschiedenen Ebenen praktiziert wird und in der die Menschenrechte wie die demokratischen Rechte uneingeschränkt ausgeübt werden können.

ABSCHNITT II

Inhalt des Programms

3. Befreiung der Produktivkräfte des Landes von allen feudalen und imperialistischen Produktionsverhältnissen; Beschleunigung der ökonomischen Entwicklung des Landes, um den Lebensstandard der breiten Massen zu heben. Da der **Aufbau einer starken und unabhängigen Volkswirtschaft** nur durch eine ausgeglichene Entwicklung der Industrie- und Agrarsektoren der Volkswirtschaft möglich wird, ist ein auf sozialistischen Grundsätzen beruhender zentralisierter nationaler Plan notwendig. Dieser Plan muß die Landwirtschaft als Grundlage der Wirtschaft des Landes auffassen und die Schaffung einer Leichtindustrie für den unmittelbaren Bedarf der Massen anstreben. Gleichzeitig wird auch die Schaffung von Schwerindustriezweigen betont, die vorrangig auf der Nutzung der natürlichen Ressourcen des Landes basieren werden. Bekanntlich ist die Schwerindustrie eine Voraussetzung für eine starke Volkswirtschaft. Zu diesem Zweck ist erforderlich,

a) die revolutionäre Proklamation, die allen Boden auf dem Lande nationalisierte, vollständig durchzuführen. Die Regierung wird die Rechte von Farmern, die individuelle Eigner sind, gewährleisten und gleichzeitig alle genossenschaftlichen Unternehmungen der Bauernmassen ermutigen und ihnen die nötige moralische und materielle Unterstützung erweisen. Um die landwirtschaftliche Gesamtproduktion des Landes zu steigern, wird die Regierung außerdem an verschiedenen Orten große Staatsgüter gründen;

b) die bereits unter Regierungskontrolle stehenden größeren Industriebetriebe, Banken und Versicherungsgesellschaften zu festigen und ihren Nutzen für die breiten Massen zu erhöhen. Um das Land von imperialistischer Beherrschung zu befreien, sind auch die wichtigsten Einrichtungen des Verkehrswesens und des Außenhandels unter staatliche Kontrolle zu stellen;

c) einheimischen Geschäftsleuten und Industriellen und allen jenen Bürgern, die gesellschaftlich nützliche individuelle Unternehmen betreiben, den notwendigen Anreiz zu geben. Innerhalb der Richtlinien des nationalen Plans werden diese Gruppen Gelegenheit erhalten, zur Gesamtentwicklung der Volkswirtschaft beizutragen und daraus selbst Nutzen zu ziehen.

4. Die **Hebung des Wohlstands der breiten Massen Äthiopiens und die gesamte Entwicklung des Landes** sind abhängig von den entschlossenen Anstrengungen des Volkes. Die Entschlossenheit



Meeting bewaffneter Bauernmilizen zur Verteidigung der Revolution

und die Anstrengungen der Massen werden den künftigen Weg des Landes ebnen. Aber um die Energie der Massen für das Ziel der Produktionssteigerung zu mobilisieren, müssen folgende Schritte unternommen werden:

a) Es wird ein Bildungsprogramm geschaffen, das den breiten Massen Schritt für Schritt unentgeltliche Bildung bieten wird. Dieses Programm wird darauf abzielen, den Kampf gegen Feudalismus, Imperialismus und bürokratischen Kapitalismus zu verstärken. Es werden alle notwendigen Maßnahmen ergriffen, um den Analphabetismus auszumerzen. Die Entwicklung von Wissenschaft, Technik, Kunst und Literatur wird alle notwendige Förderung erhalten. Es wird alles Notwendige getan, um die Kulturen in ihrer Mannigfaltigkeit von kultureller Beherrschung durch den Imperialismus und von ihren eigenen reaktionären Zügen zu befreien. Ihnen wird die Möglichkeit gegeben, sich unter Nutzung moderner Mittel und Ressourcen zu entwickeln, voranzuschreiten und zu wachsen.

b) Um den breiten Massen ein volles und sinnvolles Leben zu sichern, wird alles Notwendige getan, um ein angemessenes Gesundheitswesen zu schaffen.

c) Für die Arbeitslosen und die von Privatpersonen beschäftigten Diener und Hausmädchen werden bessere Arbeitsplätze und Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen. Es wird alles Notwendige getan, um den Frauen die volle Teilnahme an der produktiven Arbeit zu ermöglichen und dadurch die Prostitution auszumerzen.

d) Es wird alles Notwendige getan, um das Wohlergehen von Patrioten, von Bürgern, die keine Ernährer haben, und von anderen Personen, die sich in verschiedener Weise um die Gesellschaft verdient gemacht haben, zu sichern. Waisen, verlassene Kinder und Invaliden werden angemessene Fürsorge erhalten. Die von Naturkatastrophen wie Dürre, Überschwemmung, Erdbeben usw. betroffenen Gruppen werden unterstützt.

5. Das **Selbstbestimmungsrecht aller Nationalitäten** wird anerkannt und voll geachtet. Keine Nationalität wird eine andere beherrschen, denn Geschichte, Kultur, Sprache und Religion jeder Nationalität werden, dem Geist des Sozialismus entsprechend, gleiche Anerkennung genießen. Die Einheit der Nationalitäten Äthiopiens wird sich auf ihren gemeinsamen Kampf gegen Feudalismus, Imperialismus, bürokratischen Kapitalismus und alle reaktionären Kräfte gründen. Dieser vereinte Kampf beruht auf dem Bestreben, ein neues Leben und eine neue Gesellschaft auf der Basis der Gleichheit, der Brüderlichkeit und der gegenseitigen Achtung aufzubauen.

Die Völkerschaften, die in den Grenzgebieten bzw. verstreut über verschiedene Regionen leben, waren lange besonders unterjocht. Der Hebung ihres politischen, ökonomischen und kulturellen Lebensniveaus wird besondere Aufmerksamkeit gelten. Es werden alle notwendigen Schritte unternommen, um diese Völkerschaften den anderen Äthiopiens gleichzustellen.

In der gegebenen Situation Äthiopiens kann das Nationalitätenproblem gelöst werden, wenn jeder Nationalität das volle Selbstverwaltungsrecht gewährt wird. Das bedeutet, daß jede Nationalität regionale Autonomie besitzt und über Fragen ihrer inneren Angelegenheiten entscheiden wird. Auf ihrem Gebiet hat sie das Recht, den Inhalt ihres politischen, ökonomischen und sozialen Lebens zu bestimmen, ihre eigene Sprache zu gebrauchen und ihre eigenen Führungs- und Leitungskräfte für ihre inneren Organe zu wählen. Dieses Selbstverwaltungsrecht der Nationalitäten wird im Einklang mit allen demokratischen Verfahren und Grundsätzen in die Praxis umgesetzt.

6. Es wird **keine Diskriminierung auf Grund der Religion und des Geschlechts** geben; kein Bürger erhält wegen der Religion oder des Geschlechts irgendwelche besonderen Vorrechte in seiner politischen, ökonomischen und sozialen Betätigung.

7. Die **Rolle der Streitkräfte und der Polizei Äthiopiens** besteht darin, die territoriale Integrität, die Einheit und den Frieden Äthiopiens zu schützen. Die Streitkräfte werden die nötige sozialistische Erziehung erhalten, die sie befähigt, diese Aufgaben zu erfüllen und das Wohl der breiten Massen Äthiopiens zu beschützen. Es werden Maßnahmen ergriffen, damit sie in Friedenszeiten an der Seite der Massen aktiv auf den Gebieten der Produktion und der Entwicklung mitwirken.

Das Nationalinteresse, die Einheit und die Integrität Äthiopiens sind letztlich abhängig von der Energie seiner breiten Massen. Diese Energie kann schließlich alle äußeren und inneren Feinde abschrecken. Deshalb werden alle notwendigen Maßnahmen ergriffen, um die Massen zu bewaffnen und sie auszubilden.

8. Es wird alles getan, um zu gewährleisten, daß die **Rechte von äthiopischen Staatsangehörigen, die im Ausland leben**, voll geachtet werden. Die Rechte von legal in Äthiopien ansässigen Emigranten werden ebenfalls gebührend geachtet und geschützt.

9. Die **Außenpolitik** des Landes nimmt die wohlbekannten Prinzipien der nichtpaktgebundenen Nationen zur Richtschnur, nämlich:

- a) Achtung des Friedens, der Gerechtigkeit und der Gleichheit;
- b) Nichtpaktgebundenheit;
- c) nationale Unabhängigkeit, nationale Einheit und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder.

Deshalb wird eine enge und feste Zusammenarbeit mit den Bruderländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas und mit allen nationalen Befreiungsbewegungen und anderen fortschrittlichen Organisationen entwickelt, die sich dem Kampf gegen Imperialismus, Neokolonialismus und Rassismus widmen.

Die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und der Charta der Organisation für Afrikanische Einheit werden geachtet. Es werden alle Maßnahmen ergriffen, um die Verbindungen und die Zusammenarbeit mit den afrikanischen Bruderländern, insbesondere mit den Nachbarländern, zu festigen. Es wird keine Mühe gescheut, um den Geist der guten Nachbarschaft und der gegenseitigen Achtung zwischen den Staaten zu fördern.

ABSCHNITT III

Sofortaufgaben

Um die obigen Zielstellungen bei voller Berücksichtigung der objektiven Bedingungen des Landes zu erreichen, müssen die breiten Massen Äthiopiens, vereint und frei von jeglichem Zwang, alle Möglichkeiten zum Aufbau einer neuen Gesellschaft erhalten. Feudalismus, Imperialismus, und bürokratischer Kapitalismus müssen so schnell wie möglich geschlagen werden. Mit einem Wort, alle reaktionären Kräfte müssen beseitigt werden. Daher müssen folgende Maßnahmen sofort durchgeführt werden:

1. **Die Revolution kann nur voranschreiten, wenn die Volksmassen politisches Bewußtsein erhalten, wenn sie organisiert und bewaffnet werden.** Aber um das alles zu tun, muß es allen Teilen der unterdrückten Klassen möglich sein, zu lernen, zu lehren, zu organisieren und sich zu organisieren. Zu alledem ist es dringend erforderlich, die uneingeschränkte Ausübung demokratischer Rechte durch alle gegen Feudalismus, Imperialismus und bürokratischen Kapitalismus gerichteten Kräfte zu verwirklichen. Diese Kräfte erhalten unverzüglich volle Freiheit zu reden, zu schreiben, sich zu versammeln, friedlich zu demonstrieren, zu organisieren und sich zu organisieren.

2. **Der Sieg der nationaldemokratischen Revolution Äthiopiens wird gewiß sein, wenn sich alle antifeudalen und antiimperialistischen Kräfte in einer breiten revolutionären Front vereinigen.** Deshalb werden alle fortschrittlichen Kräfte die Freiheit erhalten, als Schritt zur Bildung einer solchen vereinigten Front politische Parteien und Massenorganisationen zu bilden und sich darin zu organisieren. Da jedoch der endgültige Sieg einer solchen einheitlichen Front nur dann gewiß ist, wenn eine wahrhaft proletarische Partei organisiert und gefestigt ist und die volle Führung der Front übernimmt, wird die Regierung revolutionären Gruppen und Einzelpersonen, die für die Gründung einer solchen avantgardistischen Partei kämpfen, ständige Unterstützung erweisen. Alle demokratischen Parteien, Massenorganisationen und anderen fortschrittlichen Kräfte, die im antifeudalen und antiimperialistischen Kampf stehen, werden die notwendige moralische und materielle Hilfe erhalten, damit diese Gruppen zum allgemeinen Kampf der breiten Massen Äthiopiens beitragen.

3. **Alle Schichten der breiten Massen müssen organisiert sein und Bestandteil der revolutionären Volksfront werden.** Daher die Notwendigkeit, das politische Bewußtsein der Massen zu heben, sie zu organisieren und sie zu bewaffnen. Auch die Aktion zur Ausschaltung der Feinde der Massen muß unerbittlich vorwärtsschreiten. Während dieses Prozesses ist die Regierung verpflichtet, sicherzustellen, daß nebensächliche Widersprüche, die unter den fortschrittlichen Elementen auftreten können, nicht von reaktionären Kräften ausgenutzt werden. Sonst hätten konterrevolutionäre Kräfte die Chance, alles ihnen Wünschenswerte zu tun, um die Revolution der breiten Massen Äthiopiens zurückzuwerfen. Deshalb wird die Regierung allen fortschrittlichen Elementen zur Seite stehen und die notwendigen Maßnahmen ergreifen gegen alle direkten oder indirekten Versuche reaktionärer Kräfte, die Errungenschaften der Revolution Äthiopiens zu hemmen. Niemand wird die Chance erhalten, die revolutionären Proklamationen, insbesondere jene, die den Boden auf dem Lande in gemeinschaftliches Eigentum der Völker Äthiopiens überführten und der Monarchie und der Feudalherrschaft in Äthiopien ein Ende bereiteten, zu sabotieren.

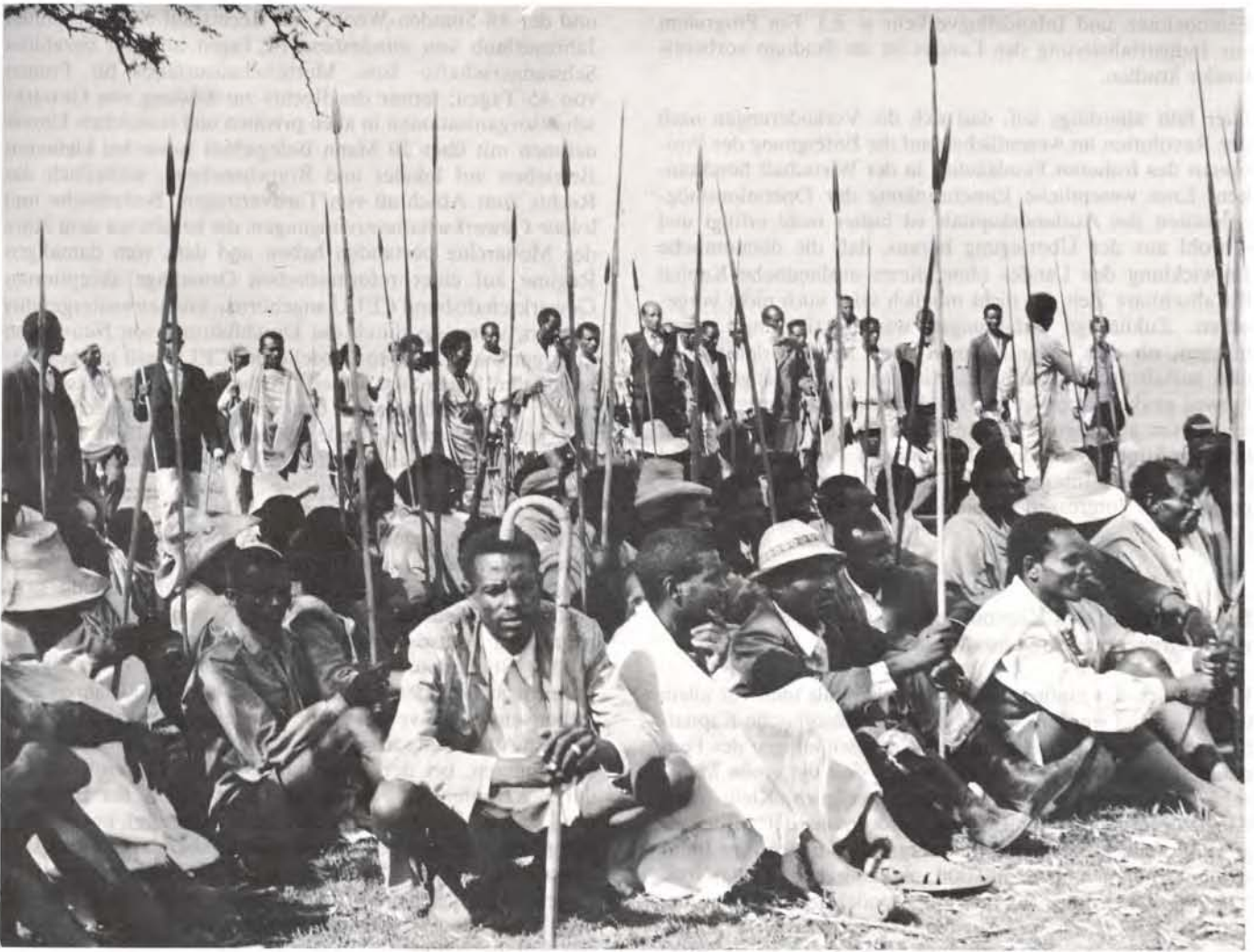
ABSCHNITT IV

Schluß

Sobald die Massen in der richtigen Weise organisiert sind und eine revolutionäre Volksfront geschaffen ist, wird eine Versammlung gebildet, die die Staatsmacht übernehmen wird. Diese Versammlung wird aus Vertretern der Parteien und Massenorganisationen, die in der Front mitgewirkt haben, bestehen. Die Mitglieder der Versammlung werden demokratisch und in geheimer Abstimmung gewählt. Gemäß der Verfassung, die diese Versammlung annehmen wird, wird die Volksrepublik Äthiopien unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse ausgerufen.

Um diese Schritte zu erleichtern, um die Verbreitung der Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus zu koordinieren, um den Kampf der breiten Massen Äthiopiens gegen Feudalismus, Imperialismus und bürgerlichen Kapitalismus zu unterstützen und um allgemein alle Anstrengungen der Massen, sich zu einer revolutionären Volksfront zu organisieren, zu fördern, wird hiermit ein **Provisorisches Amt für die Organisation des Volkes** gebildet. Es soll ferner helfen, Methoden zur Stärkung der revolutionären Front und zum Voranschreiten der Revolution zu finden.

(Quelle: The Ethiopian Herald, Addis Abeba, 21. 4. 1976)



Mitglieder neugegründeter Bauernvereinigungen auf einer Versammlung in der südäthiopischen Provinz Sidamo

Nach offiziellen äthiopischen Angaben bestanden im September 1976 ca. 20 000 örtliche Bauern-Vereinigungen mit rund 6 Mio Mitgliedern. Die Bauern-Milizen sollen 600 000 Mitglieder vereinigen.

● Von ähnlicher Bedeutung wie die Agrarreform in den Landgebieten ist die im Juli 1975 proklamierte **Überführung allen städtischen Grund- und Hausbesitzes in öffentliches Eigentum**. Jeder Stadtbewohner kann ein Grundstück von maximal 500 qm zur persönlichen Nutzung und zur Errichtung eines Hauses für sich und seine Familie behalten bzw. zugeteilt bekommen; alle übrigen städtischen Grundstücke und Gebäude werden als staatliches Eigentum übernommen bzw. den in den einzelnen Stadtteilen gebildeten Wohnungsgenossenschaften zur Verwaltung übertragen. Alle bisherigen Pacht- und Mietverhältnisse werden aufgelöst, alle Mietschulden gestrichen. Private Veräußerung oder Vermietung von Boden und Gebäuden bzw. Wohnungen ist zukünftig untersagt; lediglich der Staat bzw. die gebildeten städtischen Wohnungsgenossenschaften können Gebäude und Wohnungen vermieten. Die Sätze für Wohnungsmieten werden gleichzeitig erheblich, zum Teil bis auf die Hälfte gesenkt. In den Stadtvierteln werden „Einwohner-Vereinigungen“ (genannt „Kebele“) als Keime einer lokalen Selbstverwaltung gebildet, die ähnliche Aufgaben wie die örtlichen Bauern-Vereinigungen in den Landgebieten übertragen bekommen. Im September 1976 sollen etwa 1500 solcher Einwohner-Vereinigungen in insgesamt 600 verschiedenen Städten und städtischen Siedlungen gebildet gewesen sein.

● Zu den ersten Maßnahmen der Militärregierung zählte die am 1. 1. 1975 verkündete **Nationalisierung aller Banken**, Versicherungen und Finanzinstitute sowie einer Reihe von Großbetrieben, die bisher überwiegend im Besitz des Feudaladels waren. Bei einer Reihe weiterer Firmen, vor allem solchen mit ausländischer Kapitalbeteiligung, übernahm der Staat die Mehrheit der Geschäftsanteile (mindestens 51 Prozent).

In einer im Februar 1975 veröffentlichten **Erklärung zur Wirtschaftspolitik** wurden gewissermaßen drei „Sektoren“ der Wirtschaftstätigkeit umrissen: Zweige, die ausschließlich dem Staat vorbehalten sind (u. a. die Förderung von Gold und anderen Edelmetallen sowie radioaktivem Material, die Salzgewinnung großen Stils, die Eisen- und Stahlerzeugung, der Schiffbau, Zementherstellung, Erdöl- und Erdgasverarbeitung, die meisten Zweige der chemischen Industrie, aber auch Textilgroßbetriebe, Lederindustrie); Zweige, in denen „gemischte Unternehmen“ des Staates und des Privat-, vor allem des Auslandskapitals vorgesehen sind (u. a. die Erforschung und Förderung von Kohle und Erdöl, Eisenerzabbau und andere Rohstoffgewinnung, Großbetriebe der Nahrungsmittel- und Konservenindustrie für den Export, Kunststoffindustrie, Großbauunternehmen, Touristikunternehmen); schließlich Zweige, die dem Privatkapital, vor allem dem einheimischen, überlassen bleiben sollen (Lebensmittelherstellung, Getreide- und Ölmühlen, Baustoffherzeugung, Holzverarbeitung, kleine Metallverarbeitungsbetriebe, Webereien, Groß- und Einzelhandel, Binnenverkehr außer

Eisenbahnen und Inlandsflugverkehr u. ä.). Ein Programm zur Industrialisierung des Landes ist im Stadium vorbereitender Studien.

Hier fällt allerdings auf, daß sich die Veränderungen nach der Revolution im wesentlichen auf die Enteignung der Positionen des früheren Feudaladels in der Wirtschaft beschränken. Eine wesentliche Einschränkung der Operationsmöglichkeiten des Auslandskapitals ist bisher nicht erfolgt und – wohl aus der Überlegung heraus, daß die ökonomische Entwicklung des Landes ohne dieses ausländische Kapital für absehbare Zeit gar nicht möglich sei – auch nicht vorgesehen. Zukünftige Erfahrungen werden allerdings zeigen müssen, ob dies – im Rahmen einer antiimperialistischen und sozialistischen Grundorientierung – über längere Zeit hinweg praktikierbar ist und ob die staatliche Kontrolle ausreicht, um auftretende Gegensätze zwischen den politischen und Profitinteressen der ausländischen Kapitalanleger und den nationalen Interessen der Entwicklung des Landes zugunsten der Interessen des äthiopischen Volkes zu entscheiden.

Beschränkung des Kapitalbesitzes und bedeutende Sozialmaßnahmen

Hinsichtlich des einheimischen Privatkapitals muß vor allem berücksichtigt werden, daß es größere einheimische Kapitalbesitzer, die nicht direkt mit den Unternehmungen des Feudaladels verbunden waren, kaum gab, daß die große Mehrzahl einheimischer Kapitalbesitzer lediglich Klein- und Kleinstunternehmer sind. Eine Verordnung der Militärregierung legte kürzlich Kapitalobergrenzen für private Industrieunternehmen bei 500 000 Äthiopischen Dollar (ca. 625 000 DM) und für private Handelsunternehmen bei 300 000 Äthiopischen Dollar (ca. 375 000 DM) fest; außerdem soll eine Person jeweils nur eine Lizenz zur Führung eines Geschäftes erhalten.

● Das im November 1975 verkündete neue **Arbeitsgesetz** brachte die gesetzliche Verankerung des 8-Stunden-Tages



In der Gemeinde Awassa Geneto führen Vertreter der Militärs und Studenten Alphabetisierungskurse und hygienische Aufklärung durch

und der 48-Stunden-Woche, des Rechts auf einen bezahlten Jahresurlaub von mindestens 14 Tagen und auf bezahlten Schwangerschafts- bzw. Mutterschaftsurlaubs für Frauen von 45 Tagen; ferner des Rechts zur Bildung von Gewerkschaftsorganisationen in allen privaten und staatlichen Unternehmen mit über 20 Mann Belegschaft sowie bei kleineren Betrieben auf lokaler und Branchenebene, schließlich des Rechts zum Abschluß von Tarifverträgen. Betriebliche und lokale Gewerkschaftsvereinigungen, die bereits vor dem Sturz der Monarchie bestanden haben und dem vom damaligen Regime auf einer reformistischen Grundlage akzeptierten Gewerkschaftsbund CELU angehörten, können weitergeführt werden, wenn sie durch die Durchführung von Neuwahlen „reorganisiert“ werden; anstelle der CELU soll auf gesamt-nationaler Ebene ein neuer „Äthiopischer Gewerkschaftsbund“ auf revolutionärer und antiimperialistischer Grundlage gebildet werden. Ende 1976 sollen ca. 1200 Gewerkschaftsorganisationen mit etwa 275 000 Mitgliedern bestehen haben.

● Von großer Bedeutung für die Verwirklichung revolutionärer Umgestaltungen im ganzen Land und für die unmittelbare Besserung vieler akuter Notstände war die Ende 1974 gestartete „**Semetscha**“-Aktion („Nationale Arbeitskampagne für Entwicklung durch Zusammenarbeit“). Rund 60 000 Studenten und Schüler wurden hierbei mit ihren Lehrern in Gruppen für die Zeit von eineinhalb Jahren zum Arbeitseinsatz in verschiedene Landesteile geschickt, wo sie bei der Aufklärung der Bevölkerung über die revolutionären Wandlungen, bei der Verwirklichung der Agrarreform, bei der Bekämpfung des Analphabetismus (90 % der Bevölkerung sind des Lesens und Schreibens unkundig), bei der Bekämpfung von Seuchen, Krankheiten, Aberglauben und Unwissenheit, bei der Verbreitung der Kenntnis elementarer Regeln der Hygiene, bei Impfaktionen, beim Bau von Brücken, Dämmen, Wasseranlagen, Straßen, Krankenstationen und Schulen halfen.

Bescheidene, aber beachtliche Anfänge

Nach offiziellen Angaben wurden 1975 in dem verkehrsmäßig völlig unterentwickelten Land, in dem es nur ca. 1000 km Eisenbahnlinie und ca. 7000 km befestigte, teils asphaltierte, teils mit Schotter belegte Straßen gibt, 637 km Straßen neu gebaut; 1976 waren weitere 1200 km vorgesehen. Ebenso sind 517 neue Schulen durch staatliche Mittel und 620 Schulen durch die Bauern-Vereinigungen geschaffen worden. Mit dem Bau von 150 Krankenhäusern in 14 Provinzen wurde begonnen; die Hälfte soll bereits in Betrieb genommen worden sein. Zur Linderung der Arbeitslosigkeit wurden 1975 staatliche Projekte für 50,3 Mio äth. Dollar verwirklicht und ca. 44 000 neue Arbeitsplätze geschaffen, 1976 war die Schaffung von 48 000 weiteren Arbeitsplätzen vorgesehen. Eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft begann mit der Errichtung neuer Wohnsiedlungen für zunächst 25 000 Familien, um die Slum-Bewohner an den Rändern der Städte in menschenwürdige Wohnungen unterbringen zu können.

Schließlich wurden mehr als 2 Mio Menschen aus den Hunger- und Dürregebieten in Notaufnahme- und Rehabilitationszentren betreut und behandelt; die Mehrzahl davon habe – so heißt es –, mit neuem Grundbestand an Vieh und Saatgut versehen, bereits wieder entlassen werden können. Mit einem Umsiedlungsprogramm sollen die Bewohner der schlimmsten Dürre- und Trockengebiete sowie durch die Umstände zum Nomadentum gezwungene Bevölkerungsgruppen und Erwerbslose aus überfüllten Gebieten in günstigeren Gegenden angesiedelt werden; 1975/76 seien im Rahmen dieses Programms 12 000 Familien mit staat-



Von der Dürrekatastrophe betroffene und durch das DERG-Hilfsprogramm umgesiedelte Nomaden, die am Fluß Wabe Shebele sesshaft wurden

licher Hilfe beim Bau der Häuser und bei der Einrichtung ihrer Wirtschaften in 21 neuangelegten Siedlungen sesshaft gemacht worden.

Man wird sicher zugestehen müssen, daß diese Maßnahmen insgesamt in mancher Beziehung nur bescheidene Anfänge darstellen. Dennoch haben sie ihre reale Bedeutung und zeugen sie von dem Bemühen um eine effektive Verwirklichung des vor zwei Jahren verkündeten revolutionären Programms. Schließlich sind zwei Jahre für die Umgestaltung eines teilweise mittelalterlich-rückständigen Landes, wie es das äthiopische Feudalsystem als Erbe hinterlassen hat, eine außerordentlich kurze Zeitspanne.

Die ideelle Rückständigkeit großer Bevölkerungsteile

Unter diesen Umständen muß es auch merkwürdig erscheinen, wenn heute gelegentlich Kritiken an der gegenwärtigen äthiopischen Militärregierung zu lesen sind, die unter „linken“ Vorzeichen auftreten, aber die dargelegten, bereits vollzogenen Veränderungen im Land überhaupt nicht wahrzunehmen scheinen. Vollends unhaltbar aber erscheint die Behauptung, daß das Militärregime im Grunde alles beim Alten belassen habe und im Lauf der Zeit seine „wahre faschistische Natur“ immer deutlicher offenbare. Hier ist offenbar nicht nur eine totale Verkennung der konkreten objektiven Situation in Äthiopien, sondern auch eine völlige Unkenntnis über den Klasseninhalt des Begriffs „Faschismus“ zu verzeichnen. Ein „faschistisches Regime“, das den Bauern Land der Großgrundbesitzer zuweist, Banken und Großbetriebe nationalisiert und die Anfänge einer fortschrittlichen Arbeitsgesetzgebung verwirklicht, ist einfach ein Widerspruch in sich.

Natürlich bedeuten diese Feststellungen nicht, daß es in der gegenwärtigen Entwicklung Äthiopiens keinerlei problematische Erscheinungen oder ungeklärte Fragen mehr gäbe. Sie sind zum Teil bereits in der bisherigen Darstellung angedeutet. Es erscheint jedoch absolut unmöglich, diese Probleme auch nur einigermaßen zutreffend zu beurteilen, wenn nicht stets die konkrete politische, ökonomische und ideologische Ausgangssituation zugrundegelegt wird, die eben durch immense objektive Schwierigkeiten gekennzeichnet ist.

Mittelalterliche Rückständigkeit des Landes bedeutet eben nicht nur Holzpflug und Grabstock, äußerste Primitivität und niedrigste Produktivität in der Landwirtschaft, äußerst schwache industrielle Entwicklung und daher Mangel an lebenswichtigen Grundnahrungsmitteln und elementaren Gütern des täglichen Bedarfs oder ein total unterentwickeltes Verkehrswesen, das die Verbindung zu ganzen Landesteilen nur sporadisch ermöglicht. Es bedeutet nicht nur Brachliegen weiter Landstriche, ungenutzte Naturreichtümer und gleichzeitig verbreitete Erwerbslosigkeit, Unterbeschäftigung und Armut der Bevölkerung. Sondern es bedeutet auch totale soziale und kulturelle Rückständigkeit, fehlende elementare Bildungsmöglichkeiten und Gesundheitsbetreuung, verbreitete Seuchen und Volkskrankheiten wie Pocken, Typhus und Cholera. Und es bedeutet im besonderen auch ideelle Rückständigkeit erheblicher Bevölkerungsteile, Unwissenheit und Aberglauben, unterentwickeltes politisches Bewußtsein, die Herrschaft verschiedenartigster reaktionärer oder kleinbürgerlicher Ideologien. Selbst die politisch am weitesten entwickelten Kreise der Bevölkerung, vor allem im Landesinnern, verfügen kaum über nennenswerte revolutionäre Erfahrungen.

(Fortsetzung folgt in AIB, Nr. 1/1977)

Sao Tomé und Príncipe

Von allen ehemaligen portugiesischen Kolonien ist am wenigsten über die vor der westafrikanischen Küste gelegene Inselgruppe Sao Tomé und Príncipe bekannt, die am 12. Juli 1975 als Demokratische Republik unabhängig wurde. An der Spitze des knapp 1000 qkm großen, von etwa 75 000 Menschen (1972) bewohnten Landes steht die Bewegung für die Befreiung von Sao Tomé und Príncipe (MLSTP), die als CLSTP (Komitee für die Befreiung von Sao Tomé und Príncipe) im September 1960 gegründet worden war und den Widerstandskampf gegen die seit 1470 bestehende portugiesische Kolonialherrschaft geführt hatte.

Der Kakao, mit über 70 % das Hauptausfuhrprodukt der Inseln, und früher völlig unter der Kontrolle weniger portugiesischer Gesellschaften, beherrscht das Wirtschaftsleben der Republik, die über keine eigene verarbeitende Industrie verfügt. Zudem ist die Kakaoproduktion aufgrund der seit Jahrzehnten fallenden Weltmarktpreise stetig gesunken: von 36 500 Tonnen im Jahre 1913 auf 10 400 Tonnen 1972. Zu den durch die landwirtschaftliche Monostruktur geschaffenen Problemen kommen noch Schwierigkeiten im Verkehrswesen und der allgemeine Mangel an Fachkräften: So sind die Schiffsverbindungen zwischen den 150 km auseinander liegenden Hauptinseln sowie zum 300 km entfernt gelegenen gabunischen Hafen Sibreville schlecht; ebenso die Luftverkehrslinien. Neben Ärzten und Lehrkräften fehlen vor allem Agrarfachleute, die neuen Boden kultivieren und den durch rücksichtslosen Kakaoanbau ausgelaugten Boden wieder fruchtbar machen könnten.

In einem Gespräch mit angolanischen und kubanischen Journalisten nahm Miguel Trovoada, Premierminister der Demokratischen Republik Sao Tomé und Príncipe, zu einigen Problemen seines Landes Stellung.

Premierminister M. Trovoada

Für den Kolonialismus nur eine Kakaoinsel

M. TROVOADA: Ich kann sagen, daß alle Probleme von Sao Tomé und Príncipe in dieser Anfangsphase unserer Unabhängigkeit vorrangig sind. Ja, alle sind vorrangig. Nach dem politischen Erfolg, das ist offenkundig, begannen wir, die wirtschaftlichen Probleme anzupacken. Diese sind ziemlich wichtig, zieht man in Betracht, daß das Kolonialregime nach fünf Jahrhunderten Herrschaft unser Land in einem katastrophalen Zustand hinterließ. So war es, als wir uns unseren nationalen Reichtümern zuwandten.

Die Basis unserer nationalen Reichtümer ist der Grund und Boden und ohne den Besitz an Grund und Boden wäre es nicht möglich gewesen, unser wirtschaftliches und soziales Entwicklungsprogramm in Gang zu bringen.

Auftakt der Agrarreform

Die Zurückgewinnung des Bodens, die durch die Verstaatlichung der wesentlichsten landwirtschaftlichen Kolonialreichtümer am 30. September 1975 verwirklicht wurde, erlaubte es uns, die Grundlagen einer Agrarreform zu schaffen, die derzeit noch in den Anfängen steckt und noch einen langen Weg zurücklegen muß, bevor sie den wesentlichen Zielen zufriedenstellend entspricht, die sich die Regierung gesetzt hat.

Unabhängig von den wirtschaftlichen Problemen gibt es eine Reihe sozialer Probleme: Probleme in der Bildung etwa und in dieser Phase, ohne technische und ohne finanzielle Mittel, sehen wir uns noch großen Schwierigkeiten gegenüber. Aber wir sind davon überzeugt, daß wir es bei dem großen Einsatz der Bevölkerung, der in unserem Land existiert, mit der Arbeit die unsere Bewegung zusammen mit den Massen geleistet hat, mit unseren sehr präzisen Vorstellungen in den verschiedenen Bereichen und mit der Hilfe der Länder, die sich immer solidarisch mit unserer Bewegung gezeigt haben und es jetzt mit unserer Regierung tun, schaffen werden, die erste Phase dieser Schwierigkeiten zu überwinden.

FRAGE: Die zerstörerische Wirkung des Kolonialismus verwandelte die Inseln faktisch in zwei große Kakao-Plantagen

mit allen negativen Folgen: Monokultur, Abhängigkeit vom internationalen Markt mit seinen Preisschwankungen, ständigen ungünstigen Zahlungsbilanzen, Knappheit an Lebensmitteln . . .

M. TROVOADA: Der Kakaoanbau, den wir vom Kolonialismus geerbt haben, ist eine Versklavung, aus der wir uns vollkommen befreien müssen.

Die koloniale Versklavung zur „Kakao“-Insel

Tatsächlich gibt es nicht nur Preisschwankungen auf dem internationalen Markt, sondern auch Unsicherheiten in der Produktion selbst. Wir verzeichnen z. B. Produktionsrückgänge, die auf natürliche Ursachen oder ähnliches zurückgehen, und gerade dies macht uns noch anfälliger, noch abhängiger von dieser Kakaokultur. Deshalb ist eines der wichtigsten Ziele unserer Agrarreform die Diversifizierung¹ des Anbaus. Diese Diversifizierung wird zum Ziel haben, die Monokultur im Kakaoanbau zu beenden und den Anbau von lebensnotwendigen Produkten zu steigern, damit wir die Abhängigkeit vom Ausland verringern können, in der wir uns im Moment, was lebensnotwendige Produkte angeht, befinden.

Unsere Agrarreform wird einerseits den Kakaoanbau zurückdrängen, jedoch werden wir dies nicht in Kürze schaffen, denn die gesamte ökonomische Struktur dieses Landes beruht eben auf dem Kakaoanbau, und die Kakaofuhr stellt heute nahezu unsere gesamte Einnahmequelle dar. Deshalb müssen wir fortfahren, diese Frucht noch eine bestimmte Zeit anzupflanzen. Aber da große Gebiete unseres Landes noch nicht bebaut sind, können wir auf diesen Flächen Versuche mit neuen Kulturen machen und zu gegebener Zeit zur Entwicklung der Nahrungsmittelanbaus übergehen. Darum ist dies schon in die Planung unserer Agrarreform einbezogen. (. . .)

FRAGE: Der Aufbau der Volksmacht stellt eine der wesentlichsten Zielsetzungen in allen ehemaligen portugiesischen

Kolonien in Afrika dar. Es handelt sich um eines der vielen gemeinsamen Ziele der historisch eng untereinander verbundenen Befreiungsbewegungen.

M. TROVOADA: Tatsächlich haben wir seit Beginn als Ziel unserer Organisation die Errichtung einer Volksdemokratie festgelegt; eine Regierungsform, in der das Volk die Möglichkeit hat, sich zu äußern und den Weg zu wählen, wie es geführt und regiert zu werden wünscht.

Das Ziel heißt Volksdemokratie

Es ist verständlich, daß wir während des Kolonialkampfes keine sehr günstigen Bedingungen hatten, was einerseits aus unserer Isolierung resultierte und andererseits aus der geringen geographischen Größe unseres Territoriums, was uns daran hinderte, den bewaffneten Kampf zu führen, wie es in den anderen ehemaligen portugiesischen Kolonien geschah. All das trug dazu bei, daß unser Kampf in der Vergangenheit nicht bekannt wurde und sogar jetzt, nach der Unabhängigkeit, sind unsere Probleme in der übrigen Welt aufgrund der Verbindungsschwierigkeiten noch immer unbekannt.

Aber die Wahrheit ist, daß unsere Partei, unsere Bewegung, nach der Unabhängigkeit damit begann, die Grundlagen für eine umfangreiche Umgestaltung und Politisierung der Volksmassen zu schaffen und heute haben wir schon einen Anfang dessen, was wir als Volksmacht befrachten können, insofern als die Einrichtungen der Republik vollkommen auf der Teilnahme des Volkes basieren. Wir haben Zonenkomitees, örtliche Komitees, Gemeindefomitees und Betriebskomitees. Ich nehme als Beispiel unsere Volksversammlung, die sich aus Mitgliedern der verschiedenen Komitees zusammensetzt. Wir glauben, daß wir mit der Entwicklung, mit wachsendem Bewußtsein, mit einer größeren Mobilisierung der Massen und auch mit der Organisation dieser Massen dieses System vervollkommen können und die Organisation finden werden, die dieser direkten Beteiligung der Massen an den Angelegenheiten des Landes entsprechen wird.

FRAGE: Besteht die Möglichkeit, daß die Befreiungsbewegung von Sao Tomé und Príncipe (MLSTP) sich in eine Partei umwandelt?

M. TROVOADA: Der Kampf findet gleichzeitig in der Bewegung statt. Wie der Name selbst andeutet, handelt es sich um eine Vereinigung von Personen, die sich in ihr zusammenfinden und auf der Grundlage eines Minimalprogramms und einiger

Übereinstimmungspunkte vereint sind. Es ist klar, daß wir im Verlaufe des ökonomischen und sozialen Entwicklungsprozesses, der nach der Unabhängigkeit einsetzte, vor der Notwendigkeit stehen werden, gewisse und bestimmte Orientierungspunkte zu präzisieren und manchmal einige Programmpunkte zu radikalisieren.

Es ist natürlich, daß sich in der Befreiungsbewegung selbst eine Entwicklung vollzieht und sich mit der Gründung einer Partei verstärkt, in der die Ziele viel genauer formuliert sein werden und in der eine viel strengere Linie herrschen wird; die MLSTP steht am Anfang einer solchen Entwicklung und plant einen Kongreß, auf dem diese Umwandlung innerhalb unserer Bewegung in Angriff genommen werden wird.

FRAGE: Der Besuch einer Delegation der MPLA und der Volksrepublik Angola in Sao Tomé und Príncipe, geleitet von ihrem Präsidenten Agostinho Neto, trägt entscheidend dazu bei, alte historische und politische Verbindungen zwischen beiden Völkern, Ländern und Bewegungen zu festigen. Aber die Führer von Sao Tomé und Angola sind noch weitergegangen. Sie haben sich mit besonderer Eindringlichkeit für die Notwendigkeit eingesetzt, der Konferenz der Nationalistischen Organisationen der Portugiesischen Kolonien (CONCP)², neue Impulse zu geben. Man fördert sogar ein baldiges Treffen der Bewegungen, die diesen Zusammenschluß bilden, um ihre Ziele neu zu bestimmen.

M. TROVOADA: Es ist offensichtlich, daß die Beziehungen zwischen Sao Tomé und Príncipe und Angola traditioneller Art sind, geschmiedet in langen Jahren, die nicht nur einen gemeinsamen Ursprung haben, den wir gemeinsam hochachten³, sondern die sich mit der Zeit, besonders während des Befreiungskampfes entwickelten, auf der Grundlage identischer Hauptzielvorstellungen zwischen den beiden Bewegungen, der MPLA und der MLSTP. Es ist auch offensichtlich, daß diese politischen Auffassungen weitgehend identisch sind mit der Politik der PAIGC von Guinea-Bissau und den Kapverden.

... und der neue Inhalt der Zusammenarbeit

Die CONCP war eine Organisation, in welcher unsere revolutionären Kräfte die Plattform der Zusammenarbeit im Kampf gegen den Feind fanden. Heute müssen wir mit ihr eine Organisation im Dienste der ökonomischen und sozialen Entwicklung unserer Völker schaffen. Wir sind davon überzeugt, daß die Parteien, die in der Vergangenheit die CONCP bildeten und die heute alle an der Macht sind, dieser Zusammenarbeit tatsächlich einen neuen Inhalt geben und etwas tun können, das wirklich unseren Völkern nützt und zum Fortschritt in Afrika beiträgt.

Ich denke, daß die Konferenz der CONCP es erlauben wird, präzise die Grundlagen dieser Zusammenarbeit zu bestimmen, dieser politischen, ökonomischen und sozialen Aktion, die, wie ich annehme, für jedes unserer Länder weitgehend gleich sein wird. Deshalb erwarten wir mit einer gewissen Unruhe das Zustandekommen dieser Konferenz und glauben, daß auf ihr Entscheidungen getroffen werden, die sehr brauchbar und sehr wirkungsvoll in ihrer Verwirklichung sein werden.

(Quelle: Bohemia, Havanna, Nr. 19/1976)

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Erweiterung durch Einführung anderer Kulturen.
- 2) Am 18. April 1961 gebildet, war die CONCP Organ der Koordination, des Erfahrungsaustausches und der theoretischen Entwicklung der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien.
- 3) Auf die Inselgruppe wurden bis 1917 viele Angolaner als Sklaven verschleppt; sie stellten damit den größten Bevölkerungsanteil.



Das Massaker von Soweto und die nicht abbreißende Welle von Massenmorden, Verfolgungen und Inhaftierungen in der Republik Südafrika (RSA) forderten in den letzten Monaten weltweite Proteste heraus. Wir nahmen dies zum Anlaß, um das Thema Unterdrückungspolitik des Rassistenregimes in verschiedenen Beiträgen gesondert zu behandeln. Eine erschütternde Bilanz der aktuellen Terrorwelle seit Juni 1976 zieht eingangs der Bericht des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC). Er wird ergänzt einmal durch den Bericht der jahrelang als politische Gefangene in den Kerkern des Vorster-Regimes festgehaltenen Südafrikanerin Dulcie September, zum anderen durch eine redaktionelle Zusammenschau zur Geschichte der politischen Gefangenen und der Verfolgung in der RSA.

Es ist dies auch die Geschichte des heroischen Widerstandes des südafrikanischen Volkes und seiner revolutionären Arbeiterpartei, der Kommunistischen Partei Südafrikas (SACP), die Mitte Oktober d. J. in einer Phase gewaltiger Streiks und Massenkämpfe eine Botschaft an die Arbeiterklasse des Landes richtete, aus der die Ermutigung zum Widerstandskampf und eine klare politische Orientierung gleichermaßen sprechen.

Botschaft der KP Südafrika

Südafrika in die Hände des Volkes!

Arbeiter! Genossen!

Die Kommunistische Partei Südafrikas (SACP) wendet sich an Euch in diesem historischen Augenblick der Geschichte unseres Freiheitskampfes. Eure Rolle in den kommenden Kämpfen ist der Schlüssel zur Zukunft unseres Landes.

Eure Muskelkraft hat die Reichtümer unseres Landes geschaffen. Es ist Eure geeinte Kraft, die den Rassismus zerschlagen kann und den Reichtum unseres Landes dem Volk zurückgeben kann. Es steht in Eurer Macht, ein neues Leben aufzubauen, in dem der Mensch nicht mehr durch den Menschen ausgebeutet wird; ein Leben wahrer Brüderlichkeit, in dem der Tyrannei des Rassismus und der ökonomischen Ausbeutung ein für allemal ein Ende gesetzt wird. Ihr und Eure Brüder auf dem Land seid die überwältigende Mehrheit des Volkes und habt die Zukunft in Eurer Hand. Noch nie war die Möglichkeit vorwärtszuschreiten so groß wie jetzt.

Die Freiheitsbewegung wird stärker

Es haben sich bedeutende Veränderungen der Situation vollzogen. Auf internationalem Gebiet nimmt die sozialistische Welt und ihr fortgeschrittenster Teil, die Sowjetunion, an Stärke zu. In unserem eigenen Land und im südlichen Afrika haben der Rassismus, der Imperialismus und die ausländische Vorherrschaft bedeutende Rückschläge erlitten. Vorsters Freund und Verbündeter, der faschistische Diktator Portugals, ist durch den Mut und die Entschlossenheit unserer Brüder in Moçambique, Angola und Guinea-Bissau, die ihre Länder jetzt selbst regieren, gestürzt worden.

In Angola selbst endeten Vorsters Versuche zur Verhinderung der Volksherrschaft durch den Einsatz seiner weißen Armee zum Zwecke der Unterstützung einiger schwarzer Kollaborateure wie Savimbi und Roberto in einem überstürzten Rückzug. Unter der Führung der MPLA (Volksbewegung für die Befreiung Angolas, d. Red.) wurden die überheblichen Rassisten aus Angola verjagt. Es ist für alle klar ersichtlich, daß das geeinte Volk im südlichen Afrika, wie in Vietnam, den Rassismus und die ausländische Beherrschung zerschlagen kann. Für die Überbleibsel der Minderheits Herrschaft auf unserem Kontinent wächst die Bedrohung mit jedem Tag. In Namibia und Zimbabwe ist der Gegner ständig wachsenden

Angriffen ausgesetzt. Die Zeit kann nicht mehr fern sein, da die Völker dieser Länder frei von der Diktatur einer Minderheit und ausländischer Besetzung sein werden.

Vorster weiß, daß in Südafrika der Tag immer näher kommt, an dem seiner bewaffneten Räuberbande in der Sprache geantwortet wird, die sie versteht – in der Sprache des bewaffneten Volkes. Er hat einen Vorgeschmack nicht nur in den demütigenden Niederlagen in Angola, sondern auch in der wachsenden Militanz der Unterdrückten Südafrikas in allen Teilen des Landes, bekommen. Die Arbeiter haben ihre Stärke gezeigt, indem sie in den Fabriken und Minen gemeinsam handelten, um ihre Forderungen durchzusetzen. Die Jugend ist nicht durch den Terror zum Schweigen gebracht worden und erhebt ihre Stimme noch lauter gegen die weiße Unterdrückung. In den Landgebieten wächst der Zorn über Armut, Hunger und Ausbeutung durch die rassistische Verwaltung und ihre Kollaborateure.

Vor allem findet der Kampf zur Zerschlagung der Minderheits Herrschaft in einer für die Befreiungsbewegung weit günstigeren Situation als jemals zuvor statt. Südafrika grenzt nicht mehr nur an befreundete weiße Regimes. Und unser Gegner verfügt über kein Streitkräftemonopol mehr. Dank des prinzipienfesten Internationalismus sozialistischer Länder wie der Sowjetunion und Kuba kann die Befreiungsarmee dem Gegner jetzt mit den gleichen Waffen und der gleichen Ausbildung entgegentreten, die er uns immer vorenthalten hat, um uns von seiner „Unbesiegbarkeit“ und „Überlegenheit“ zu überzeugen.

Einheit ist der Schlüssel

Wenn wir geeint sind, kann keine Macht der Erde unseren Sieg verhindern. Das ist der Grund, warum die Rassisten stärker denn je versuchen, uns zu spalten; sie versuchen verzweifelt, uns so zu beeinflussen, daß wir nicht als Arbeiter oder als Afrikaner denken und handeln, sondern als Zulus, Xhosas, Sothos, Tswana und so weiter. Sie wollen uns glauben machen, nicht Südafrika, sondern die Bantustan-Hinterhöfe seien unsere Heimat. Uns wird ständig erzählt, nicht die Helden Sisulu, Mbeki, Mandela und Kotane, sondern die vom Staat bezahlten Matanzimas (Matanzima ist sogenannter Regierungschef der Transkei, d. Red.). Die Rassisten arbeiten unermüdet daran, die Einheit der Afrikaner mit ihren unterdrückten schwarzen Brüdern, den Farbigen und der indischen Bevölkerung zu spalten. Sie wissen, daß es zu spät

ist, uns daran zu hindern, Gewerkschaften aufzubauen. Deshalb versuchen sie, uns den Schwindel der von Unternehmern und Regierung kontrollierten Fabrikkomitees zu verkaufen. Sie geben Konzessionen an indische Händler, um die Masse der indischen arbeitenden Bevölkerung noch leichter ausbeuten zu können. Sie versuchen, die Farbigen mit sogenannten Selbstverwaltungsorganen zu bestechen anstelle einer wahren Demokratie, die erst kommen kann, wenn alle Schwarzen frei sind. Sie geben beschränkte Konzessionen an eine Handvoll afrikanischer Händler und Kaufleute, in der Hoffnung, sie würden dann auf der Seite von „Ruhe und Ordnung“ des weißen Mannes handeln. Den wenigen, die gewillt sind, der herrschenden Klasse bei der Verwaltung der Bantustan-Kolonien zu helfen, gibt man hohe Gehälter und amerikanische Wagen. Unterdessen wächst die Armut der Masse des Volkes, wird die Kluft zwischen weißen und schwarzen Einkommen von Tag zu Tag größer. Die unterdrückten Schwarzen werden mit dem Unsinn der Stammes-trennung und Bantu-Erziehung vollgestopft und sie sollen die Lüge hinnehmen, daß der größte Teil Südafrikas und seiner Reichtümer „natürliches“ Eigentum der weißen Minderheit sei.

Die Arbeiterklasse unseres Landes wird sich nicht in die Irre führen lassen von den Versuchen unserer Unterdrücker, die Kollaborateure in der schwarzen Bevölkerung ihre dreckige Arbeit tun zu lassen. Die Zeiten, in denen wir akzeptierten, daß uns die vollen Rechte als Volk und als ausgebeutete Klasse vorenthalten wurden, sind längst vorbei. Wir wissen, daß es unsere Arbeitskraft war, die die Reichtümer Südafrikas erarbeitet hat; es sind unser Schweiß, unsere Plackerei und unsere Leben, die benutzt wurden, um das Gold auszugraben und das reiche Farmland zu entwickeln. Wir fordern



Streikende Arbeiter in Durban

jede Mine, jede Fabrik und jede Farm in Südafrika für das Volk. Wir haben die rassistische Unterdrückung erlitten, weil wir als billige Arbeitskräfte für die großen Siedler und kapitalistischen Bosse gebraucht wurden. Darum müssen wir, wenn wir die Barbarei der weißen Vorherrschaft beenden wollen, ihr Fundament – das kapitalistische System – zerstören. Aber die unmittelbare Aufgabe für die Arbeiter und das ganze unterdrückte Volk ist die Zerstörung der Minderheitsherrschaft. Deshalb unterstützen die Arbeiter bedingungslos den vom Afrikanischen Nationalkongreß Südafrikas (ANC) geführten nationalen Befreiungskampf und nehmen an ihm teil.

Die Arbeiter müssen die Führung innehaben

In den kommenden Kämpfen um die Macht kommt der Arbeiterklasse eine besondere Rolle zu. Im Bündnis mit der arbeitenden Bevölkerung und den armen Bauern auf dem Lande sind wir der unnachgiebigste Feind von Rassen- und Klassenunterdrückung und die mächtigste Kraft für die wahre nationale Befreiung. Für uns Arbeiter kommt nur Elend von den Bantustans, die als Entschuldigung benutzt werden, um uns all unserer Rechte zu berauben und uns wie Hunde in die Städte zu jagen, die wir mit unserer Arbeitskraft gebaut haben. Jeder Zentimeter Südafrikas gehört dem Volk. Wir haben nichts von der „Freiheit“ zu erwarten, die einigen schwarzen Geschäftsleuten das Recht gibt, sich an unserer Ausbeutung zu beteiligen. Wenn Arbeiter von Befreiung reden, meinen sie die Vernichtung aller Ausbeuter – ob weiß oder schwarz.

Die Kämpfe, die wir in den letzten Jahren in den Fabriken und Minen ausgetragen haben, haben uns neues Vertrauen in unsere organisierte Stärke gegeben. Wir müssen diese Stärke nutzen, um unseren Forderungen nach dem Streikrecht und dem Recht auf freie gewerkschaftliche Organisation Nachdruck zu verleihen. Die Arbeiter lassen sich nicht von den neuen Gesetzen täuschen, die vorgeben, ihnen das Streikrecht zu gewähren. Wir lassen uns nicht von den Bantu-Arbeitskomitees täuschen, die den Bossen dienen und mit denen versucht wird, die wirkliche afrikanische Gewerkschaftsbewegung aufzuhalten. Wir sind wachsam gegenüber den Versuchen der weißen Gewerkschaftsbewegung, das Anwachsen der schwarzen Arbeiterorganisationen zu kontrollieren. Wir sind nicht länger bereit, uns von denjenigen beherrschen zu lassen, die mit der herrschenden Klasse kollaborieren, um die maximale Ausbeutung der Schwarzen zu sichern.

Wir glauben an die wahre Einheit aller Arbeiter – Afrikaner, Inder, Farbiger und Weißer. Aber es muß eine wirkliche Gleichheit und die Kontrolle durch die Mehrheit gewährleistet sein. Erst wenn die weißen Arbeiter aufhören, mit unserem Klassenfeind zu kollaborieren und als Teil einer vereinten Arbeiterklasse handeln, werden wir sie als Brüder willkommen heißen. Sie müssen aufhören, den Rassismus zur Erlangung von Sonderprivilegien zu benutzen. Sie dürfen von den schwarzen Arbeitern nicht erwarten, daß sie eine zweit-rangige Rolle in den von Weißen kontrollierten und geführten Gewerkschaftszentren spielen. **Unsere Partei und die nationale Befreiungsbewegung haben immer den Südafrikanischen Gewerkschaftskongreß (SACTU) als die einzig wirklich demokratische und nicht-rassistische Gewerkschaftsbewegung unterstützt. Die SACTU hat in den letzten 20 Jahren die Arbeiter im ganzen Land unaufhörlich gewerkschaftlich angeleitet und geführt, trotz Verfolgung und Terror. Die SACTU ist ein wichtiger Teil des Befreiungsbündnisses.**

In Südafrika kann der Kampf der schwarzen Arbeiter nicht getrennt werden von ihrem Kampf gegen nationale Unterdrückung. Für die schwarze Arbeiterklasse als Teil der unterdrückten und ausgebeuteten Mehrheit gibt es nur eine Lö-

sung: die vollständige Zerschlagung der weißen Vorherrschaft und die Bildung einer Volksregierung, die zum Ziel hat, Südafrika auf den Weg zum Sozialismus zu führen.

Vorwärts zu Freiheit und Sozialismus

Wir müssen unsere ganze Macht und Stärke einsetzen zur Unterstützung und im Kampf um die unmittelbaren Ziele der nationalen Befreiungsfront unter der Führung des ANC. Wir müssen den bewaffneten Kampf mit einem breiten politischen Widerstand verbinden. Wir müssen die wenigen unter der schwarzen Bevölkerung zurückweisen, die mit dem Gegner kollaborieren. Wir müssen lernen, diejenigen zu erkennen, die vorgeben, gute „schwarze Nationalisten“ zu sein, sich aber in Wirklichkeit nur mit der weißen Kapitalistenklasse an der Ausbeutung der schwarzen arbeitenden Bevölkerung in den Städten, auf den Farmen und in den Bantustans beteiligen wollen. **Wahre nationale Befreiung braucht eine starke Arbeiterklasse, der eine besondere Rolle im Bündnis der patriotischen Kräfte gegen die Diktatur einer Minderheit zukommt. Darum brauchen wir eine starke kommunistische Partei und eine gut organisierte Gewerkschaftsbewegung, die einen Teil des Befreiungsbündnisses bilden, das vom ANC angeführt wird. In unserem Land kann der nationale Kampf nicht vom Klassenkampf getrennt werden.**

Arbeiter! Genossen!

- Wir sind das Rückgrat des nationalen Befreiungskampfes.
- Unsere kollektive Stärke garantiert, daß den Volksmassen

die Befreiung zugute kommt und nicht den Wenigen, die in die Fußstapfen der weißen Ausbeuter treten wollen.

- Eure Wachsamkeit in der Revolution wird dazu beitragen, der ökonomischen Ausbeutung, die die Grundlage des Rassismus ist, ein Ende zu setzen.
- Unter unserer Führung wird unser Land vorwärts gehen zu einer sozialistischen Gesellschaft, in der alle Fabriken, Minen und Farmen dem Volk gehören und im Interesse unseres ganzen Volkes genutzt werden.
- Von unserer Bereitschaft, zu organisieren, Widerstand zu leisten und gegen die rassistische Diktatur zu kämpfen, wird es abhängen, wie schnell unser Volk die unmittelbaren Ziele der nationalen Befreiungsbewegung, angeführt vom ANC, erreichen wird.
- **Verstärkt** den Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen! Gründet starke schwarze Gewerkschaften! Bildet geheime Komitees aus den verlässlichsten Arbeitern, die den Kampf in den Fabriken anleiten sollen! Unterstützt und stärkt eure politische Organisation – die Kommunistische Partei Südafrikas!
- **Studiert** die befreienden Ideen des Marxismus und des Leninismus und kämpft gegen Antisowjetismus und Antikommunismus – die Waffen des Gegners!
- **Unterstützt** und stärkt den Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) und seine Verbündeten in der nationalen Befreiungsfront!

(Quelle: Daily World, New York, 16. 10. 1976)

Freiheit: Südafrika






Spendet für die Opfer von Soweto und den ANC auf das Konto: Pacha Frankfurt, Sonderkonto Prof. Erich Wulf, 527055-602, Kammerw. Südafrika




HEINEMANN



Boycott den Rassisten





Solidarität mit dem ANC





NEUERSCHEINUNG: AIB-Wandzeitung zur Republik Südafrika zum Einzelpreis von 1,80 DM, bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren zu 1,20 DM (zuzügl. Porto).

Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) Die Repressionswelle nach Soweto

Am 27. August 1976 gab der südafrikanische Justiz- und Polizeiminister bekannt, daß etwa 800 Menschen wegen „schwarzem Randalieren“ in Haft seien. Davon sind 77 Verhaftungen aufgrund von Verstößen gegen das „Gesetz zur Inneren Sicherheit“ und 744 wegen „verschiedener Verbrechen und zu Verhören“ vorgenommen worden. Am 20. September erklärte das Christian Institute¹, daß angeblich über 5000 Menschen inhaftiert sind und 300 seit dem 16. Juni d. J. ohne Gerichtsverfahren gefangen gehalten werden. Nach Informationen aus dem Lande selbst, sind diese Zahlen sogar noch grobe Unterschätzungen, wie folgende Vorfälle zeigen:

Massenverhaftungen und Verschwundene

14./15. September 1976: Über 1000 Afrikaner werden allein in Soweto und Alexandra während des erfolgreichen Dreitage-Streiks verhaftet, um den Streik zu brechen.

14. September 1976: Mehr als 800 Studenten, die an einem Protestmarsch gegen Apartheid teilgenommen hatten, werden in Durban und Port Elizabeth verhaftet.

13. September 1976: Etwa 400 demonstrierende Schüler werden in Port Elizabeth verhaftet.

Das ergibt eine Gesamtzahl von mindestens 2200 bekannten Verhaftungen in vier Orten und an drei Tagen.

Während die Namen von bekannten verhafteten Aktivisten häufig veröffentlicht werden, bleiben Tausende andere unbekannt. Viele von ihnen verschwinden spurlos und ohne ersichtlichen Grund. Das Christian Institute teilt mit, daß man von Thamasanqua Zani, dem Sekretär der Südafrikanischen Studentenorganisation (SASO), seit seiner Verhaftung im Oktober 1975 nichts mehr gehört hat. Quellen in Soweto berichten, daß viele Menschen seit dem 16. Juni einfach verschwunden sind und daß es nicht möglich ist, herauszufinden, ob man sie inhaftierte, auf der Straße erschossen wurden oder aus dem Land geflohen sind.

Tatsache ist, daß entgegen Vorsters Behauptung, es gäbe keine Krise, das Land zur Zeit unter einem unausgesprochenen Ausnahmezustand regiert wird. Die weitverbreitete Anwendung von Internierung und Vorsorgehaft – die durch das „Gesetz zur Inneren Sicherheit“ und das „Gesetz wider den Terrorismus“ abgedeckt werden, welche unbefristete Inhaftierungen in strenger Einzelhaft ohne Gerichtsverfahren zulassen – kennzeichnen das Ausmaß des Widerstandes im Land.

Winnie Mandela zum Beispiel, Vorstandsmitglied der Vereinigung schwarzer Eltern und Ehefrau des Vorsitzenden des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), Nelson Mandela – er wurde zu lebenslanger Haft auf Robben Island verurteilt –, gehört zusammen mit den restlichen Vorstandsmitgliedern der Elternvereinigung zu den Inhaftierten.

Diese Gesetze zielen aber auch darauf ab, schwarze Journalisten – den Präsidenten der Schwarzen Journalistenunion Joe Tholoe eingeschlossen – von Enthüllungen darüber abzuhalten, was in den schwarzen Gebieten geschieht, die von weißen Journalisten nicht betreten werden dürfen. Von mindestens 13 schwarzen Journalisten, von denen viele bei der Johannesburg Rand Daily Mail arbeiten, weiß man, daß sie ohne Gerichtsverfahren im Gefängnis sitzen.



Über die Zahl der von der Polizei und den weißen Hecken-schützen in den Monaten seit dem 16. Juni getöteten Menschen gibt es zwar keine genauen Angaben, doch wurden nach vorsichtigen Schätzungen über 1000 Todesfälle bekannt.

Todesfälle in Gefängnissen

Zu der Anzahl derer, die auf der Straße getötet wurden, müssen die Todesfälle in den Gefängnissen hinzugezählt werden; 29 Fälle sind bekannt. Seit dem 16. Juni sind es folgende:

Mapetla Mohapi (29 Jahre) wurde am 15. Juli 1976 verhaftet. Am 5. August gab die Polizei der Familie bekannt, daß ihr Sohn Selbstmord begangen habe. Der Arzt Dr. Ramphele, der die Familie bei der gerichtlichen Untersuchung vertrat, wurde ebenso verhaftet wie zwei weitere Ärzte, die in der gleichen Klinik mit ihm arbeiteten.

Luke Mazwembe (32 Jahre). Es wird behauptet, daß er sich innerhalb von zwei Stunden nach seiner Verhaftung am 6. September 1976 erhängt hat, und zwar mit Stoffstreifen, die er aus der Bettdecke gerissen hat.

Fenuel Mogatusi (22 Jahre), Student aus Soweto, starb am 28. September 1976 im Gefängnis in Fort Johannesburg, wo er auf seine Gerichtsverhandlung wartete. Offizielle Todesursache: epileptischer Anfall. Seine neunzehnjährige Schwester sagte dazu aus: „Dies ist erstaunlich, weil Fenuel nie Anfälle hatte. Wir sahen ihn sogar an dem Tag vor seinem Tode und er sah gesund aus.“ Während der Verhandlungen war er einige Male selbst am Gericht anwesend.

Jacob Mashabene (22 Jahre), Student aus Soweto, starb am 5. Oktober 1976 im Gefängnis in Fort Johannesburg. Man sagt, er habe sich mit seinem Hemd erhängt.

Dumisane Mbatha (16 Jahre) verschwand am 16. September 1976. Die Todesursache ist bis jetzt unbekannt.

Ein unbekannter Afrikaner starb am 1. Oktober 1976 in den Polizeizellen von Carletonville. Das einzige, was man über ihn weiß, ist die Annahme, daß er am Kopf verletzt war.

Verhaftungen in der Transkei

Zwei international bekannte Schauspieler, John Kani und Winston Ntshona, wurden in Butterworth, Transkei, verhaftet, nachdem sie an der Aufführung des Stückes „Size Bansi ist tot“ mitgewirkt hatten. George Matanzima, der Justizminister von Transkei, sagte, die Schauspieler würden freigelassen „nachdem sie einige Fragen zufriedenstellend beantwortet hätten“. Die Schauspieler wurden aufgrund von Notstandsregelungen festgehalten, die seit 1960 in der Transkei in Kraft sind. Jetzt wurden sie unter Anklage gestellt; allerdings gab man Einzelheiten zu den gegen sie erhobenen Beschuldigungen nicht bekannt.

Vor den Wahlen in der Transkei am 29. September d. J. wurden die Vorsitzenden der wichtigsten Oppositionsparteien ohne Gerichtsverfahren verhaftet. Dadurch wurden ihre Namen auf den Wahllisten nicht aufgeführt. Sie befinden sich noch heute in Haft.

Prozessfarcen und Folterungen

Der Prozeß gegen zehn Männer in Pietermaritzburg geht weiter. Sie sind wegen ihrer Mitgliedschaft im Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) angeklagt und müssen aufgrund des Terrorismusgesetzes mit der Todesstrafe rechnen; angeblich sollen sie Propagandamaterial verteilt haben und junge Männer zu militärischen Übungen gegen das Vorster-Regime geworben haben. Unter den zehn Angeklagten befinden sich auch Cleopas Ndlovu und Joseph Nduli. Beide waren politische Flüchtlinge in Swaziland und wurden dort von dem South African Special Branch² entführt und nach Pietermaritzburg verschleppt.

Die Rand Daily Mail vom 5. Oktober berichtete über die Aussage des Staatszeugen Michael Gumede vor Gericht: Er wurde sofort nach seiner Verhaftung von weißen Polizisten geschlagen und geohrfeigt; sie legten ihm Steine in die Schuhe, banden ihm einen Ziegelstein an die Hoden und zwangen ihn, auf den Zehenspitzen zu stehen.

Staatszeuge, ein sechzehnjähriger Junge, der an epileptischen Anfällen leidet, beschrieb seine Angst, als er spät in der Nacht verhaftet und von der Polizei gequält wurde, um ihn zur Aussage zu zwingen.

In einer eidesstattlichen Erklärung sagte Joseph Nduli vor dem Gericht aus: „Ich wurde ununterbrochen verhört und mußte dabei stehen, bis ich am folgenden Tag gegen 20 Uhr zusammenbrach. Während des Verhörs wurde ich mehrmals zusammengeschlagen und mit dem Tode bedroht. Danach wurde ich an einen Baum gefesselt und als ich wieder zu mir kam, waren meine Hände auf den Rücken gebunden und meine Füße lagen in Ketten. Ich mußte dort unter Polizeibewachung schlafen.“

In einem kürzlich vom Christian Institute veröffentlichten Bericht, den die südafrikanische Regierung verbietet, sind zahlreiche Aussagen über Folterungen enthalten. Folgende Foltermethoden, die in den jüngsten Gerichtsverhandlungen bekannt wurden, werden erwähnt:

- Der Kopf des Inhaftierten wird in einer Toilette unter Wasser gehalten,

- die Genitalien der Gefangenen werden Elektroschocks ausgesetzt,
- sie werden am schlafen gehindert,
- sie werden gezwungen, bis zu fünf Tagen und Nächten mit verbundenen Augen zu stehen
- und werden mit Fußtritten und Karateschlägen mißhandelt.

In Port Elizabeth wurden 271 Schüler angeklagt, weil sie eine nichtzugelassene Versammlung besucht hatten. Die Jungen erhielten 8 Peitschenhiebe, die Verurteilung der Mädchen wurde auf zwei Jahre ausgesetzt. Das Alter der Angeklagten lag zwischen 8 und 17 Jahren.

Tsietsi Mashinini, Vorsitzender des Vertreterrats der Studenten von Soweto und Führer der Demonstrationen von Soweto am 16. Juni während der ersten Polizeiausschreitungen, berichtete, wie ein achtjähriges Mädchen von der Polizei erschossen wurde, als es seinen Arm zum Black Power-Gruß erhob.

In Naledi, das in der Nähe von Soweto liegt, hielten sich die Schüler der Mara Primary School in ihren Klassenräumen auf, als ein Polizeiwagen mit bewaffneten Polizisten in Tarnuniformen, auf dem Schulgelände hielt. Die Schüler sahen die Polizisten und gerieten in Panik. Nach dem Bericht der Rand Daily Mail vom 1. Oktober gerieten die Kinder außer sich vor Angst, sprangen aus den Fenstern und liefen auf das Sportfeld zu. Die Polizei verfolgte sie. In panischer Angst versuchten die Schüler, dem Wagen zu entkommen. Die Polizei eröffnete das Feuer. Der Schulzaun wurde von fliehenden Kindern niedergetrampelt. Die Polizei fuhr über den Zaun hinweg und setzte die Treibjagd fort. Minuten später lag der achtzehnjährige Schüler Francis Ntebele tot in der Nähe eines Geschäfts auf der anderen Straßenseite gegenüber der Schule. Die Polizei schoß weiter und mehrere Schüler wurden verwundet. Die Leiche des Kindes ließ man vier Stunden lang auf der Straße liegen. Am selben Abend ging der erschütterte Vater von Francis zur Polizeistation, um herauszufinden, was mit der Leiche seines Sohnes geschehen war. Die Polizei forderte ihn auf, am nächsten Tag wiederzukommen. Als er wiederkam, verwies man ihn an die staatliche Leichenhalle, wo er eine Nummer ausgehändigt bekam. Allerdings erlaubte man ihm nicht, die Leiche seines Sohnes zu sehen.

Von hinten erschossen

Die Londoner Times vom 15. Oktober 1976 berichtete über die Informationen einer staatlichen Untersuchungskommission: Seit dem Ausbruch der Rassenunruhen in Südafrika im Juni d. J. ist die Hälfte aller von der Polizei Erschossenen von hinten getroffen worden.

Gegenüber dem Vorsitzenden dieser Untersuchungskommission, Herrn Justice Cillie, machte der ranghöchste staatliche Pathologe von Südafrika Professor Joshua Taljaard die folgende Aussage: Zwei Drittel der 229 Leichen, die in der staatlichen Leichenhalle untersucht wurden, starben an Schußverletzungen.

In einer heute (am 14. Oktober in Johannesburg) veröffentlichten Stellungnahme sagte der Professor, daß von denjenigen, die an Schußverletzungen in Johannesburg und Umgebung gestorben sind, 80 von hinten, 42 von vorne und 28 von der Seite getroffen worden sind.

Was können wir tun?

Trotz des Terrors und der übelsten Methoden ist es dem Vorster-Regime nicht gelungen, den Afrikanischen Nationalkongreß und seine Verbündeten, die für die Befreiung kämpf-

Zur Geschichte der Verfolgung in Südafrika

Untrennbar verbunden mit der Geschichte des nationalen und antirassistischen Befreiungskampfes in der Republik Südafrika (RSA) ist die brutale und willkürliche Verfolgung aller derjenigen, die eine andere Auffassung als die Repräsentanten des Regimes vertreten. Als Antwort auf das ständige Anwachsen des Befreiungskampfes hat sich die Regierung Vorsters ein engespanntes Netz von Gesetzen und Verordnungen geschaffen, das ihr jede Handhabe bietet, die demokratische Opposition zu zerschlagen.

Gesetze zur Legalisierung des Terrors

● Das aus dem Jahre 1950 stammende **Gesetz zur Unterdrückung des Kommunismus** hatte nicht nur das Verbot der kommunistischen Partei Südafrikas zur Folge, sondern ermöglichte die Kriminalisierung und Illegalisierung aller dem System mißliebigen demokratischen Organisationen. Dabei obliegt es den Behörden zu definieren, was „Kommunismus“ ist.

● Im Jahre 1960 wurde das **Gesetz über ungesetzliche Organisationen** erlassen, das dem Regime die Möglichkeit zum Verbot des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) und des Panafrikanischen Nationalkongresses (PAC) eröffnete.

● Das 1962 erlassene **Sabotage-Gesetz** stellt „mutwillige Taten“, deren Feststellung der Willkür der Behörden überlassen bleibt, unter Strafe, die mindestens 5 Jahre Gefängnis betragen muß und in den Höchstfällen bis zur Todesstrafe reicht.

● Ebenso mit mindestens 5 Jahren Gefängnis oder sogar der Todesstrafe werden „Delikte“ geahndet, die unter des **Terrorismus-Gesetz** aus dem Jahre 1967 fallen. Unter dieses Gesetz sind alle möglichen Handlungen subsumierbar. Bereits Diskussionen über die Politik der Apartheid können danach als „terroristische Akte“ ausgelegt werden.

● Neben den vier Hauptsicherheitsgesetzen sind es besonders das **180-Tage-** und das **14-Tage-Gesetz** aus dem Jahre 1965, die dem Polizei- und Justizapparat Vorwand zu willkürlichen Verhaftungen ohne Haftbefehl und Gerichtsurteil bieten. Die Verordnungen R 400 von 1960 und R 17 von 1972, die nur für Afrikaner gelten, ermöglichen eine unbeschränkte Inhaftierung ohne irgendein rechtskräftiges Urteil. 1974 wurde das **Gesetz über aufrührerische Versammlungen** dahingehend verschärft, daß nunmehr bereits „Versammlungen“ von zwei und drei Personen unter Gebrauch von Schußwaffen aufgelöst und mit einer Geldstrafe von 100 bis 200 Rand oder mit Gefängnis von sechs Monaten bis zu einem Jahr belegt werden können.

Mit Hilfe des ebenfalls 1974 erlassenen **Gesetz über betroffene Organisationen** wurde es dem Rassistenregime möglich, die Nationalunion der Südafrikanischen Studenten (NUSA) und ihr angeschlossene Organisationen sowie das eng mit dem Weltkirchenrat zusammenarbeitende Christian Institute for Southern Africa (siehe obenstehenden ANC-Beitrag: Die Repressionswelle in Südafrika nach Soweto) in einen Status der Halblegalität zu drängen. Den „betroffenen“ Organisationen ist es bei einer Strafe von 10 000 Rand oder 5 Jahren Gefängnis verboten, Gelder aus dem Ausland, z. B. vom Weltkirchenrat, anzunehmen.

Immer wieder wurden der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) und seine Mitglieder Opfer des Terrors, der durch all diese Gesetze gedeckt wird. So kam es nach dem Massaker von Sharpeville im März 1960, das nach offiziellen Angaben 80 Tote und 200 Schwerverletzte forderte, zu einer der größten Verhaftungswellen in der Geschichte Südafrikas. Mindestens 22 000 Afrikaner wurden ohne Gerichtsverfahren festgenommen und bis zu fünf Monaten in Haft gehalten.

Ein besonders schwerwiegender Schlag gegen die Befreiungsbewegung gelang dem Rassistenregime im Juli 1963, als die südafrikanische Geheimpolizei den Sitz der Leitung der Kommunistischen Partei (SACP) in Rivonia entdeckte und neben zahlreichen Führern der SACP auch Führer des ANC in Haft nahm. Nach UNO-Angaben wurden zwischen 1960 und 1967 mindestens 140 000 Personen wegen politischer Vergehen verurteilt oder in Haft gehalten.

Einen der berühmtesten Terrorprozesse inszenierte das Regime **1964 gegen acht Führer des ANC**. In diesem **Schauprozeß**, der unter dem Namen „**Rivonia**“ in die Geschichte des südafrikanischen Freiheitskampfes eingegangen ist, wurden trotz weltweiter



Nelson Mandela (l.) und Walter Sisulu

Proteste und entgegen einer UNO-Entscheidung mit lebenslanger Haft belegt:

Denis Goldberg, Ahmed Kathrada, Govan Mbeki, Raymond Mhlaba, Andrew Mlangeni, Nelson Mandela, Elias Motsoaledi, Walter Sisulu.

Unerschrocken und mutig traten die acht Angeklagten der weißen Rassistenjustiz im Rivonia-Prozeß gegenüber, der der ganzen Organisation den Todesstoß versetzen sollte. Nelson Mandela, der seit 1944 dem ANC angehört und Mitbegründer der ANC-Jugendliga sowie Mitbegründer und Oberkommandierender der 1961 geschaffenen bewaffneten Einheiten des ANC „Umkhonto we Sizwe“ (Speer der Nation) war, erklärte den Richtern in seiner historisch gewordenen Verteidigungsrede: „Ich habe gegen die Vorherrschaft der Weißen und ich habe gegen die Vorherrschaft der Schwarzen gekämpft. Eine demokratische und freie Gesellschaft, in der alle friedlich und mit gleichen Möglichkeiten miteinander leben können, hat mir stets als Ideal vorgeschwebt. Es ist ein Ideal, für das ich leben und das ich verwirklichen möchte. Aber wenn es sein muß, bin ich bereit für dieses Ideal zu sterben.“ Nelson Mandela wurde zum Symbol des patriotischen Widerstandes gegen das Apartheidregime.

Schwarze Gefangene: „gehalten wie Tiere“

Zusammen mit zahlreichen anderen Freiheitskämpfern ist Nelson Mandela heute noch auf der **Gefängnisinsel Robben Island** vor der Küste Kapstadts inhaftiert. Neben Robben Island, wo schwarze Männer wegen politischer Vergehen festgehalten werden, gibt es noch zwei weitere Hauptgefängnisse, in denen politische Gefangene eingekerkert sind: das **Pretorial-Local-Gefängnis** für weiße Männer und das **Barberton-Gefängnis** für schwarze Frauen. Das Regime hat sich bisher geweigert, öffentliche Untersuchungen über die Haftbedingungen in diesen Anstalten durchführen zu lassen. 1965 enthüllte die Rand Daily Mail in einem Interview mit Harold Strachan, einem entlassenen politischen Gefangenen, empörende Fakten von sadistischen Wächtern, Schmutz, Unzuchtigkeit und Roheit gegenüber afrikanischen Gefangenen, die „wie Tiere gehalten werden“. Diese Enthüllungen hatten vorübergehend geringfügige Verbesserungen der Lebensbedingungen in den Gefängnissen bewirkt. Dennoch bringen Angeklagte bei Gerichtsverfahren immer wieder glaubhafte Fakten an die Öffentlichkeit. In einer Unterlage des Internationalen Verteidigungs- und Hilfsfonds für das südliche Afrika (Vereinte Nationen, Apartheid-Referat, Notizen und Dokumente, Nr. 2/1974) heißt es dazu: „Diese Beschuldigungen – durch Angeklagte und Zeugen – sind ausführlich und sehr genau und beschreiben Mißhandlungen, die von Folterung durch Elektrizität bis zum Durchschlagen des Penis mit Nägeln reichen.“

Über die Anzahl derjenigen, die unter politischen Vorwänden in den Gefängnissen des Regimes festgehalten werden, gibt es keine genauen Angaben. Zugegeben hat das Regime, daß im Jahre 1973 463 Personen wegen Vergehen gegen die vier Hauptsicherheitsgesetze verurteilt worden sind. Die Gefängnisse sind jedoch voll von ohne Gerichtsurteil Festgehaltenen. Die Verhaftungswelle im Anschluß an das Soweto-Massaker im Juni d. J. erfaßte Tausende, die auf ihre Befreiung warten.

fen, zu zerschlagen. Im Gegenteil, wir erleben, wie der Kampf auf allen Ebenen zunimmt. Zweifellos wird es noch viele verhaftete, gefolterte und ermordete Regimegegner geben. Deshalb kommt es darauf an, die internationale Unterstützung des vom ANC angeführten Befreiungskampfes zu verstärken:

- Fordert Eure Regierung auf, gegen Folter, Mord und Isolationshaft von Tausenden Südafrikanern zu protestieren!
- Fordert Eure Regierung auf, alle vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gefaßten Beschlüsse einzuhalten!
- Fordert die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen!
- Keine Waffen, keinen Handel, keine Kontakte mit der Apartheid!
- Ruft die Gewerkschaften, die Jugendlichen und Studenten sowie alle fortschrittlichen Organisationen Eures Landes auf, Südafrika auf allen Gebieten zu isolieren!

- Übt moralische und materielle Solidarität mit dem Befreiungskampf und dem ANC!
- Keine Kontakte zu dem Schlächter Vorster!

Amandla Ngawethu! Maatla Ke Arona!³

(Quelle: African National Congress of South Africa, Information Bulletin of Political Prisoners and Detainees, London, Oktober 1976)

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Das Christian Institute sagte sich nach dem Massaker von Sharpeville (1961) zusehends von der rassistischen weißen Burenkirche los und wurde 1974 zur „Affected Organisation“ erklärt, d. h. zu einer „schädlichen“ Organisation, der u. a. verboten ist, Geld aus dem Ausland – darunter vom Weltkirchenrat zu empfangen.
- 2) Der South African Special Branch ist der Geheimdienst des Vorster-Regimes.
- 3) Alle Macht dem Volk! Der Sieg ist sicher!

Bericht einer politischen Gefangenen

Nur selten gelangen Berichte politischer Gefangener über die Verhältnisse in den Gefängnissen der Republik Südafrika (RSA) an die Öffentlichkeit. Das Apartheidregime unternimmt alle Anstrengungen, Kontakte von politischen Häftlingen zur Außenwelt zu unterbinden — aus gutem Grund. Dies veranschaulicht, ähnlich wie die im Sommer d. J. in der Illustrierten Stern veröffentlichte erschütternde Zeugenaussage eines entflohenen weißen Häftlings, das in diesem Bericht festgehaltene Schicksal Dulcie Septembers, die ihr Leben als weiblicher politischer Häftling in südafrikanischen Gefängnissen schildert. Dulcie September arbeitete zunächst als Lehrerin in Kapstadt. Politisch engagiert hatte sie sich vor allem deshalb, weil sie den Hunger und das Elend der Kinder in der Schule und bei ihren regelmäßigen Besuchen täglich miterlebte. 1964 wurde sie verhaftet und nach dem allgemein bekannten „Sabotage-Gesetz“ zu fünf Jahren Kerker verurteilt. Als Beweis für die „Sabotage“ wurde ihre Literatursammlung angeführt, die in anderen Ländern als das Requisit eines jeden politisch interessierten Bürgers angesehen wird. 1969 wurde sie entlassen und unter einen täglichen Hausarrest von 12 Stunden gestellt.

Die südafrikanische Regierung verfügt über ein Netzwerk von repressiven Gesetzen, die als Handhabe für die Verhängung von Ausgehverboten, Inhaftierung, Verbannung, Einkerkung und Hinrichtung von Leuten dienen, die für die Befreiung von der Apartheid kämpfen. Und da alle diese Gesetze sehr weitläufige Definitionen enthalten, ist es für die Polizei sehr leicht, jemanden festzunehmen, anzuklagen und eine Verurteilung auszusprechen. Die Gerichte neigen dazu, diese Gesetze eher zugunsten des Staates als zugunsten der Rechte derjenigen zu interpretieren, die ein Recht auf den Schutz durch die Gerichte haben. Politische Prozesse sind mit anderen Worten eine Farce. Diese Richter und höheren richterlichen Beamten, die über den Angeklagten zu Gericht sitzen, betrachten uns, selbst wenn wir nicht angeklagt sind, nicht als Menschen mit Anspruch auf die elementaren menschlichen und politischen Rechte, weshalb wir von ihnen auch nicht erwarten können, daß sie fair sind, wenn wir als Angeklagte vor ihnen stehen. Als Angeklagter ist man sogar noch weniger als ein Mensch.

Wenn sich die Gefängnistür schließt und der Schlüssel im Schloß knirscht, dann wird die Welt draußen ausgeschlossen und Du gehörst zum Eigentum der Gefängnisbeamten, die



meinen, daß sie das Recht haben, Dich mit all der Verachtung zu behandeln, die jemand überhaupt nur aufbringen kann.

„Stell' Dich mit dem Gesicht zur Wand! Steh' gerade. Sprich' nicht! Geh' dort hinein! Zieh Dich aus! Wir müssen Dich durchsuchen! Warum? Stell' keine Fragen! Ich zieh mich nicht aus! Aufseherin, sie wollen sich nicht ausziehen!“

Wenn sich diese Tür schließt, dann läßt Du nicht nur die Welt draußen zurück, dann läßt Du auch Deine Würde zurück. Sie machen es sich zur Aufgabe, Dir Deine ganze Würde zu

nehmen. Aber selbst wenn Du ihnen ausgeliefert bist, so muß das Leben doch weitergehen, und deshalb kämpfst Du weiter und versuchst gleichzeitig, Deine Würde zu behalten, die sie einem so hartnäckig wegnehmen wollen.

Du stehst zunächst verwirrt in der kalten öden Zelle. Eben hast Du noch im Sonnenschein gestanden und jetzt siehst Du Dich nur noch der Dunkelheit gegenüber. Du suchst nach Fenstern und stellst fest, daß es keine gibt. Beton grüßt Dich wo immer Du hinsiehst – Betonwände und Betonböden. Und Dein Bett ist der Betonboden, weil zwischen Dir und diesem Beton nur eine dünne Sisalmatte ist, und drei Decken, mit denen Du Dich zudecken kannst. Wenn es außergewöhnlich kalt ist, dann liegst Du zusammengekauert auf der Matte, dicht über dem Betonboden.

Dann siehst Du Dich nach einer Lüftung um, und was findest Du? Ein kleines Guckloch in der schweren Eisentür; ein Guckloch, das für die Lüftung da ist und für die neugierigen Augen der Gefängnisbeamten.

In der Ecke direkt neben der Tür findest Du einen Blech-eimer, den Du benutzen kannst, wenn Du natürliche Bedürfnisse hast. Ja, das ist eine typische Gefängniszelle im Gefängnis an der Roeland Street in Kapstadt, wo es unglücklicherweise für die Insassen keine modernen Toiletteeinrichtungen gibt. Und wenn Du Wasser brauchen solltest, um Deinen Durst zu stillen, dann mußst Du einen Krug Wasser mitnehmen, bevor Du für eine gewisse Zeit eingeschlossen wirst.

Die Essensrationen bestanden damals – ich weiß nicht, ob sie mittlerweile geändert worden sind – aus acht Unzen (rund 240 Gramm, d. Red.) Maismehl am Morgen, ohne Zucker und ohne Milch. Ein Becher schwarzer Kaffee mit Zucker. Nachmittags gab es zum Essen acht Unzen Maisreis mit Fett – falls sie daran gedacht hatten, Fett reinzutun – und nichts zu trinken. Abends gab es einen Viertel Brotlaib mit einer sehr kleinen Portion Marmelade, Gemüse und Bohnen, und Kaffee.

Hungerrationen und Diskriminierung nichtweißer Inhaftierter

Anstatt der Bohnen gab es ungefähr dreimal pro Woche vier Unzen Fleisch. Wenn sie mal keine Bohnen hatten, und das passierte öfters im Nylstroom-Gefängnis, dann dachten sie überhaupt nicht daran, unser Essen mit etwas anderem zu ergänzen. Einmal mußten wir fünf Wochen ohne diese Bohnenration auskommen, und wir erhielten um fünf Uhr nur eine kleine Portion Gemüse und ein Viertel Brotlaib. Wir erhielten unsere Bohnenration erst, als wir dem aufsichtführenden Beamten das Ultimatum stellten, im Falle einer weiteren Vorenthaltung unserer Bohnenration, in den Hungerstreik zu treten. Wir bekamen sehr schnell unsere volle Ration.

Der Haferbrei in diesem Gefängnis enthielt oft Würmer und im Maisreis waren oft Käfer. Unsere Beschwerden wurden lange Zeit ignoriert, bis wir uns weigerten zu arbeiten. Da das Essen voller Würmer und Käfer war, mußten wir ohne Essen auskommen, und es interessierte sie gar nicht, ob wir aßen oder nicht. Erst unsere Drohung, nicht mehr zu arbeiten, brachte sie dazu, etwas zu tun. Wir hörten später von einigen Aufseherinnen, daß sie Siebe angeschafft hatten und die Würmer und Käfer heraussiebten, ehe sie das Maismehl und den Maisreis kochten.

Auch die Einteilung der Rationen spiegelt die rassistische Diskriminierung wieder. Die Afrikaner erhielten morgens, mittags und abends Maismehl. Sie erhielten überhaupt kein Brot. Es gab abends keinen Kaffee und zum Kaffee morgens keinen Zucker. Weiße Häftlinge, die als Menschen betrachtet wurden, kennen keine Essensrationen und sie bekommen ein sehr ausgewogenes Essen.

Die Parlamentsminister beuten sogar noch die Arbeitskraft der Häftlinge aus. Während das Parlament tagt, schicken

diese Minister ihre dreckige Wäsche, um sie für etwa 2 Cents pro Dutzend waschen zu lassen. Ironischerweise mußten wir diese Wäsche auch noch bügeln, und dafür bekamen wir nichts.

Das RSA-„Modellgefängnis“ von Kroonstadt

Aber nachdem wir einige Zeit in diesem alten Gefängnis in der Roeland Street verbracht hatten, wurden wir nach Kroonstadt, in das „Modellgefängnis“ Südafrikas, verlegt. Also, wie ist das, in so einem Gefängnis zu sein? Sind die Zustände dort anders?

Nein. Es gibt keinen Unterschied in der Behandlung, nur der Ort und das Gebäude sind anders. Dieselbe Ration, dieselbe Art der Schlafgelegenheiten, keine Bücherei. Der Ausdruck „Modellgefängnis“ gilt natürlich nur für die Weißen. Sie haben anständige Räume mit Möbeln, Vorhängen vor den Fenstern, einigen persönlichen Habseligkeiten von zu Hause, restaurantartige Speiseräume, wo sie von schwarzen Gefangenen bedient werden, die auch für sie waschen, bügeln und saubermachen. Welch eine Fortsetzung des Systems!

In diesem „Modellgefängnis“ war es sehr wichtig und sogar noch wichtiger als in den anderen Gefängnissen, daß man immer sein „Rooidoek“ (ein rotes Kopftuch) und seine weiße Schürze trug. Man konnte ja jederzeit gerufen werden, um in Reih und Glied anzutreten, so daß ihre Besucher uns anstarren konnten. Das hörte aber auf, als wir uns dagegen wandten.

Hier waren sie auch, und das stärker als in jedem anderen Gefängnis, sehr böswillig hinsichtlich der Aushändigung von Briefen. Sie hielten die Briefe wochenlang zurück, bevor sie sie ausgaben, und es kümmerte sie gar nicht, daß wir uns nach Neuigkeiten sehnten.

Während ich in diesem Gefängnis war, enthüllte Strachen, ein Kunstdozent, der gerade entlassen worden war, nachdem er seine Strafe wegen eines politischen Vergehens abgessen hatte, die erniedrigenden Zustände in den Gefängnissen. Das versetzte die Gefängnisbehörden in Wut, und wir wurden schlimmer als je zuvor behandelt.

Da wir von einer übereifrigen Aufseherin, die nicht wußte, daß sie uns den Nachrichtenteil der Zeitungen nicht geben durfte, den Job der Fensterreinigung zugeteilt bekommen hatten, putzten wir die Fenster, als ob unser Leben davon abhinge. Wir haben die Berichte über den Strachen-Prozeß immer und immer wieder gelesen. Unserer Moral gab das den größten Auftrieb. Und als wir von Kroonstadt weg nach Nylstroom gingen, ließen wir für die Gefängnisbehörden einen großen Stapel Zeitungen zurück. Ich denke nur mit Schauern daran, was dieser Aufseherin zugestoßen sein mag, aber sie diente unserer Sache.

Verschiedene Kategorien von Gefangenen

Die politischen Häftlinge sind in den südafrikanischen Gefängnissen im allgemeinen einer schlechteren Behandlung unterworfen als die gewöhnlichen Häftlinge. Die Häftlinge werden in verschiedene Kategorien von A bis D unterteilt. Diese Kategorien erhalten unterschiedliche Vergünstigungen, und zwar:

● Häftlinge der **Gruppe A** dürfen pro Monat drei Briefe schreiben und empfangen und sie dürfen zweimal im Monat von zwei Personen besucht werden.

● Häftlinge der **Gruppe B** dürfen einen Brief pro Monat schreiben und empfangen sowie einmal im Monat von zwei Personen besucht werden.

● Häftlinge der **Gruppe C** dürfen einmal alle drei Monate einen Brief schreiben und empfangen und einmal in drei Monaten von einer Person besucht werden.

● Häftlinge der **Gruppe D** dürfen einmal alle sechs Monate

einen Brief schreiben und empfangen und einmal in sechs Monaten von einer Person besucht werden.

Politische Häftlinge werden immer zuerst in die Gruppe D eingestuft und müssen sehr lange warten, bevor sie in die Gruppe C übernommen werden. In die Gruppe D kommen gewöhnlich nur diejenigen, die Gewaltverbrechen begangen haben. Es dauert sogar noch länger, von der Gruppe B in die Gruppe A zu kommen, da sie einem nur widerwillig das Privileg einräumen, Waren einkaufen zu dürfen.

Trotz alledem blieb unsere Moral ungebrochen

Häftlinge der Gruppen A und B dürfen auch Zeitschriften kaufen (nur südafrikanische Zeitschriften). In der Regel waren diese gründlich zensiert worden, so daß wir manchmal nur einzelne Seiten erhielten. Sie zensierten nicht nur politische Artikel, sondern auch Artikel über Rauschgiftsucht und solche mit Strickmustern. Diese Muster wurden natürlich von den Aufseherinnen gestohlen, die sich die Zeitschriften nicht selber kaufen wollten. Sie dachten, daß wir einfach die Tatsache akzeptieren würden, daß ein politischer Artikel zensiert wurde, aber sie vergaßen, daß eine Zeitschrift ein Inhaltsverzeichnis hat. Diese Aufseherinnen waren um keinen Deut besser als diejenigen Personen, die wegen Diebstahls im Gefängnis saßen.

Die Gefängniswärter waren im Dienst oft betrunken. Sie torkelten im Übungshof umher und konnten nicht mehr richtig sprechen. Das passierte besonders an den Wochenenden. Und wer hatte darunter zu leiden? Die Häftlinge. Wir blieben praktisch das ganze Wochenende in unseren Zellen, während die betrunkenen Aufseherinnen ihren Rausch ausschließen.

Die medizinische Behandlung und die Krankenabteilungen waren außerordentlich miserabel. Die Ärzte hatten kein Interesse an der Gesundheit der Häftlinge. Wenn uns im „Modellgefängnis“ Kroonstadt der Arzt mit seinem Stethoskop untersuchte, hatte er es anstatt in seinen Ohren um seinen Hals hängen. Das einzige Gefängnis, in dem die Krankenabteilung genutzt wurde, war Nylstroom. In den anderen Gefängnissen mußten wir in unseren Zellen auf dem Boden liegen, wenn wir krank waren. Um die alten Frauen kümmerte man sich überhaupt nicht. Sie mußten dieselbe Arbeit wie wir machen und es wurde von ihnen erwartet, daß sie dabei mithielten.

Es werden gewisse Anstrengungen unternommen, um für die gewöhnlichen Gefangenen einige moderne Einrichtungen in den Gefängnissen zu schaffen. Aber die politischen Häftlinge sind einer erniedrigenden Behandlung unterworfen, die darauf abzielt, ihre Moral zu untergraben, womit man beabsichtigt, daß sie ihre Würde verlieren.

Aber trotz dieser Behandlung konnte unsere Moral nicht gebrochen werden. Es ist zu beachten, daß unter dem Apartheidssystem, in einem durch und durch rassistischen Staat, die Frauen als Bürger zweiter oder dritter Klasse angesehen werden, und daß sie als solche einem noch größeren Druck ausgesetzt sind als die Männer.

Wir sollten von den Frauen in Südafrika lernen, die in der Frontlinie des Kampfes für sexuelle wie auch für rassische Gleichheit stehen, und wir sollten den Mut und die Zähigkeit dieser Frauen zur Kenntnis nehmen, die auf der Suche nach einer Gesellschaft, in der alle wirklich gleich sein können, nicht nur für sich selbst kämpfen, sondern auch für Dich und mich.

(Quelle: Voice of Women, Lusaka, August 1976, S. 4-9)

Zimbabwe

Jürgen Ostrowsky

Die Konzerninteressen an Rhodesien

Nach der Zuspitzung des Rhodesien-Konflikts im Frühjahr 1976, konzentrierte sich das Interesse der internationalen Öffentlichkeit mit Kissingers Vorlage eines 7 Punkte-Rhodesienplans (siehe Kasten) und den Genfer Verhandlungen jetzt aufs neue auf das Ringen um Zimbabwe. In unserer letzten Ausgabe stellten wir die Position des Afrikanischen Nationalrats von Zimbabwe wie der afrikanischen Frontstaaten zum Kissingerplan vor und zeigten u. a. die Rolle Südafrikas im Rhodesienkonflikt auf.

Unser nachstehender Beitrag ist der näheren Beleuchtung der ökonomischen Hintergründe bzw. der westlichen Wirtschaftsinteressen in Rhodesien gewidmet und arbeitet ihre Korrespondenz mit dem Kissingerplan wie den Genfer Gesprächen heraus.

Am 27. September d. J. meldete die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) ein aus ihrer Sicht freudiges Ereignis: die Annahme des sogenannten Kissinger-Plans durch Ian Smith und die dadurch genährte Hoffnung, daß die von den Vereinten Nationen gegen Rhodesien verhängten Sanktionen bald fortfallen mögen. Die Aussicht, daß Rhodesiens Wirtschaft hier-



Rassistenchef Smith setzt auf Gewalt

mit in den Genuß „kräftiger Kapitalspritzen“ gelangen werde, „haben in London eine stürmische Hausse in rhodesischen Staatsanleihen und Aktien von rhodesischen Gesellschaften sowie englischen Unternehmen mit bedeutenden Interessen in Rhodesien ausgelöst“.

An derartigen Unternehmen gibt es keinen Mangel: Die



Kurse des Konzerns Turner & Newall, der 90 % des rhodesischen Asbests produziert, zogen beispielsweise um zehn Punkte an; andere Nutznießer der Börsenspekulation waren der Lonrho-Konzern, der über umfangreichen Besitz im Bergbausektor, über Industriebeteiligungen und Landbesitz verfügt, der Rio Tinto-Konzern mit seinen Nickel-, Kupfer- und Goldinteressen oder Unternehmen wie Dunlop, Unilever und Cadbury-Schweppes. Doch nicht nur britisches Kapital ist im profitablen Rhodesien-Geschäft angelegt, wo z. B. im Bergbau Afrikaner lediglich ein Dreizehntel dessen verdienen, was Weiße einzunehmen pflegen¹. Betrug die Investitionen britischer Unternehmen 1965 ungefähr 2 Mrd DM, so engagierten sich zumal nach der einseitigen „Unabhängigkeitserklärung“ Rhodesiens (im Jahre 1965) in wachsendem Maße andere Kapitalinteressen in dem an Asbest, Chrom, Gold, Kupfer, Kohle, Lithium, Zinn und Eisenerzen reichen Land: „Wenn ein Geschäftsmann in Rhodesien die Möglichkeit sieht“, erklärte 1968 der stellvertretende rhodesische Bergbauminister Dillon, „unter den besten Bergbaubedingungen der Welt ein Erzlager zu erschließen, wird er diese Chance doch nicht ausschlagen, nur weil ein blöder Kommunist wie (der damalige britische Premierminister, d. Verf.) Harold Wilson ihm vorschreiben will, er müsse sich an die Sanktionen halten“².

Obzwar die Vereinten Nationen 1966 und 1968 bindende Sanktionen verhängt hatten, hinderte dies weder südafrikanische, bundesdeutsche oder amerikanische Firmen daran, sie auf die eine oder andere Weise zu brechen; So zählt der Riesenkonzern Anglo-American-Corporation mehrere über Bergbau, Grundbesitz, Finanzierung und Versicherungen verteilte Gesellschaften zu seinen Interessen; die US-Konzerne American Metal Climax, Vanadium Corp. of America und Union Carbide beherrschen große Teile des Bergbaus – Union Carbide profitiert gar von einem 1971 im US-Senat verabschiedeten Gesetz, das es den USA „erlaubt“, trotz der Sanktionen Chrom aus Rhodesien zu importieren³. Direkte Investitionen aus der BRD sind zwar gering – z. B. besitzt Krupp Anteile an der Rhodesian-German Graphit Co. –, umso aktiver waren dagegen BRD-Firmen im Durchbrechen der Sanktionen.

Auch BRD-Konzerne mischen mit

Die FAZ nannte in einem Beitrag vom 5. März 1976 u. a. die BRD als Hauptabnehmer der wichtigen rhodesischen Tabakexporte, die über Südafrika z. B. den Brinkmann-Zigarettenkonzern erreichen, dessen Großaktionär der südafrikanische Tabakmagnat Anton Rupert ist. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß gerade die Tabakpflanzer Rhodesiens die ultrarechten Finanziere von Ian Smith's Regierungspartei

Rhodesian Front sind. 1972 war der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorstandsangehörige der „Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie“, Hans Dichgans, nach Rhodesien gereist. In seinem vertraulichen Reisebericht hatte er Investitionen in Rhodesien anempfohlen: „Die Chancen sind gut wegen der riesigen Rohstoffvorräte und der gutwilligen Arbeiterschaft, deren Löhne unter den europäischen liegen“⁴.

Auf die Aufforderung reagierten die Klöckner AG und die Neukircher Eisenwerke mit der Beteiligung am Bau eines rhodesischen Stahlwerks und mit dem Bezug von dort produziertem Material – mit der Folge, daß beide Konzerne ihre BRD-Produktion einschränkten⁵. Solch skrupelloses Vorgehen sicherte den BRD-Firmen Vorteile gegenüber der stärker zur Beachtung der Sanktionen gezwungenen englischen Konkurrenz: „Die Aktien der meisten englischen Gesellschaften, die früher führend im Export- und Importgeschäft mit Rhodesien tätig waren“, vermerkte die FAZ am 27. 9. 1976, „sind von der Hausse an der Londoner Börse bislang fast völlig unbeeinflusst geblieben. Man erwartet, daß Unternehmen in der Republik Südafrika und in Japan sowie einigen westeuropäischen Industrieländern wie ... Deutschland ... ihnen ... den Rang ablaufen“.

Die Realisierung derartiger Erwartungen setzt jedoch das Gelingen des „Kissinger-Plans“ voraus, mit dessen Hilfe die internationalen Kapitalinteressen gewahrt werden sollen.

Rettungsversuche Washingtons

Noch 1967 hatte der rhodesische Finanzminister Wrathall arrogant verkündet: „Niemand bezweifelt, daß Rhodesiens wirtschaftliche Aussichten auf lange Zeit hin äußerst günstig sind.“ Und: „Alles, was wir wollen, ist, in Ruhe gelassen zu werden“⁶.

Rhodesiens Wirtschaft entwickelte sich in der Tat bis 1971 günstig: Sanktionsbrüche einerseits und die wie eine Schutzzollbarriere wirkende Abschirmung durch die Sanktionen gegen ausländische Konkurrenz andererseits begünstigten diesen Prozeß.

Nach dem Scheitern des Home-Plans 1971, der die Legalisierung der einseitigen „Unabhängigkeitserklärung“ des Smith-Regimes von 1965 vorsah und der Grenzschließung durch Sambia sowie aufgrund der zunehmenden Guerillatätigkeit der Befreiungsbewegung und der dadurch rasch wachsenden Kriegsausgaben verschlechterte sich indessen die Lage. Als 1974 der portugiesische Kolonialismus geschlagen war, rief die Johannesburg-Zeitung Star erstmals: „Rhodesien braucht Sie, Dr. Kissinger“. Der Verfall der Weltmarktpreise für etliche Rohstoffe verschärfte die ökonomische Krise Rhodesiens; zudem sind inzwischen die Produktionsmittel des Landes weit überaltert. Schließlich ließen der Sieg der angolanischen Revolution und die Grenzschließung durch Moçambique im März dieses Jahres es dem Krisenmanager des US-Imperialismus angeraten erscheinen, im südlichen Afrika zu retten, was noch zu retten schien. Die Kissinger-Initiative, das reiche südliche Afrika im Einflußbereich des Imperialismus zu halten, fällt dabei zusammen mit der Absicht der USA, ihre strategischen Rohstoffreserven soweit aufzustocken, daß sie „einen dreijährigen Krieg überleben ... können“⁷. Zu den dafür vorgesehenen Mineralien zählen einige, über die nur das südliche Afrika unter den „westlichen“ Ländern hinreichend verfügt: Kobalt, Manganerze, Platin und Chrom.

Dem beiderseitigen Interesse – des Imperialismus an Rohstoffen, Rhodesiens an Investitionen und Krediten – entsprechen exakt die Punkte 5 und 6 des Kissinger-Plans in der Interpretation von Ian Smith: Beendigung des Guerillakrieges sowie Aufhebung der Sanktionen und die Bildung eines Treuhandfonds mit einem Volumen von bis zu 2 Mrd US-

Dollar, der „die inneren und äußeren wirtschaftlichen Bedingungen fördern und Entwicklungshilfe, Garantien und Investitionsanreize für eine Vielzahl von Projekten gewähren“ soll⁸. Smith geriet ins Schwärmen: „Mit der Aufhebung der Sanktionen . . . wird es einen Zufluß von Entwicklungskapital geben, der eine sofortige Stimulans für die Wirtschaft bedeutet“. Und sein Stellvertreter Sutton-Pryce soll gar geäußert haben: „Wir hätten . . . zwei Jahre, um die Wirtschaft mit dem Entwicklungsfonds . . . zu beleben, zwei Jahre, um Waffen, Kriegsmaterial und Streitkräfte aufzubauen. Der Markt für die Rekrutierung von Soldaten wäre günstiger“⁹. Um vollends die Erhaltung Rhodesiens als eines Ausbeutungsparadieses für das internationale Kapital zu garantieren, steht zudem die westliche Forderung nach „Minderheiten-

schutz“ für die Weißen und nach Besitzgarantien für Land und Unternehmen im Raum¹⁰.

Umso herber kam es die Anhänger des „Kissinger-Plans“ an, zu denen sich auch die EG-Staaten gesellten, als sowohl die Befreiungsbewegung Zimbabwes als auch die fünf Präsidenten der Anliegerstaaten dessen neokolonialistische Forderungen rundheraus ablehnten. Folge: die Börsenkurse in London fielen wieder¹¹.

Auch kurz vor Beginn der in Genf anberaumten Rhodesien-Konferenz hatte sich hieran nichts geändert: „Kein Ende der Sanktionen und des Guerilla-Kampfes trotz der Rhodesien-Konferenz“, stellte die FAZ am 22. Oktober 1976 betrübt fest.

Kissingers Rhodesienplan

1. Rhodesien stimmt zu, innerhalb von zwei Jahren eine Mehrheitsregierung zu bilden.

2. Vertreter der rhodesischen Regierung werden unverzüglich an einem gemeinsam vereinbarten Ort mit afrikanischen Führern zusammentreffen, um eine Übergangsregierung zu organisieren, die bis zur Bildung der Mehrheitsregierung amtiert.

3. Die Übergangsregierung soll aus einem Staatsrat bestehen, der zur Hälfte schwarze und zur Hälfte weiße Mitglieder sowie einen weißen Vorsitzenden ohne besonderes Stimmrecht hat. Die europäische und die afrikanische Seite benennen ihre Vertreter. Zu seinen (des Staatsrates, d. Red.) Funktionen zählen: Gesetzgebung – allgemeine Beaufsichtigung und Überwachung der Ausarbeitung der Verfassung.

Die Übergangsregierung soll außerdem einen Ministerrat mit afrikanischer Mehrheit und einem afrikanischen ersten Minister haben. Während der Amtsperiode der Übergangsregierung sollen die Minister für Verteidigung sowie für Recht und Ordnung Weiße sein. Entscheidungen des Ministerrates müssen mit Zweidrittelmehrheit getroffen werden. Zu seinen Aufgaben gehören: übertragene Gesetzgebungsgewalt und exekutive Verantwortung.

4. Das Vereinigte Königreich Großbritannien wird Ermächtigungsgesetze für den Übergang zur Mehrheitsherrschaft erlassen. Nach Inkraftsetzung dieser Gesetze wird Rhodesien ebenfalls Gesetze erlassen, falls das für diesen Prozeß notwendig sein sollte.

5. Mit der Bildung der Übergangsregierung werden die Sanktionen aufgehoben, und alle Kriegshandlungen einschließlich des Guerillakrieges werden eingestellt.

6. Beträchtliche wirtschaftliche Unterstützung wird von der internationalen Gemeinschaft zur Verfügung gestellt, um den Rhodesiern Sicherheit hinsichtlich der wirtschaftlichen Zukunft ihres Landes zu geben. Ein Treuhandfonds wird außerhalb Rhodesiens errichtet, der ein bedeutendes internationales Vorhaben organisiert und finanziert, das den wirtschaftlichen Möglichkeiten dieses Landes und den Auswirkungen der sich vollziehenden Veränderungen gerecht wird. Der Fonds wird u. a. die inneren und äußeren wirtschaftlichen Bedingungen fördern und Entwicklungshilfe, Garantien und Vielzahl von Projekten gewähren.

Das Ziel wird sein, die industrielle und Rohstoffproduktion des Landes zu erweitern, das landwirtschaftliche Potential durch geeignete Landerschließungs- und -entwicklungsprogramme zu steigern sowie die notwendigen Ausbildungs- und Bildungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen, um den Bedarf an Fachkräften zu decken.

Rentenansprüche, Investitionen des einzelnen Bürgers in sein Heim und/oder seinen Hof und die Überweisung privater Geldmittel ins Ausland in noch festzusetzender Höhe werden von der Übergangs- und den Folge-regierungen garantiert werden. Diese spezifischen Maßnahmen werden von dem Treuhandfonds abgesichert, wodurch die Regierungsgarantie auf eine feste internationale Grundlage gestellt wird.

(Quelle: Frankfurter Rundschau, 27. 9. 1976. Es handelt sich hier um die von Ian Smith bekanntgegebene Kurzfassung eines mit US-Außenminister Kissinger vereinbarten Rhodesienvorschlages.)

Die Bildung der Patriotischen Front

Mehr noch: Während der „Kissinger-Plan“ darauf abzielte, „Bedingungen zu schaffen, die gemäßigten schwarzen Regimes eine Chance ließen, sich zu halten“¹², formierten sich die konsequenten Kräfte der Befreiungsbewegung von Zimbabwe unter Joshua Nkomo und Robert Mugabe in einer „Patriotischen Front“, die nunmehr den größten Teil sowohl der politischen Organisation des Afrikanischen Nationalrates (ANC) als auch der bewaffneten Streitkräfte der Befreiungsbewegung (ZIPA) vereint. Sie fordert unmißverständlich die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Einstellung der Kriegsoperationen der rassistischen Armee und die Übernahme der kolonialen Verantwortung durch Großbritannien gemäß dem völkerrechtlich bestehenden Zustand; außerdem weist sie einen „Minderheitenschutz“ für weißen Besitz an Land oder Industrieunternehmen oder politische Sonderrechte für die weiße Minderheit ebenso kategorisch zurück wie die irreführende Formel von der „Mehrheitsherrschaft“ anstelle der korrekten Forderung nach Selbstbestimmung.

Schließlich ist die Patriotische Front weder bereit, eine zweijährige Übergangszeit einzuräumen – sie besteht auf zwölf Monaten –, noch den von Smith vorgetragenen Modalitäten für die Bildung von Übergangsregierungs-gremien zuzustimmen, in denen gegen die weiße Minderheit keine Regelung möglich wäre. Sie vertritt damit lediglich, was recht und billig ist – darin eingeschlossen die klare Absage an wie immer geartete Sonderrollen rassistischer Gruppen anstelle ihrer Konzeption der Gleichberechtigung aller, die in Zimbabwe zu leben wünschen. Die Reaktion Ian Smiths läßt demgegenüber darauf schließen, daß sein Rassistenregime – und möglicherweise seine imperialistischen Verbündeten – keineswegs an die Aufgabe ihrer Positionen denken: „Es ist meine tiefe Überzeugung, daß wir, sollte die Konferenz an der Unmachgiebigkeit und dem Extremismus der Schwarzen scheitern, daraus nur in einer besseren und stärkeren Position hervorgehen können. . . . Ich glaube, wir werden engere Kooperation und Unterstützung erhalten“¹³.

Anmerkungen:

- 1) Nach: UNO (Hrsg.), Decolonization, New York, Bd. II, Nr. 5/ Juli 1975
- 2) Der Spiegel, Nr. 28/1968
- 3) Vgl. Antimperialistisches Informationsbulletin (AIB), Nr. 9/1976
- 4) Der Spiegel, Nr. 23/1974
- 5) Ebenda; vgl. auch: Tribunal gegen Kolonialismus und Apartheid im Südlichen Afrika. Protokoll, Köln 1975, S. 55
- 6) Rhodesischer Kommentar (Hrsg.: Rhodesisches Ministerium für Information, Einwanderung und Tourismus), Salisbury, Bd. I, Nr. 2/September 1967
- 7) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 5. 10. 1976
- 8) Frankfurter Rundschau (FR), 27. 9. 1976
- 9) FR, 2. 11. 1976
- 10) The Observer, London, 31. 10. 1976
- 11) FR, 28. 9. 1976
- 12) Time, New York, 11. 10. 1976
- 13) Time, 15. 11. 1976

Rainer Falk

Die Weltentwicklungskonferenz von Budapest

Geradezu unerträglich scheint es für den Bonner Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Egon Bahr, wenn auf den Zusammenhang von Frieden und Entwicklung hingewiesen wird. Diesen Eindruck jedenfalls konnte man gewinnen, als Bahr in der Bundestagsdebatte nach der UNCTAD-Konferenz von Nairobi behauptete, Entspannung, Gewaltverzicht, friedliche Koexistenz und Abrüstung seien in der weltweiten Auseinandersetzung um die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung „sachfremde Fragen“¹.

Abrüstung – eine „sachfremde“ Frage?

Die Delegierten aus über 100 Ländern der Erde, die Vertreter von 30 internationalen Organisationen, die vom 8. bis 11. Oktober 1976 an der Weltentwicklungskonferenz des Weltfriedensrates in Budapest teilnahmen, vertraten nicht nur in dieser Frage eine andere Position. In der Hauptlosung der Konferenz „Einheit für Frieden und Entwicklung“ spiegeln sich ebenso die beiden untrennbar miteinander verknüpften Hauptaufgaben der Weltfriedensbewegung unter den gegenwärtigen Bedingungen wider wie in der Eröffnungsrede des Generalsekretärs des Weltfriedensrates Romesh Chandra: „Frieden und Entspannung sind unlösbar mit dem Kampf für die Entwicklung verbunden. Ohne Frieden, ohne die Vertiefung des Entspannungsprozesses kann der Kampf für die Entwicklung seine großen Ziele nicht erreichen. Gleichzeitig tragen alle Fortschritte und Erfolge im Kampf für die Entwicklung zum Frieden und zu den Bemühungen bei, den Prozeß der Entspannung unumkehrbar zu machen“. Das war die gemeinsame Erkenntnis, die in den Reden aller in Budapest anwesenden unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräfte anklang².

Welches breite politische Spektrum sich in den letzten Jahren um den Weltfriedensrat zusammengeschlossen hat und wie groß die internationale Anerkennung und Beachtung dieser umfassendsten gesellschaftlichen Bewegung unserer Zeit geworden ist, wird augenfällig unterstrichen durch nur einige Namen aus der langen Teilnehmerliste: Nicht nur alle Befreiungsbewegungen, sei es aus Angola, Südafrika, Namibia oder Zimbabwe, sei es aus Palästina oder der Westsahara, aus Vietnam, Laos oder Kambodscha, waren mit hohen Repräsentanten vertreten; nicht nur Vertreter aller wichtigen politischen und weltanschaulichen Richtungen aus den entwickelten kapitalistischen Staaten waren auf der Konferenz anwesend; auch die UNO und ihre Unterorganisationen nahmen teil. UN-Generalsekretär Kurt Waldheim hatte seinen persönlichen Vertreter, den UN-Exekutivsekretär Janez Stanovnik geschickt. Mit ähnlich hohen Repräsentanten waren u. a. die Welthandels- und Entwicklungskonferenz UNCTAD, die Weltgesundheitsorganisation WHO, die Internationale Arbeitsorganisation ILO und die UNESCO vertreten.

Die Budapester Weltentwicklungskonferenz war der bisherige Höhepunkt des ständig wachsenden Interesses, das die Friedenskräfte den gewaltigen Problemen, mit denen sich die



Clodomiro Almeida (l.) und Romesh Chandra

„Dritte Welt“ heute konfrontiert sieht, entgegenbringen. Im Anschluß an den Weltkongreß der Friedenskräfte 1973 in Moskau bezog der Weltfriedensrat mehrfach zu diesem Fragenkomplex Stellung: auf seinen Präsidiumstagen 1974 in Paris und in Panama sowie 1975 in Guinea-Bissau. Die Weltkonferenz selbst wurde vorbereitet durch vier internationale Vorkonferenzen in Moskau, Bogotá, Bagdad und Indora (Indien), deren Themenstellung sich an den vier Kommissionen, in denen die Konferenz von Budapest arbeitete, orientierte: Die erste Kommission befaßte sich mit dem Thema „**Der Zusammenhang zwischen Frieden und Entwicklung in der neuen internationalen Lage**“. Die zweite Kommission behandelte den Problembereich „**Die Entwicklungsländer und die verschiedenen Formen des Kolonialismus**“. Die dritte Kommission erörterte das Thema „**Der Kampf für eine neues System der internationalen Wirtschaftsbeziehungen**“. Und die vierte Kommission diskutierte über „**Wege und Mittel der Entwicklung**“.

Schon diese Themenauswahl verweist darauf, daß es dem Weltfriedensrat wie auch kürzlich erst der Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen in Colombo nicht nur um die Ausdehnung des Entspannungsprozesses auf Afrika, Asien und Lateinamerika geht, sondern daß er immer stärker zu einem aktiven Organisator des weltweiten Kampfes für Entwicklung und eine neue internationale Wirtschaftsordnung wird. Das Ziel der Weltfriedensbewegung ist es, „die Völker der Welt dafür zu gewinnen (und zu mobilisieren, d. Verf.), die von den Vereinten Nationen angenommenen Beschlüsse und Programme zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung zu unterstützen“, formulierten die Konferenzteilnehmer in ihrer Grußbotschaft an die UNCTAD. Dabei nimmt die Beziehung zwischen antiimperialistischem Kampf und Friedenskampf eine besondere Bedeutung ein.

Der neue Stockholmer Appell



Die Siege, die die Sache des Friedens und der Entspannung davongetragen hat, haben ein neues internationales Klima, neue Hoffnungen, neue Zuversicht und neuen Optimismus unter den Völkern hervorgerufen.

Der Frieden kann verteidigt werden. Eine Welt des Friedens kann errichtet werden.

Die Einheit der Friedenskräfte hat die Kraft, die Hindernisse zu überwinden, die noch den Weg in eine neue Welt versperren, aus der Aggression, Ausbeutung und Unterdrückung, Hunger und Armut für immer verbannt sind.

Das entscheidende Hindernis bei dem Bemühen, die Entspannung unumkehrbar zu machen, ist das Wettrüsten.

Das Wettrüsten bedroht noch immer unseren Planeten mit nuklearer Zerstörung. Durch die Entspannung beginnt diese Gefahr zwar zurückzutreten, das Wettrüsten aber gefährdet den Fortgang der Entspannung.

In vielen Ländern der Welt, die sich ständig steigenden Lebenshaltungskosten, Inflation und Wirtschaftskrisen gegenübersehen, lastet das Wettrüsten schwer auf den breiten Volksmassen. Es beraubt die Völker eines großen Teils ihrer Reichtümer und Ressourcen.

Die Entspannung hat neue Möglichkeiten für Siege im Kampf um eine neue internationale Wirtschaftsordnung, für die Rechte der Völker auf Verfügung über die Reichtümer ihres eigenen Bodens eröffnet. Sie ist eine Waffe im Kampf um die Beendigung der Ausplünderung durch die Monopole und multinationalen Gesellschaften.

Das Wettrüsten und die Anhäufung von Waffen in den Händen der Imperialisten ermuntern und begünstigen die Kräfte der Aggression, des Militarismus, des Kolonialismus und Rassismus. Die Entspannung ist ein wesentlicher Faktor zu Stärkung der Bemühungen um die nationale Unabhängigkeit, um Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt in allen Ländern.

Die Entspannung schafft neue Möglichkeiten für die Lösung der heute akutesten internationalen Probleme, für die Beseitigung der Spannungs- und Konfliktherde. Die Einstellung des Wettrüstens würde den Weg zu dem großen Ziel der Menschheit ebnen: Verbot aller nuklearen und anderen Waffen der Massenvernichtung, allgemeine und vollständige Abrüstung – eine Welt ohne Waffen.

Die Weltöffentlichkeit hat eine größere Verantwortung und größere Macht als je zuvor. Sie ist in der Lage die Kriegsgewinnler, die kalten Krieger, die Feinde der Menschheit weiter zurückzudrängen.

Der Weltfriedensrat ruft alle Regierungen und Parlamente, alle Friedens- und anderen Bewegungen, politische Parteien, Gewerkschaften, Frauen- und Jugendorganisationen, religiöse, gesellschaftliche und kulturelle Gremien, die um den Fortschritt der Menschheit bemüht sind, auf, sich zu einer großen neuen, weltweiten Offensive gegen das Wettrüsten die Hand zu reichen.

SCHLUSS MIT DEM WETTRÜSTEN – damit die Entspannung unumkehrbar wird

SCHLUSS MIT DEM WETTRÜSTEN – damit eine neue internationale Wirtschaftsordnung bald Wirklichkeit wird

SCHLUSS MIT DEM WETTRÜSTEN – damit der Frieden verteidigt und eine neue Welt errichtet wird.

Kämpft GEMEINSAM für das Verbot aller Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen!

Kämpft GEMEINSAM für die allgemeine und vollständige Abrüstung!

Kämpft GEMEINSAM für die baldige Einberufung der UNO-Weltabrüstungskonferenz!

(Quelle: Weltfriedensrat (Hrsg.), Der neue Stockholmer Appell. Was er ist und warum Sie ihn unterstützen müssen, Helsinki, o. J.)

Der Frieden verlangt Entwicklung

Der neue Stockholmer Appell (siehe Kasten), der seit Ende 1975 die wichtigste Plattform der Weltfriedensbewegung zur Mobilisierung der Völker darstellt und der inzwischen die Unterschriften von über 3 Mio Menschen aller Kontinente trägt, stellt die positiven Auswirkungen von Entspannung und Abrüstung auf den Kampf gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und Rassismus und für eine neue internationale Wirtschaftsordnung in den Vordergrund. Das zeigt, daß die Weltfriedensbewegung Entspannung nicht als politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Status quo versteht, sondern als ein die gesellschaftliche und historische Entwicklung vorantreibendes und dynamisierendes Element der internationalen Beziehungen. In der Tat sind seit dem Einsetzen des Entspannungsprozesses das portugiesische Kolonialreich zusammengebrochen, wurden Vietnam, Laos und Kambodscha von der US-imperialistischen Intervention befreit und rückten die Bestrebungen der Entwicklungsländer nach Erlangung der ökonomischen Unabhängigkeit, nach der Befreiung von ökonomischer Ausbeutung und Unterdrückung durch die imperialistischen Mächte in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit. Es wird für den Imperialismus immer schwerer, derartige Prozesse durch den interventionistischen Einsatz seiner Militärmaschinerie aufzuhalten. Das ist nicht nur von großer Bedeutung für den Kampf gegen die Überreste des Kolonialismus, sondern vor allem für jene Maßnahmen interner sozialrevolutionärer Umgestaltung in Entwicklungsländern, die die Voraussetzung für einen Prozeß der Überwindung der Unterentwicklung darstellen.

Die „Dritte Welt“ braucht eine UN-Abrüstungskonferenz

Gerade um die von der Entspannung ausgehenden positiven Wirkungen zu stabilisieren und voll zur Geltung kommen zu lassen, orientieren die Friedenskräfte auf den gemeinsamen Kampf für die vollständige und allgemeine Abrüstung und als nächsten Schritt auf die baldige Einberufung einer UN-Weltabrüstungskonferenz. Diese Orientierung, die auch schon auf der Weltkonferenz für die Beendigung des Wettrüstens, für Abrüstung und Entspannung Ende September d. J. in Helsinki zur dringendsten Aufgabe der Völker deklariert wurde³, ist für die Entwicklungsländer von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Das ist schon deshalb so, weil das Wettrüsten erhebliche finanzielle Ressourcen, die als Entwicklungshilfe eingesetzt werden könnten, bindet. Dazu heißt es im Bericht der ersten Kommission: „Die militärischen Ausgaben der industrialisierten Länder insgesamt entsprechen jährlich etwa den Nationaleinkommen sämtlicher Entwicklungsländer. (. . .) Der Vorschlag der Sowjetunion, der prinzipiell bereits durch die UNO angenommen wurde, die Militärbudgets der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates um 10 % zu vermindern, ist von großer Bedeutung. Die Ausdehnung dieser Maßnahme auf die Bundesrepublik und andere Länder wäre wünschenswert.“

Darüber hinaus stellt der ständig expandierende Waffenhandel der imperialistischen Staaten mit der „Dritten Welt“ eine horrende Belastung der Staatshaushalte der Entwicklungsländer dar und wird zu einem immer wichtigeren Mittel der Druckausübung und der Schaffung bzw. Stabilisierung neokolonialistischer Abhängigkeiten. In den Jahren 1974 und 1975 entfielen z. B. auf die Staaten am Persischen Golf etwa die Hälfte aller Rüstungsexporte der USA. Die stärksten Happen davon erhielten der Iran (siehe Iran-Beitrag in diesem Heft) und Saudi Arabien, die sich immer stärker zu aggressiven und neokolonialistischen Stellvertretermächten entwickeln und eine permanente Bedrohung für die nationale Befreiungsbewegung des arabischen Raumes bilden.

Dazu kommt noch als ein Frieden und Entwicklung gleichermaßen gefährdendes Element, daß die imperialistischen Staaten gerade in letzter Zeit keine Versuche ungenutzt lassen, ihren direkten militärischen Einfluß auf die „Dritte Welt“ wiederherzustellen bzw. auszudehnen. Besonders deutlich zeigt dies jenes weltweite militärische Stützpunktsystem, das von Korea über den Indischen Ozean, den Pazifik bis nach Lateinamerika reicht. Gleiches gilt für die sich häufenden Versuche, den Kompetenzbereich des Nordatlantikpaktes (NATO) in die südliche Hemisphäre auszudehnen, den Südostasienpakt (SEATO), den Ostasienpakt (ANZUS) und die CENTO (Zentrale Vertragsorganisation, bis 1959 Bagdad-Pakt) wiederzubeleben und neue militärische Bündnisse in der Zone des Persischen Golfes und des Indischen Ozeans sowie eine Achse zwischen Südafrika, Israel und dem Iran zu schaffen. Verstärkt haben sich auch die Anstrengungen, einen Südatlantik-Pakt mit Stützpunkten an den Küsten Afrikas und Südamerikas zu bilden, der direkt gegen die Freiheitsbewegungen dieser Kontinente eingesetzt werden könnte.

Derartige Maßnahmen – wie die Kontrolle oder Nationalisierung des internationalen Kapitals, die Durchführung einer radikalen Landreform, die Wiederinbesitznahme des Rohstoffsektors usw. – scheiterten in der Periode des „kalten Krieges“ nur allzu oft an der offenen und militärischen Einmischung insbesondere der USA.

Neokolonialistische Destabilisierung

In dem Maße wie sich mit der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses die imperialistischen Staaten zur Anerkennung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz gezwungen sehen, suchen sie nach neuen, indirekten Methoden zur Verhinderung des gesellschaftlichen Fortschritts in den Entwicklungsländern. Zu diesen neuen Methoden gehört, wie im Bericht der zweiten Kommission festgestellt wird, „die ‚Destabilisierung‘ von Regierungen, die für die Befreiung und Entwicklung oder die wirtschaftliche Unabhängigkeit ihrer Völker kämpfen.“ Der Begriff von der ‚Destabilisierung‘ ist ein wichtiger Beitrag beispielsweise zur Erklärung jenes Faschisierungsprozesses, der seit dem Putsch

gegen die demokratisch gewählte Regierung der Unidad Popular 1973 in Chile den lateinamerikanischen Kontinent ergriffen hat: ob in Chile, in Uruguay, in Bolivien, in Paraguay, in Nicaragua oder in Argentinien, immer provoziert der Imperialismus Hand in Hand mit der einheimischen Oligarchie eine Situation der Unsicherheit und der Instabilität, die reaktionäre Kreise des Militärs zur blutigen Unterdrückung der demokratischen und Volksbewegung veranlaßte.

Derartige Prozesse finden deshalb die Aufmerksamkeit der Friedenskräfte, weil – und das ist die andere Seite des Wechselverhältnisses von Frieden und Entwicklung – die faschistischen Militärdiktaturen wie alle Systeme, die direkt oder indirekt auf Gewalt bzw. politischem oder wirtschaftlichem Druck beruhen, eine ständige Quelle akuter oder schwelender internationaler Konflikte und damit der Bedrohung des Weltfriedens darstellen. Die Eliminierung solcher auf direkter oder indirekter Gewalt beruhender Systeme und Beziehungen würde dazu beitragen, den Weltfrieden sicherer zu machen.

Der Zusammenhang von Weltwirtschaft und Entwicklung

Der Natur der Sache gemäß nahmen in den Diskussionen der Budapester Weltentwicklungskonferenz die Problemkomplexe „neue internationale Wirtschaftsordnung“ und „Entwicklung“ sowie das Verhältnis dieser beiden Seiten des Kampfes der Entwicklungsländer um die ökonomische Unabhängigkeit einen breiten Raum ein. Dabei wurde immer wieder hervorgehoben, daß – wie es im Bericht der vierten Kommission heißt – „parallel zum antiimperialistischen Kampf für die Schaffung günstiger internationaler Wirtschaftsbedingungen die grundlegende innere wirtschaftliche und gesellschaftliche Umwandlung, den Interessen ihrer Völker entsprechend, eine außerordentlich große Notwendigkeit darstellt.“ Da zur möglichst baldigen Überwindung der Kluft zwischen industrialisierten und Entwicklungsländern die „Dritte Welt“ auch auf äußere Wachstumsfaktoren angewiesen ist, „kann“ – so drückte es der Sohn des großen afrikanischen Freiheitskämpfers Emery Lumumba aus – „die Entwicklung der Entwicklungsländer nicht durch Abtrennung oder Isolierung von der Weltwirtschaft gefördert werden, sondern durch den Kampf für die Verbesserung der äußeren Bedingungen ihrer Entwicklung.“



Begrenzter Charakter der neuen internationalen Wirtschaftsordnung

Gleichzeitig wurde hervorgehoben, daß der Forderungskatalog der Entwicklungsländer – so wie er in den verschiedensten Resolutionen der UNO und ihrer Spezialorganisationen, der Bewegung der Nichtpaktgebundenen und der „Gruppe der 77“ enthalten ist – zwar in seiner Grundtendenz die Haupt- und vordringlichen Aufgaben des Kampfes um die Errichtung eines neuen Systems der internationalen Wirtschaftsbeziehungen beinhaltet. Jedoch dürfen der begrenzte Charakter dieses Forderungssystems und die Schwierigkeiten, die mit seiner Verwirklichung verbunden sind, nicht übersehen werden. Diese Schwierigkeiten resultieren beispielsweise daraus, daß die meisten Entwicklungsländer ein integraler Bestandteil des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems sind und ihre Entwicklungsplanung weitgehend noch nicht in der Lage ist, den negativen Einfluß der Gesetzmäßigkeiten und Widersprüche der kapitalistischen Weltwirtschaft auszuschalten. Deshalb ist es notwendig, die neue internationale Wirtschaftsordnung dahingehend weiterzuentwickeln, daß sie Normen in das System der internationalen Beziehungen einführt, die **erstens** den Grad der Abhängigkeit der Entwicklungsländer vom kapitalistischen Weltsystem verringern und **zweitens** gerechte, auf den Prinzipien der Gleichheit und Souveränität beruhende Wirtschaftsbeziehungen zwischen allen Staaten fördern. Das gilt sowohl für das System der internationalen Marktordnungen als auch für die gegenwärtig existierenden Währungs- und Handelssysteme.

Interne Umgestaltungen vordringlich!

Der Kampf um die ökonomische Unabhängigkeit der Entwicklungsländer erreicht sein Ziel jedoch erst dann, wenn das Ringen um eine Verbesserung der außen- und weltwirtschaftlichen Bedingungen verbunden wird mit einer nationalen Entwicklungsstrategie, die die kolonialistisch induzierten und abhängig-kapitalistischen Strukturen radikal umwälzt. Man kann sogar die These aufstellen, daß nur diejenigen Länder der „Dritten Welt“, die in diesem Sinne einen Prozeß sozial-revolutionärer Umgestaltungen einleiten, letztendlich in der Lage sind, die sich aus der Verwirklichung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung ergebenden positiven Möglichkeiten optimal zu nutzen. Deshalb unterstrichen verschiedene Diskussionsredner, daß der Kampf um eine neue internationale Wirtschaftsordnung die Durchsetzung einer fortschrittlichen Strategie der inneren sozialökonomischen Entwicklung nicht verzögern darf.

Entwicklung in diesem Sinne hat weniger die quantitativen Aspekte des Prozesses (globale Wachstumsraten von Produktion und Bruttosozialprodukt) in den Mittelpunkt zu stellen, sondern muß vor allem die qualitative Seite des Prozesses berücksichtigen. Gerade hinter der Beschränkung auf die technisch-ökonomische Seite des Entwicklungsprozesses verbergen sich oft kapitalistische Entwicklungsmodelle.

„Das Pro-Kopf-Einkommen,“ heißt es im Bericht der vierten Kommission, „ist für das Ausmaß der Entwicklung nicht ausreichend. Die Entwicklung beinhaltet die gesellschaftliche Umwandlung und strukturelle Veränderungen in progressiver Richtung.“ Erst unter dieser Maßgabe kann eine Entwicklungskonzeption erstellt werden, in deren Mittelpunkt der Mensch und seine grundlegenden Bedürfnisse stehen. Eine solche Entwicklungskonzeption würde Maßnahmen umschließen, deren wichtigste stichpunktartig genannt werden sollen:

- Durchführung einer radikalen Landreform und Entwicklung einer modernen wirtschaftlichen und technischen Basis der Landwirtschaft;

- Einleitung eines Prozesses der Industrialisierung, in erster Linie Entwicklung der Produktions- und Produktionsmittelindustrie;
- Schaffung eines wirksamen Mechanismus staatlicher Wirtschaftsplanung und Konzentration der wichtigsten und eines stets steigenden Teils der entscheidenden Produktionsmittel in einem starken staatlichen Wirtschaftssektor;
- Beseitigung des Analphabetismus;
- Senkung der hohen Sterberate;
- Demokratisierung des politischen Lebens und Einbeziehung und Beteiligung der breiten Volksmassen am Entwicklungsprozeß.

Alle diese Maßnahmen und Aufgaben setzen die Wiederherstellung der vollen Souveränität über den nationalen Rohstoffsektor und die Ausschaltung bzw. Kontrolle des ausländischen Kapitals, insbesondere der multinationalen Konzerne voraus. Eine bedeutende Stütze bei der Verwirklichung dieser Entwicklungskonzeption, die einen kapitalistischen Weg ausschließt, stellen heute schon die Wirtschaftsbeziehungen der Entwicklungsländer zu den sozialistischen Staaten dar, wird in der Schlußresolution der Budapester Konferenz unterstrichen.

Die Öffentlichkeit mobilisieren

Die Weltentwicklungskonferenz des Weltfriedensrates spiegelte nicht nur den vorgeschrittensten Stand der Diskussion um eine neue internationale Wirtschaftsordnung wider. Sie beschloß ein Aktionsprogramm, das auch für die Friedens- und Solidaritätsbewegung der Bundesrepublik neue Maßstäbe und Aufgaben setzt. Im Mittelpunkt dieses Aktionsprogramms steht die Mobilisierung der Weltmeinung für die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz der UNO und für die Verwirklichung und Unterstützung der in den Resolutionen der UNO und der Entwicklungsländerkonferenzen enthaltenen Forderungen nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung. Gerade in unserem Land, dessen internationale Politik einen der größten hemmenden Faktoren für die Verwirklichung dieser Forderungen darstellt und wo von offizieller Seite die Aktivitäten der Weltfriedensbewegung fast gänzlich totgeschwiegen werden, bedarf es einer verstärkten Mobilisierung der Öffentlichkeit zur Unterstützung der berechtigten Forderungen, die die „Dritte Welt“ heute vorträgt.

Anmerkungen:

- 1) Siehe: Entwicklungspolitik. Materialien Nr. 45, Bonn, Juni 1976, S. 91
- 2) Eröffnungsrede von Romesh Chandra, Hektographiertes Konferenzmaterial, Budapest, o. J. (1976). Alle weiteren nicht näher gekennzeichneten Zitate stammen aus diesen Materialien. Die in diesem Artikel enthaltenen Thesen beruhen auf einer Auswertung der Papiere zur Vorbereitung der vier Kommissionen der Konferenz, der Berichte über die Arbeit dieser Kommissionen und auf den Reden, Resolutionen und Grußbotschaften der Konferenz. Vgl. auch Beiträge zu Entwicklungsländerfragen in: Antimperialistisches Informationsbulletin, Nr. 6, 7-8 und 9/1976.
- 3) Vgl. dazu: Deutsche Volkszeitung, 7. 10. 1976

**Adressenänderung
bitte
rechtzeitig bekanntgeben!**

Colombo-Aktionsprogramm für Zusammenarbeit (2. Teil)

Nachstehend fahren wir mit der Veröffentlichung wesentlicher Teile aus dem Aktionsprogramm der Nichtpaktgebundenen fort, das auf der V. Gipfelkonferenz im August d. J. in Colombo, der Hauptstadt Sri Lankas, angenommen wurde (vgl. AIB, Nr. 9/76). Ausgespart sind die Teile Fernmelde- und Versicherungswesen, Tourismus und der Bestimmungen über die Koordination und Durchführung der im Aktionsprogramm festgehaltenen Maßnahmen. Zu den Koordinationsstaaten gehören: Algerien, Kuba, Guyana, Indien, Indonesien, Jugoslawien, Ägypten und Nigeria.



Handel

d) Schaffung von multinationalen Handelsunternehmen in den Entwicklungsländern, die ihnen einen Anteil an den Handels-, Transport- und Verteilungsvorteilen ihrer Produkte sichern.

e) Konsultationen zwischen den produzierenden und konsumierenden Entwicklungsländern hinsichtlich der Sicherung befriedigender Ver- und Ankaufsmöglichkeiten untereinander für die einen wie für die anderen; und um gemeinsam die Fähigkeiten zu erhöhen, die Kontrolle über ihre Bodenschätze zu bewahren und die Souveränität über ihre Bodenschätze wie über die Produktions-, Transport- und Verteilungsmittel voll und ganz auszuüben.

f) Berücksichtigung des Berichts von Havanna⁶, der Studie über die Möglichkeiten einer Erweiterung der Funktionen des Handels-Informationszentrums wie es im Projekt von Georgetown vorgeschlagen wurde und welches besonders damit befaßt wäre, die Sammlung und den Austausch von Informationen zwischen den Forschungs- und Informationsorganisationen über den Markt und die Handelsunternehmen nationalen, subregionalen und regionalen Charakters zu koordinieren und das den Aus-

tausch von Handels- und anderen Informationen zwischen Entwicklungsländern generell zu fördern hätte.

g) Annahme von gemeinsamen Strategien, um die Teilhabe der Entwicklungsländer an der Verarbeitung, am Transport, Handel und an der Verteilung ihrer Exportprodukte zu steigern und um ihren Anteil an den hierbei erzielten Gewinnen zu erhöhen.

h) Erarbeitung von Maßnahmen und entsprechenden Plänen, um eine maximale Nutzung der ganzen Vielfalt der Bodenschätze, der industriellen und technologischen Kapazität, der finanziellen Ressourcen und der Entwicklungsbedürfnisse der Entwicklungsländer zu sichern.

i) Das in diesem Bereich als Koordinator wirkende Land müßte gegebenenfalls Maßnahmen ergreifen, insbesondere eine Zusammenkunft der Repräsentanten staatlicher Außenhandelsorganisationen einberufen, um die Verhinderung bestimmter Aktionen auf diesem Gebiet zu ermöglichen; und es müßte geeignete Empfehlungen vorschlagen, um die Verwirklichung der in diesem Bereich gesetzten Ziele zu gewährleisten.

Zusammenarbeit in Geld- und Finanzangelegenheiten

1) Aufforderung der interessierten Länder zum Beitritt zur Konvention des Solidaritätsfonds für die ökonomische und soziale Entwicklung und zur Unterzeichnung dieser Konvention in genügender Anzahl, damit der Fonds vor Ende 1976 aktiv werden kann.

2) Stärkung und Entwicklung der Institutionen und Mechanismen finanzieller Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern, um die Finanzströme zwischen diesen Ländern zu erweitern, zu rationalisieren, zu diversifizieren und zu koordinieren, sowie um ihre Verhandlungsposition mit dem Ziel zu stärken, eine Umgestaltung des internationalen Finanz- und Währungssystems zu erreichen. (. . .)

Industrialisierung

a) Ermutigung der Politik der multilateralen industriellen Zusammenarbeit, die dahinführt, die nationale Politik und Planung zu vervollständigen, um den Zielen der Industrialisierung näher zu kommen; darin eingeschlossen ist die Zielsetzung, von heute bis zum Jahr 2000 den Anteil aller Entwicklungsländer zusammengekommen an der Weltindustrieproduktion auf 25 % zu erhöhen, wie es in der Deklaration von Lima heißt, die von der zweiten Generalkonferenz der UNIDO⁷ angenommen wurde.

b) Erarbeitung von Vorschlägen über zwischenregionale, regionale und subregionale Projekte und Fertigstellung von Industrie-einrichtungen mit der Absicht, zwischen nichtpaktgebundenen und anderen Entwicklungsländern multinationale Gesellschaften zu gründen, die auf die Neuerschließung der Naturressourcen, auf geeignete Techniken, auf eine langfristige Finanzierung und auf eine Aufteilung der Märkte gerichtet sind, besonders in folgenden industriellen Bereichen:

- Industrien, die zur Befriedigung der Grundbedürfnisse notwendig sind,
- Industrien, die auf der Nutzung solcher Ressourcen beruhen, welche für die Länder oder einzelne Regionen einen relativ guten Standort besitzen, darunter die Verarbeitung von Grundstoffen,
- Ausrüstungsgüter, die zur Produktion von Artikeln des breiten Konsums notwendig sind,
- vielseitige Industrien, die sich zu Vereinbarungen von Gemeinschaftsproduktionen anbieten.

c) Verallgemeinerung der Erfahrungen auf dem Gebiet der Industrialisierung in Gemeinschaftsproduktionen mit den Ländern, die schon diesen technischen Standard erreicht haben, ebenso wie der praktischen Erfahrungen mit der Gesetzgebung auf ökonomischem Gebiet, um dieses Wissen überall unter den Entwicklungsländern zu verbreiten. Es könnte sein, daß diese Kenntnisse angemessener sind, als jene, die in den hochentwickelten Gebieten erworben werden. Obwohl die Pläne zur Zusammenarbeit schon entworfen sind, gibt es Grund genug, mit mehr Intensität und Neuerungsgeist Programme fertigzustellen, die darauf gerichtet sind, die Technologien und die Kenntnisse auf technischem und organisatorischem Gebiet weiterzugeben, besonders zum Nutzen der am wenigsten industrialisierten Länder der jeweiligen Region, indem man einen entsprechenden regionalen und subregionalen Mechanismus institutionalisiert.

d) Soweit wie möglich sollten die industrialisierteren Entwicklungsländer die Importe von Handwerksartikeln der weniger industrialisierten Länder bevorzugen. Es ist eine Übereinkunft über die festgelegte konstruktive Politik anzustreben, um den zwischenregionalen und regionalen Handel der Handwerksprodukte zu steigern.

e) Schließung von langfristigen Vereinbarungen über die Spezialisierung von Produkten; je nachdem, was von den betroffenen Ländern oder den interessierten regionalen Wirtschaftsvereinigungen für wünschenswert erachtet wird, kann die korrespondierende Geldbewilligung zur Produktion oder zur Aufteilung der Produkte mit Hilfe zusätzlicher industrieller Vereinbarungen erfolgen.

f) Abstimmung der Wirtschaftspolitik und Zusammenarbeit besonders auf industriellem Gebiet und zur besseren Ausnutzung der industriellen Vielseitigkeiten, indem man den unterschiedlichen Ökonomien und der Spezialisierung Rechnung trägt. Diese Vielseitigkeit muß auf den individuellen Bedürfnissen jedes Landes fußen und mit der Schaffung und Verstärkung der Beratungsmechanismen auf regionaler, subregionaler und zwischenregionaler Ebene in Einklang gebracht werden, um zu einer harmonischen, ausgewogenen und schnelleren Industrieentwicklung der Gesamtheit der Entwicklungsländer zu gelangen.

Ernährung und Landwirtschaft

a) Man müßte den Aktionsplan, der in der Resolution über die Ernährungs- und Landwirtschaftsproduktion aufgeführt ist, beachten.

b) In Pjöngjang, Koreanische Volksdemokratische Republik, soll zu einem geeigneten Datum ein Kolloquium stattfinden, das die nichtpaktgebundenen Länder und die anderen Entwicklungsländer vereinigt, um die gesammelten Erfahrungen über die Einrichtung einer nationalen selbständigen Industrie und Landwirtschaft, über die Stärkung der Unabhängigkeit der nationalen Ökonomie und über die Mittel, ihre ökonomische Zusammenarbeit zu intensivieren, auszutauschen.

Fischerei

a) Aktive Ermutigung und Förderung der Zusammenarbeit zwischen nichtpaktgebundenen Ländern und anderen Entwicklungs-

ländern, um die Fischereindustrie zu entwickeln, was die Einrichtung von multinationalen Unternehmen, den Austausch von Informationen und technischen Kenntnissen, die Ausbildung und die Forschung sowie die Stellung von Fischereischiffen und anderem Material umfassen kann.

Transporte

a) Erarbeitung einer globalen Strategie und von Vereinbarungen, um die Transporte zur See, in der Luft, auf der Straße und per Bahn zwischen Entwicklungsländern zu verbessern und auf subregionaler, regionaler und zwischenregionaler Ebene zu entwickeln, und zwar insbesondere durch:

- Beitritt zur Konvention betreffend die Schifffahrtsgesetze der See-Konferenzen: Ratifizierung und Anwendung dieser Konvention ohne Aufschub.

- Einrichtung von See-Konferenzen, die den Entwicklungsländern und ihren Seetransportdiensten gemeinsamen vorbehalten bleiben.

- Schaffung von nationalen subregionalen und zwischenregionalen Unternehmen auf dem Gebiet der See- und Lufttransporte, die fähig sind, mit den Handelsflotten und den Luftfahrtlinien der entwickelten Länder und der transnationalen Gesellschaften zu konkurrieren.

- Konzertiertes Vorgehen, um die Finanzierung durch internationale und regionale Finanzinstitutionen von multinationalen Projekten auf dem Gebiet der Seetransporte und der Straßen- und Schienenverbindungen zwischen Entwicklungsländern zu sichern.

- Verbesserung und Ausbau der zwischen Entwicklungsländern existierenden Transportmittel und -dienstleistungen, im besonderen Nationalisierung der Transportrouten und -einheiten, der Maschinenanlagen und der Ladevorrichtungen; gemeinsame Aktion für die Schaffung von geförderten und Vorzugstarifen für die Importe und Exporte der Entwicklungsländer, insbesondere für die nichttraditionellen Waren; ein gemeinsames Vorgehen bei der Lösung der Probleme der Überlastung der Hafenskapazitäten; gemeinsames Vorgehen beim Ausbau der Containertransporte unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Entwicklungsländer; Vereinfachung der an den Grenzübergängen üblichen Ausweisungsverfahren; Annahme und Anwendung einer universellen Konvention über die Internationalen Straßentransporte (TIR), um den Transit zwischen Entwicklungsländern zu erleichtern; Schaffung einer internationalen Gesetzgebung, die die Ausweitung der Luftfahrtdienste der Entwicklungsländer begünstigt.

- Erarbeitung von Vorschlägen über multinationale Projekte zu Schiffs- und Luftfahrtkonstruktionen und zur Fabrikation von Eisenbahnausrüstungen und Straßenbaumaterial.

- Einrichtung oder Verstärkung von geeigneten Organen zur Zusammenfassung und Verteilung der nationalen Frachtgüter (Ladungen).

- Förderung einer steigenden und gerechten Beteiligung der Entwicklungsländer an der Welttonnage und am Welthandel.

- Gerechte und vernünftige Festsetzung der Frachttarife, um die Ausweitung des Handels der Entwicklungsländer zu fördern.

b) Gemeinsames Vorgehen im Rahmen der UNCTAD, der IMCO⁸ und anderer zuständiger internationaler Organisationen, damit sie ihre Beratungstätigkeit für die Entwicklungsländer anwenden und erweitern, alle Bereiche der Seetransporte betreffend.

Öffentliche Unternehmen

Schnelle Mitgliedschaft der Länder, die an der Gründungsversammlung über die Statuten des Internationalen Zentrums für Verwaltung öffentlicher Unternehmen in Entwicklungsländern, das seinen Sitz in Ljubljana (Jugoslawien) hat, teilgenommen

haben oder sofortige Ratifizierung dieser Statuten und schnelle Fertigstellung des Zentrums, das eine gemeinsame Institution der Entwicklungsländer für das Ausbildungs- und Schulungswesen, zu Konsultationszwecken sowie für den Informations- und Dokumentationsaustausch auf dem Gebiet der öffentlichen Unternehmen ist. Bis zum Inkrafttreten der Statuten des Zentrums soll es bei der Anwendung seines aktuellen Arbeitsprogramms unterstützt werden.

Gesundheitswesen

a) Konzertierte Aktion bei der WHO (Weltgesundheitsorganisation, d. Red.), um eine Gesundheitspolitik und eine diesbezügliche internationale Praxis zu formulieren.

b) Schaffung von regionalen Zentren für technologische und pharmazeutische Zusammenarbeit, um die Funktionen, die die Expertengruppe für pharmazeutische Produkte, die im Juli 1976 in Georgetown getagt hat, definiert hat zu erfüllen, und um die interregionale Zusammenarbeit vorzubringen. Der mit Handels-, Transport- und Industriefragen des Nichtpaktgebundenen-Aktionsprogramms beauftragte Koordinator müßte die notwendigen zusätzlichen Maßnahmen treffen, um mit Hilfe kompetenter internationaler Organisationen wie der UNCTAD, der UNIDO, der WHO und des UNDP (United Nations Development Programme; Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, d. Red.) die Vorschläge der Expertengruppe der pharmazeutischen Produkte anzuwenden.

c) Schaffung von Vereinbarungen und Mechanismen, die zur Kooperation auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der Medizin notwendig sind, besonders die Einrichtung von sanitären Diensten zum Schutz von und zur Behebung von Auswirkungen, die durch Krieg und Naturkatastrophen hervorgerufen wurden, Vorbeugung gegen ansteckende Krankheiten, Rehabilitation und Anwendung der autochtonen traditionellen medizinischen Praktiken. Die Methoden der Kooperation sollten den gemeinsamen Austausch von Dokumentationen über sanitäre Einrichtungen, Krankenhäuser, medizinische Schulen und Fakultäten und von Rehabilitationszentren sowie die Ausbildung des Personals für diese Institutionen umfassen.

Technische Kooperation und Beratungsdienste

a) Gemeinsames Vorgehen im Rahmen des UNDP und anderer internationaler Organisationen, um Entscheidungen von neuer Dimension zu verwirklichen, einschließlich eines wesentlich stärkeren Anwerbens von Beratungsexperten und -gesellschaften für die Entwicklungsländer und einer gesteigerten technischen Kooperation unter Entwicklungsländern, wie es der Bericht der Arbeitsgruppe für technische Kooperation und Beratungsdienste befürwortet.

b) Beziehen von gemeinsamen Positionen bezüglich der Politik und der Vorschläge, die von den Entwicklungsländern auf der Konferenz der UNO über technische Kooperation zwischen Entwicklungsländern, die 1977 in Argentinien stattfindet, gemacht werden.

c) Gemeinsames Vorgehen im Bereich des Systems der UNO, der Weltbank, der IDA (International Development Association; Internationale Entwicklungsassoziation, d. Red.) und anderer internationaler Organisationen, um eine gesteigerte Teilnahme der Beratungsdienste der Entwicklungsländer an den Programmen, die von diesen Institutionen durchgeführt werden, zu sichern.

d) Schließung von Vereinbarungen über technische Zusammenarbeit zwischen den nichtpaktgebundenen und anderen Entwicklungsländern, die insbesondere die Ausdehnung der bestehenden und die Einrichtung neuer technischer Institutionen in den Entwicklungsländern umfassen, um den gemeinsamen Interessen zu dienen: Daten- und Erfahrungsaustausch bei Zusam-

menkünften, Zusammenarbeit zur Veröffentlichung von Lehrmaterialien, ebenso wie die Ausführung von gemeinsamen Forschungsprojekten und die Schaffung von gemeinsamen Forschungsinstitutionen.

e) Voller Gebrauch der bestehenden und potentiellen technischen Kapazitäten der Entwicklungsländer, unter Einschluß von Studien der Durchführbarkeit und der notwendigen Präinvestments und der Schaffung von Zentren der Zusammenarbeit für spezielle technische Aktivitäten.

f) Bevorzugung von universitären Lehrern und Forschern und anderen technischen und wissenschaftlich qualifizierten Spezialisten, um ihre unverzügliche Einstellung in den nichtpaktgebundenen und anderen Entwicklungsländern zu sichern.

Schulwesen und Fachausbildung

1) Spezielle Kooperationsprogramme organisieren, um technisches Personal jeden Niveaus in den industriellen Unternehmen, an technischen Kollegs und Universitäten auszubilden.

2) Das System von Ausbildungs- und Spezialisierungsstipendien für die verschiedenen Aspekte der Entwicklung verantwortlichen Personals erweitern.

3) Das Austauschprogramm für universitäre Lehrer und Forscher und andere Spezialisten erweitern.

4) Den Informations- und Expertisen Austausch über die Ausbildungssysteme organisieren und bei der Ausarbeitung nationaler Ausbildungspolitiken, die zur Förderung der Entwicklungsbedürfnisse abgefaßt werden, und besonders bei gemeinsamen Ausbildungsstrategien zusammenarbeiten, die neue Elemente enthalten, welche besonders den Zielen von Entwicklungsgesellschaften entsprechen.

5) Gemeinsame Schul- und Personalausbildungsprojekte sowie gemeinsame Projekte zur Publizierung von Lehrwerken ausarbeiten.

6) Zusammenarbeiten im Hinblick auf die Schaffung und das Funktionieren nationaler, regionaler und zwischenregionaler Institutionen beruflicher Bildung dort, wo es keine gibt und die Ausbildung spezieller Techniken an den Beschäftigungsmöglichkeiten auf nationaler, regionaler und zwischenregionaler Ebene orientieren.

7) Einführung von Maßnahmen der Zusammenarbeit, der Abwanderung von qualifiziertem Personal aus den Entwicklungsländern Einhalt zu gebieten, unter Einschluß von Maßnahmen, die auf multinationaler Ebene die technischen Arbeitsmöglichkeiten, die dem spezialisierten Personal angeboten werden, zu entwickeln und zu diversifizieren.

Angepaßte Technologien:

8) Zusammenarbeit, um im Rahmen der Aktivitäten des UNO-Systems eine Beratungsgruppe über angepaßte Technologien zu schaffen, die besonders damit beauftragt wäre, die Möglichkeiten zu erforschen, die vorhanden sind, um in der verarbeitenden Industrie die Einstellung von mehr Arbeitskräften pro Investitionseinheit zu erreichen.

9) Zusammenarbeit, um mit Hilfe kompetenter internationaler Institutionen eine Arbeitsgruppe einzurichten, die damit zu beauftragen ist, die Anwendung angepaßter Technologien auf dem Gebiet der Beschäftigung, der beruflichen Bildung und der Verteilung der Einnahmen zu untersuchen.

Beschäftigung und Entwicklung der menschlichen Ressourcen

Grundbedürfnisse

1) Gemeinsame Maßnahmen treffen, um die Entscheidungen und Vorschläge der Weltbeschäftigungskonferenz und die Vor-

schläge der Entwicklungsländer auf dieser Konferenz anzuwenden.

2) Informations- und Erfahrungsaustausch über die Anwendung der die Grundbedürfnisse betreffenden Strategien, die in der Erklärung und dem Aktionsprogramm der obenerwähnten Konferenz ins Auge gefaßt wurden, insbesondere, was folgende Elemente betrifft: makroökonomische Politik, Beschäftigungs- und Lohnpolitik, Landwirtschafts- und Bodenpolitik, Bildungs- und Bevölkerungspolitik, Teilhabe der organisierten Gruppen und das Wohl der Frauen, der Jugendlichen und der alten Menschen.

3) Gegenseitig und mit den Institutionen der UNO einschließlich der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zusammenarbeiten, insbesondere um produktive Beschäftigungsprogramme zu ermutigen, die schnell und kurzfristig aber dauerhaft und gut konzipiert in den traditionellen ländlichen und städtischen Gebieten und in den nichtstrukturierten Sektoren verwirklicht werden könnten.

4) In den nächsten vier Jahren mit Hilfe kompetenter Institutionen der UNO ein Weltuntersuchungsprogramm aufstellen, um die Hintergründe der Armut aufzudecken (Natur, Verbreitung und Ursachen): die notwendigen Statistik- und Überwachungsdienste aufstellen und den realisierten Fortschritt für die Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse bemessen. (. . .)

Transnationale Gesellschaften

Die Staats- oder Regierungschefs der nichtpaktgebundenen Länder nehmen das Statutenprojekt des Informationszentrums über transnationale Gesellschaften in Kuba zur Kenntnis, das von der Expertengruppe vorgeschlagen wurde und laden das Gastgeberland ein, bis spätestens zum 31. Dezember 1976 eine bevollmächtigte Konferenz der nichtpaktgebundenen Länder zu organisieren, welche die definitiven Statuten des Zentrums annehmen und unterzeichnen, der wiederum unmittelbar eine Versammlung folgen wird, auf der das erste Arbeitsprogramm erstellt werden wird.

Private Auslandsinvestitionen

1) Verfolgung der von den nichtpaktgebundenen Ländern in Zusammenarbeit mit anderen Entwicklungsländern entwickelten Anstrengungen, im Rahmen ihrer nationalen Politik zu einer eventuellen Koordination zu kommen, was die privaten ausländischen Investitionen betrifft, um ihre Verhandlungsmacht auf diesem Gebiet zu stärken.

2) Bestimmung und Durchführung von Maßnahmen zur Begünstigung und Ermunterung der Investitionstätigkeit zwischen den Entwicklungsländern durch geeignete Anreize, die der besonderen Natur dieser Investitionen und der Notwendigkeit Rechnung tragen, den Austausch von Ressourcen zwischen den nichtpaktgebundenen und anderen Entwicklungsländern zu verstärken.

Atomenergie

Wechselseitige Zusammenarbeit bei der Produktion und Anwendung von Atomenergie zu friedlichen Zwecken, unter Einbeziehung des Berichtes der Sitzung der Koordinationsländer in Havanna. (. . .)

II. Internationale Kooperation im Dienste der Entwicklung

1) Die nichtpaktgebundenen und anderen Entwicklungsländer müßten ein gemeinsames Vorgehen in allen internationalen Wirtschaftsverhandlungen verfolgen, innerhalb wie außerhalb der Vereinten Nationen, um von den Resolutionen, Beschlüssen und Empfehlungen Gebrauch zu machen, die enthalten sind in der Erklärung und dem Aktionsprogramm über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung⁵, in der Charta



der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten, der Resolution 362 (S-VII) der VII. Sondertagung der Vereinten Nationen¹⁰, in den Beschlüssen der Rohstoffkonferenz von Dakar, der XI. Ministertagung der „Gruppe der 77“ in Manila, der IV. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung¹¹ und der anderen ständigen Kommissionen der Vereinten Nationen, um die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung zu sichern.

2) Zur Auswertung der Ergebnisse bei der Anwendung dieser Beschlüsse, die verstanden werden als Vervollkommnung der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Zweite Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen (1970–1980, d. Red.) sollten die nichtpaktgebundenen und anderen Entwicklungsländer mit Bestimmtheit fordern, daß im Laufe des zweijährigen Überprüfungs- und Auswertungsverfahrens zur Durchführung der Strategie, das demnächst stattfinden soll, die verwirklichten Fortschritte bei der Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung im einzelnen studiert werden, und daß in dieser Hinsicht die notwendigen Entscheidungen gefällt werden müssen. Die nichtpaktgebundenen Staaten und die anderen Entwicklungsländer sollten die Einberufung einer Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen ins Auge fassen, um die Zusammenarbeit der internationalen Gemeinschaft bei der Suche nach Lösungen der Weltwirtschaftsprobleme zu sichern.

3) Das gegenwärtige Beratungs- und Koordinationssystem zwischen den nichtpaktgebundenen und anderen Entwicklungsländern sollte beibehalten und von den Vertretern dieser Länder bei zukünftigen internationalen Treffen und Konferenzen verstärkt werden; außerdem sollten in der Regel für alle bedeutenden internationalen Wirtschaftskonferenzen und -treffen vorbereitende Sitzungen der nichtpaktgebundenen und anderen Entwicklungsländer, die die Absicht haben, daran teilzunehmen, abgehalten werden, um ihre Positionen zu den dort behandelten Fragen zu koordinieren und eine noch geschlossenere Front zu zeigen.

4) Die nichtpaktgebundenen und anderen Entwicklungsländer sollten auf der Verwirklichung der Resolution der Vollversammlung bezüglich der Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und besonders der Verfügung bestehen, die die Konferenz dazu einlädt, ihren Bericht zu gegebener Zeit vorzulegen, damit die Vollversammlung ihn prüfen und eine Entscheidung treffen kann. Die Staats- oder Regierungschefs der nichtpaktgebundenen Länder erklären ihre Zufriedenheit mit der Einheit und der Solidarität der „Gruppe der 77“, mit der Zusammenarbeit, die sich innerhalb der „Gruppe der 19“ auf der Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit entwickelt hat, sowie mit der Zusammenarbeit, die zwischen der „Gruppe der 77“ und der „Gruppe der 19“ existiert, die es erlaubt hat, die Verteidigung der Interessen aller Entwicklungsländer auf der Konferenz von Paris zu sichern¹².

5) Die Staats- oder Regierungschefs der nichtpaktgebundenen Länder halten den Augenblick für gekommen, die Ausarbeitung der Dritten Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen (1980–

1990, d. Red.) in Angriff zu nehmen, und meinen, daß diese Strategie vollständig der Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung gewidmet sein soll. Sie sollte Fragen aktionsbezogener Politik ebenso enthalten wie in den vorgesehenen Anwendungsfristen zu erfüllende quantitative Zielsetzungen als Mittel zur Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung, die sich auf die Interessen aller Länder gründet; die Strategie der Dritten Dekade sollte auf weiteren Punkten beruhen, die diese Zielsetzungen widerspiegeln.

6) Die nichtpaktgebundenen und anderen Entwicklungsländer sollten ihr Handeln nach den Beschlüssen, die in der Erklärung und dem Aktionsprogramm von Manila enthalten sind, und besonders nach dem Integrierten Rohstoffprogramm ausrichten.

7) Die Reform des internationalen Währungssystems sollte einen integralen Mechanismus enthalten, der einen realen Ressourcentransfer aus den entwickelten Ländern in die Entwicklungsländer aktiviert und die notwendigen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des realen Wertes der Devisenreserven der Entwicklungsländer umfaßt. Diese Zielsetzungen implizieren ein gemeinsames Handeln der Entwicklungsländer im Rahmen des IMF (International Monetary Fund; Internationaler Währungsfonds, d. Red.), der IBRD (International Bank for Development and Reconstruction; Weltbank, d. Red.) und des Systems der Vereinten Nationen, und ferner ein gemeinsames Handeln zur Neustrukturierung des gegenwärtigen Systems der Währungs- und Finanzvereinbarungen in einer Weise, die einen Prozeß der Abstimmung und der Finanzierung der Zahlungsbilanzen vorsieht, der geeignet ist, die Ungerechtigkeiten, die das gegenwärtige System darstellt, zu beseitigen, die internationalen liquiden Mittel neu zu verteilen, und zwar nach Modalitäten, die es erlauben, Ressourcen für die Entwicklung im Zuge der Beschlußfassung zu mobilisieren und zu verhindern, daß die Beschlußfassung von irgendeinem Land dominiert wird, so daß das System besser den Bedürfnissen der Entwicklungsländer entspricht.

8) Die entwickelten Länder sollten ihre eingegangene internationale Verpflichtung achten, einen Teil ihres Bruttosozialprodukts für die offizielle Hilfe¹³ an die Entwicklungsländer zu bestimmen. Es müssen die Probleme der am wenigsten entwickelten Länder ebenso die der Entwicklungsländer ohne Küste sowie die Probleme der am meisten betroffenen Länder beachtet und dafür Lösungen gefunden werden.

9) Die entwickelten Länder sollten ihre Märkte stärker für die Erzeugnisse der Entwicklungsländer durch Senkung der Handelsbarrieren öffnen; sie sollten den Entwicklungsländern im Rahmen der multilateralen Handelsverhandlungen weitere Vorteile, was den internationalen Handel betrifft, zusichern, gemäß den Verpflichtungen, die in der Erklärung von Tokio¹⁴ eingegangen worden sind, und sie sollten die restriktiven Handelspraktiken abschaffen.

10) Es ist wichtig, daß auf der Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit (dem Pariser „Nord-Süd-Dialog“, d. Red.) Übereinstimmung erzielt wird über die Lösung

der ungeheuren Probleme, die die Schulden der Entwicklungsländer darstellen, durch solche Maßnahmen wie Umwandlung der bestehenden Darlehen in Schenkungen, wie Stundungen, Umschuldungen und Schutz der Kaufkraft der Erträge, die aus den Exporten der Entwicklungsländer stammen; wenn es der Konferenz nicht gelingt, diese Fragen bis zum Dezember 1976 zu regeln, werden sich die nichtpaktgebundenen mit anderen interessierten Entwicklungsländern in der ersten Hälfte des Jahres 1977 zu einer Ministerkonferenz treffen, um über ein gemeinsames Vorgehen zu entscheiden.

11) Die entwickelten Länder sollten dringend gebeten werden, Maßnahmen zum Gegenstand der Schuldenprobleme zu ergreifen, die den Entwicklungsländern, besonders den am wenigsten fortgeschrittenen, den am meisten betroffenen und den Entwicklungsländern ohne Küste entgegenkommen, gemäß der Erklärung und dem Aktionsprogramm von Manila.

12) Die entwickelten Länder sollten weiterhin dringend gebeten werden, die Schulden der am wenigsten fortgeschrittenen Länder, der am meisten betroffenen und besonders der Länder, die unter ausländischer Aggression gelitten haben, für nichtig zu erklären.

13) Die entwickelten Länder und internationalen Organisationen sollten die Umsetzung der Beschlüsse über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern fördern, die enthalten sind in den Resolutionen 3202 (S-VI), 3362 (S-VII), 3442 (XXX) und 3461 (XXX), und sie sollten auch für das Gelingen der Weltkonferenz über technische Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern sorgen.

14) Die internationale Gemeinschaft wird dringend aufgefordert, allen Staaten, den Territorien und den Völkern, die unter ausländischer Aggression oder Besatzung, unter ausländischer und Kolonialherrschaft stehen oder der Rassendiskriminierung und Apartheid unterworfen sind, zu helfen, wirksam von ihren Rechten Gebrauch zu machen, sich vollständig für die Ausbeutung, die Erschöpfung und die Verminderung ihrer natürlichen und all ihrer anderen Ressourcen entschädigen zu lassen oder ihre Wiederherstellung zu erhalten. Alle die Staaten haben fernerhin die Pflicht, diesen Ländern, Territorien und Völkern ihren Beistand zukommen zu lassen. (. . .)

(Quelle: Révolution Africaine, Algier, Nr. 653/25. 8. 1976. S. 12-19)

Anmerkungen der Redaktion:

6) Angesprochen ist hier die 3. Tagung des Koordinierungsbüros der nichtpaktgebundenen Länder vom März 1973 in Havanna, die unter Teilnahme der 17 Mitgliedsstaaten des Büros veranstaltet wurde.

7) Die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO), die im November 1966 gegründet wurde, tagte im März 1975 in Lima. Die Erklärung und der Aktionsplan dieser II. UNIDO-Generalkonferenz finden sich in: Entwicklungspolitik, Materialien Nr. 49, a. a. O., S. 31-52.

8) IMCO ist die englische Abkürzung von Zwischenstaatliche Beratende Schiffsorganisation („Intergovernmental Maritime Consultative Organization“).

9) Der Wortlaut dieser beiden Dokumente findet sich in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Nr. 6 und 7/1974 und Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, Nr. 5/1974.

10) Die Entschließung der VII. Sondertagung der Vereinten Nationen über „Entwicklung und Internationale Zusammenarbeit“ ist abgedruckt in: Entwicklungspolitik, Materialien Nr. 51, Bonn, November 1975.

11) Text des Beschlusses der IV. UNCTAD über das Integrierte Rohstoffprogramm sowie weiterer Entschlüsse in: Entwicklungspolitik, Materialien Nr. 53, Bonn, Juni 1976.

12) Die „Gruppe der 19“ repräsentiert und vertritt die Entwicklungsländer beim Pariser „Nord-Süd-Dialog“, der sich in der Hauptsache mit Rohstoff- und Energieproblemen beschäftigt.

13) Unter „offizieller Entwicklungshilfe“ (Official Development Assistance – ODA) versteht die internationale Statistik des Entwicklungshilfesausschusses (Development Assistance Committee – DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organization for Economic Cooperation and Development – OECD) öffentliche Leistungen an Entwicklungsländer, die ein Zuschubelement (grant) von mindestens 25 % im Gegensatz zu kommerziellen Kreditvergaben etc. enthalten (vgl. Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik, hrsg. vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn, September 1975, S. 4). Anfang der 70er Jahre haben sich die entwickelten kapitalistischen Staaten verpflichtet, ihre öffentliche „Entwicklungshilfe“ in der Zweiten UN-Entwicklungsdekade auf 0,7 % des Bruttosozialprodukts zu erhöhen, diese Verpflichtung aber bis heute nicht eingelöst.

14) Gemeint ist die Erklärung der entwickelten kapitalistischen Staaten zum Auftakt der gegenwärtig in Tokio tagenden GATT-Runde (GATT = General Agreement on Tariffs and Trade / Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen).



Iran-BRD

Ein kurz vor dem Abschluß stehendes Kulturabkommen der BRD mit dem Iran wird von der ODYSI (Organisation der Demokratischen Jugend und Studenten Irans) entschieden verurteilt und als ein weiterer „Schandfleck auf dem Antlitz bundesrepublikanischer auswärtiger Kulturpolitik“ bezeichnet, nachdem bereits 1962 ein derartiges Abkommen mit dem Rassenregime in Südafrika unterzeichnet wurde (zit. nach: Information des Auslandsbüros der ODYSI, Nr. 4, August/September 1976). Es gehört zur langfristigen Durchsetzung der kulturpolitischen Strategie Bonns, gerade mit den Ländern, die zu den Schwerpunktgebieten der westdeutschen Privatinvestitionen gehören, die kulturellen Beziehungen zur ideologischen Absicherung imperialistischer Interessen auszudehnen. Gleichzeitig leistet die Bundesregierung mit diesem Abkommen einen Beitrag zur Aufwertung und Stärkung eines Regimes, das tagtäglich die elementarsten Menschenrechte mißachtet.

Unter den Inhaftierten und Gefolterten des Schah-Regimes befinden sich in zunehmendem Maße Vertreter der oppositionellen Intelligenz. Fortschrittliche Literatur und Geschichtsdarstellungen, die keine Huldigung des Schah-Regimes enthalten, werden verboten, die Autoren ins Gefängnis geworfen.

Diese Unterdrückungspolitik bewog jüngst den Landesverband Nordrhein-Westfalen des Verbandes Deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier zur Verabschiedung einer Protestresolution. In ihr wird die Bundesregierung aufgefordert, kein Kulturabkommen mit dem Terror-Regime abzuschließen, bevor im Iran nicht die Menschenrechte wiederhergestellt und die politischen Gefangenen freigelassen sind. Weiter heißt es in der Protestresolution: „Stellvertretend für die politischen Gefangenen, deren Zahl zwischen 25 000 und 100 000 liegt, fordern wir die Regierung auf, für die Freilassung der inhaftierten Schriftsteller und Schauspieler S. Soltanpur, M. Yelefani und M. Dowlatabadi einzutreten“

Kampuchea

Mitte April d. J. feierte das demokratische Kampuchea auch damit sein einjähriges Bestehen, daß die Nahrungsmittelversorgung gewährleistet war, die von US-Bombardements zerstörten Verkehrswege, Fabriken, Schulen, Krankenhäuser und Reisfelder wieder hergestellt waren und die Volksmacht sich konsolidiert hatte. Grund genug für die bürgerlichen Massenmedien eine bis heute anhaltende Hetzkampagne zu starten.

Ähnlich wie mit den als Flüchtlingen ausgegebenen, in Wahrheit aber von den USA zwangsdeportierten kambodschanischen Marineoffizieren (siehe Süddeutsche Zeitung, 2. 6. 1976), steht es nun auch mit der Beweiskraft einer Bildreportage (siehe Time, New York, 26. 4. 1976 oder Stern Nr. 19/29. 4. 1976) über angebliche Massaker und Massenmorde der Volksmacht gegen kambodschanische Oppositionelle. Bereits im Frühjahr wurde die erste Fotofälschung aufgedeckt: Ein Foto, auf dem ein Soldat mit vorgehaltener Pistole angeblich zum Plündern anhebt, zeigt in Wahrheit diesen Soldaten in dem Augenblick, da er einen Plünderer festnimmt.

Nun wurde auch der Ursprung der restlichen „Massakerfotos“ geklärt. Robert Chenoweth, ehemaliger Angehöriger der US-Air-Force, fünf Jahre in Vietnam, davon vier als Kriegs-

gefangener und seit seiner Rückkehr in die USA aktiv in der Anti-Kriegsbewegung tätig, berichtete laut Konkret, Nr. 11/1976: „Die geheimnisvollen Massakerdokumente hat lange vor dem ‚Stern‘ die Bangkokener Tageszeitung ‚Thai Rath‘ veröffentlicht. Dies geschah am 2. April (. . .) Die ‚Bangkok Post‘ enthüllte diesen Skandal nach den (Parlaments-, d. Red.) Wahlen und tatsächlich gestand ein thailändischer Geheimdienstoffizier, daß er diese Hintertreppentory eingefädelt hatte . . . zusammen mit einem thailändischen Fotografen und entsprechender Statisterei. Das ‚Indochina Resource Center‘ (in Washington, d. Red.) ist im Besitz der Originale, die der ‚Stern‘ verschwommen veröffentlichte. Sie sollten besonders ‚authentisch‘ aussehen, aber in Wirklichkeit sind sie eine billige Fälschung“.

Kuba

Nach der Volksabstimmung über Kubas neue Verfassung und deren Verkündung im Februar 1976 kam es nun am 10. und 17. Oktober d. J. mit den Wahlen zu den Poder Popular, den Organen der Volksmacht, zu einem neuerlichen einmütigen Votum des kubanischen Volkes für die sozialistische Revolution. Von den 5,4 Mio Wahlberechtigten gingen 95,2 % zu den Wahlurnen. Bereits im ersten Wahlgang erreichten 7 888 der insgesamt 28 726 vorgeschlagenen Kandidaten die nötige Stimmzahl (die absolute Mehrheit); der zweite Wahlgang bestätigte weitere 2 837 Delegierte. Wie Blas Roca, der Vorsitzende der Nationalen Wahlkommission mitteilte, hatten bereits bis Anfang September d. J. an den Volksversammlungen zur Rechenschaftslegung und Kandidatennominierung über 4, Mio Menschen teilgenommen: „Arbeiter, Bauern, Professoren, Hausfrauen, Studenten, Männer und Frauen, Schwarze und Weiße – alle schlugen Kandidaten vor und nominierten sie, und aus ihren Reihen, vom Volk, kamen die Kandidaten.“ (Granma, Havanna, 12. 9. 1976) Fidel Castro verwies am Wahltag vor der internationalen Presse auf die etwa im Gegensatz zu den USA – an den Präsidentschaftswahlen nahmen dort ganze 53 % teil – „immense Massenbeteiligung, sowohl im Prozeß der Kandidatenauswahl als auch im Wahlvorgang selbst“ (ebenda, 17. 10. 1976)

Diese Wahlen waren die ersten seit der siegreichen Revolution von 1959 und sie repräsentierten sogleich den entscheidenden Schritt zur endgültigen Institutionalisierung der sozialistischen Staatsmacht. „Die Schaffung der Organe der Volksmacht“, so erläuterte Fidel Castro, „bringt strukturelle Änderungen und eine Dezentralisierung der früher in den Händen der Zentralregierung befindlichen Macht mit sich; eine Reihe von Aktivitäten, Diensten und Aufgaben werden der Volksmacht übertragen, so daß das Volk direkter durch seine Nachbarn repräsentiert und eine Vielzahl von wichtigen Fragen kontrollieren wird.“ (ebenda)

Die Abgeordneten der Poder Popular in den insgesamt 169 Munizipien (Kreisen) wählen nunmehr aus ihren Reihen die Abgeordneten für das höchste Organ der Staatsmacht, die Nationalversammlung (vgl. auch Rede Fidel Castros vor dem 1. Parteitag der KP Kubas, Teil 2 und 3, in: AIB, Nr. 3 und 4/1976). Am 2. Dezember 1976, dem 20. Jahrestag der Landung der Granma, tritt im Karl Marx Theater in Havanna die Nationalversammlung der Volksmacht zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen.

Brasilien

Von der Weltöffentlichkeit kaum beachtet, nimmt im brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso die Auseinandersetzung zwischen Kleinbauern und Indianern einerseits, Großgrundbesitzern und internationalen Konzernen andererseits immer mehr die Dimensionen eines Kleinkrieges an.

Die Ursache dafür ist in dem Ausverkauf des brasilianischen Landes an international operierende Unternehmen zu sehen. So sollte das Gebiet entlang der Transamazonasstraße zunächst von kleinen Siedlern bevölkert werden, für die man auch Land bereitstellte. Nachdem aber statt der erwarteten 1 Mio Siedler nur 150 000 kamen, änderte man das Konzept und verkaufte ganze Landstriche zu äußerst günstigen Bedingungen an die „Multis“. Angelockt von den Steuererleichterungen und von Steuergeschenken der Regierung erwarben Nestlé, VW, Du Pont u. a. Riesenkonzerne Gebiete zur landwirtschaftlichen Nutzung, die nicht selten der Größe Belgiens oder der Schweiz entsprechen. Die ersten Maßnahmen der neuen Landbesitzer bestanden darin, die in ihrem Gebiet lebenden Kleinsiedler mit Hilfe der Militärpolizei und privater bewaffneter Banden brutal zu vertreiben und die dort lebenden Indianer entweder ganz auszurotten oder zu Sklavenarbeit zu zwingen. Vor diesem Hintergrund sind auch die Ermordungen mehrerer Priester in jüngster Zeit zu sehen, die sich der Probleme der Indianer angenommen hatten. Der aufsehenerregendste Fall war die Erschießung des Jesuitenpeters Joao Bosco Penido durch Militärpolizisten vor den Augen seines Bischofs. Eine andere Folgeerscheinung äußert sich darin, daß ein Indianerstamm in Westbrasilien damit begann, alle Neugeborenen zu töten; die Indianer sehen für sich und ihre Kinder keine Zukunft mehr.

Darüber hinaus führen der Raubbau und die Brandrodung des Urwalds zu noch nicht absehbaren ökologischen Schäden: Entwickelt sich der Prozeß im jetzt eingeschlagenen Tempo weiter, so steht im Jahre 2000 im Amazonasgebiet kein Baum mehr.

Uruguay

Seit Ende Oktober 1976 besteht in Uruguay laut Regierungsbeschuß ein sogenannter „Gefahrenzustand“. Er sieht in Verschärfung des seit Juni d. J. bestehenden Ausnahmezustandes für alle Patrioten des Landes Gefängnisstrafen, Hausarrest oder Ausweisung für zehn Jahre vor. Alle Personen gelten als verdächtig, die Kontakte zu Gegnern des Regimes unterhalten oder im Besitz subversiver Literatur sind.

Vorbereitet wurde der Gefahrenzustand durch ein erstes Dekret des seit Anfang Juli d. J. pro forma vom Rat der Nation – bestehend aus dem Staatsrat und den 21 ranghöchsten Offizieren der Streitkräfte – anstelle des Übergangspräsidenten, General Demichelli, ernannten neuen Präsidenten Mendez, eines hohen Juristen, den man zum 1. September offiziell in sein Amt einführte. Das Mendez-Dekret vom 1. September verfügte, daß alle jene Politiker ihrer politischen Rechte entkleidet würden, „die bei den letzten Parlamentswahlen 1966 und 1971 Kandidaten waren. Nicht betroffen sind nur Politiker, die der gegenwärtigen Regierung angehören“ (Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe, 3. 9. 1976). Suspendiert bleiben die politischen Rechte für die Dauer von 15 Jahren.

Uruguay gleicht heute einem riesigen Gefängnis. 7000 politische Gefangene sitzen mittlerweile in den Gefängnissen und Militärgarnisonen ein. General Liber Seregni, der Präsident der Frente Amplio, wurde jüngst von der Staatsanwaltschaft eines Militärgerichtes in Montevideo wegen Verletzung der Verfassung, des Mißbrauchs öffentlicher Funktionen und des unberechtigten Tragens von Waffen angeklagt. Er ist seit Januar d. J. wieder verhaftet und seitdem schwer gefoltert worden.



Neue Abonnenten für's AIB werben!

Das AIB braucht die Unterstützung seiner Leser und Freunde, um auch im neuen Jahr Umfang und Preis (Einzelheft 1,50 DM, Jahresabonnement 15,- DM inklusive Porto) beibehalten zu können.

Eine große Hilfe ist Ihre Werbung neuer Abonnenten, wofür wir Ihnen eine Reihe von Buch- und Schallplattenprämien anbieten. Voraussetzung für die Prämie ist, daß die Abonnement-Gebühren für 1 Jahr überwiesen wurden, beide Namen und Anschriften vollständig eingetragen sind und die Unterschrift nicht vergessen wurde.

Anschrift: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg/L.

Für einen Abonnenten:

- G. Brönnner/J. Ostrowsky, Die angolische Revolution. Analyse und Dokumentenanhang, Frankfurt/M. 1976
- H. Abdel Hadi u. a., Die BRD, Israel und die Palästinenser
- H.-J. Hennecke, Adelante Argentinos!
- P. Schütt, Vietnam – 30 Tage danach
- Paulo Freire, Pädagogik der Solidarität
- E. M. Kohl, Pablo (Chilenisches Kinderbuch)
- E. Hackethal, Kreuzweg Chile. Christen, Kirche und Klassenkampf vor und nach dem Militärputsch
- Protokoll des Tribunals gegen Kolonialismus und Apartheid im Südlichen Afrika – Bonn 1975
- P. Khalatbari, Ökonomische Unterentwicklung
- J.-L. Schmidt, Entwicklungsländer

Für zwei Abonnenten:

- Ruth Werner, Olga Benario, Geschichte einer deutschen Revolutionärin in Brasilien
- M. Uschner, Lateinamerika – Schauplatz revolutionärer Kämpfe
- S. Ramirez, Viva Sandino. Leben und Tod des ersten lateinamerikanischen Guerillaführers
- K. M. Schreiner, Sklave im eigenen Land. Unterdrückung und Widerstand im Südlichen Afrika
- E. Galeano, Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents von der Entdeckung bis zur Gegenwart
- S. I. Tjulpanow, Politische Ökonomie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern
- Ali Primera, Venezuela. Lieder aus Lateinamerika
- Isabel und Angel Parra, La Pena de los Parra. Lieder aus Chile

Ich habe für ein AIB-Abonnement gewonnen:

Name:

Anschrift:

Meine Adresse:

Name:

Unterschrift:

Buchwunsch:

Die Transkei - ein "Muster der freien Marktwirtschaft"

Mit gewaltigem Propagandaaufwand wurde der Weltöffentlichkeit von der „Unabhängigkeit“ eines „Musterbeispiels steter politischer und sozialer Evolution“ (Südafrikanisches Panorama, Nr. 66, S. 6) Kenntnis gegeben – in Form von Anzeigen, die eine im Regierungsauftrage der Republik Südafrika zugunsten ihrer Bantustanpolitik (vgl. Analyse in AIB, Nr. 9/1976) arbeitende Werbeagentur gestaltete. Das angeblich „freie und friedliche Land“ Transkei zeichnet sich u. a. dadurch aus, daß noch Ende der 60er Jahre 40 % der Kinder unter zehn Jahren an Unterernährung oder ihren Folgen starben (Frankfurter Rundschau (FR), 19. 8. 1969).

Peinlicher Schnitzer der Werbeprofis

Daß die von Premierminister Vorster als „vollauf souverän, unabhängig und lebensfähig . . . im wahrsten Sinne des Wortes“ (FR, 18. 9. 1976) angepriesene Transkei in Wahrheit noch nicht einmal die Anzeigen finanziert, mit denen sie ihre angeblichen Vorzüge andient, wird aus den peinlichen Schnitzern der Werbekampagne ersichtlich:

- „Das Glück, . . . zahlreiche Rohstoffe . . . bieten zu können“, wie es in einer Anzeige im Spiegel (Nr. 41/1976) heißt, ist eine Erfindung der Werbeagentur. Noch das offizielle Jahrbuch South Africa 1974 (S. 297/98) bemerkt ausdrücklich, die Transkei verfüge über keine Bodenschätze.
- Die Werbeprofis lassen „drei Millionen Xhosas“ sich zur Republik Transkei „bekennen“. Das sind 1,4 Mio zuviel, die nach wie vor in den „weißen“ Gebieten Südafrikas leben und arbeiten. Transkei-Häuptling Matanzima selbst lehnt die vom Vorster-Regime verordnete Zwangsstaatsbürgerschaft aller Xhosas ausdrücklich ab.

So „souverän“ ist die Transkei. Ihre Marionettenführer scheinen offenbar selbst Unbehagen zu verspüren, worauf ihr Hang zu größten Übertreibungen schließen läßt:

Größer sei die Transkei – verkünden sie – als soundsoviele unabhängige Länder, reicher, bevölkerungsträchtiger, „friedlicher“, „freier“. Auch hierbei wird mit gefälschten Zahlen operiert: Das Brutto-Sozialprodukt der Transkei etwa, das höher sei als in 42 anderen Ländern Afrikas, stammt zum überwiegenden Teil aus den Überweisungen eben jener Xhosas, die außerhalb arbeiten und die keine Zwangsbürger

sein sollen und wollen. Zum anderen besagt der Sachverhalt, das Pro-Kopf-Einkommen der Transkei liege höher als in einem Dutzend afrikanischer Länder nur eins: daß die Transkei ebenfalls zu den ärmsten Ländern der Welt gehören würde.

Matanzima – ein Huldiger der „freien Marktwirtschaft“

Dafür preist Südafrika seinen Ableger als „freie Gesellschaft mit ihrer freien Marktwirtschaft“ an – offenkundig als Anbiederung an das bundesrepublikanische Publikum (in französischen Anzeigen fehlt z. B. dieser Begriff). Matanzima selbst verdeutlicht: Man werde „christlichen Grundsätzen und den Normen westlicher Demokratie entsprechend“ regieren (Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 27. 10. 1976). Seine Regierungspraxis charakterisiert diese „Normen“: Selbst bislang ausschließlich in alle Ämter ernannt (Südafrikanisches Panorama, Nr. 66, S. 24), herrscht er seit 1961 mit Ausnahmezustand; eine Volksabstimmung über die „Unabhängigkeit“ fand nie statt; die „Wahlen“ (die Hälfte des Parlaments ist „ernannt“) Ende September dieses Jahres fanden ohne die Führer der einzigen zugelassenen Oppositionspartei statt: Matanzima hatte sie verhaften lassen; als gelehriger Schüler seiner Schutzherrn nennt Matanzima die Mitglieder der Befreiungsbewegung ANC ebenfalls „Kriminelle“. Selbst die FAZ stellte am 30. 10. 1976 fest, die Transkei sei, „noch keine Woche alt, schon auf dem Weg zur Diktatur“.

Unter solchen Bedingungen läßt Südafrika die Transkei „eine große Zahl von friedensamen Arbeitskräften bieten“ – das Rassistenregime weiß, wovon es redet. Um diesen Eindruck den erwünschten Investoren nachhaltig zu vermitteln, ergänzten 2 000 südafrikanische Soldaten 800 bei der „Unabhängigkeitsfeier“ als „Künstler“ auftretende Polizisten aus Südafrikas Polizeischule Hammanskraal (Spiegel, Nr. 44/1976). Matanzima selber versprach: Der Weißen „gutgehende Farmen, Fabriken und Lebensweise zu übernehmen, . . . diesen Blödsinn“ werde man nicht begehen (FAZ, 27. 10. 1976); vielmehr setze man auf „klassischen Eigentümer-Kapitalismus“ (Wirtschaftswoche, 26. 3. 1976).

Einhellige Verurteilung der Transkei-„Unabhängigkeit“ durch die UNO

Dieser Kopie des südafrikanischen Ausbeutungssystems verweigerten die Vereinten Nationen konsequenterweise die Anerkennung. Bei nur einer Enthaltung (durch die USA) stellten sie in ihrer Ablehnung fest, die Bildung solcher Bantustans „habe nur den Zweck, die unmenschliche Apartheid-Politik festzuzementieren, die Herrschaft der weißen Minorität fortzusetzen und der afrikanischen Bevölkerung Südafrikas ihre angestammten Rechte zu verweigern“ (FAZ, 28. 10. 1976). Selbst die von der Transkei erwarteten Partner, von denen sie sich eine Anerkennung erhofft, blieben der „Unabhängigkeitsfeier“ fern, darunter bezeichnenderweise Staaten wie Chile, Uruguay, Paraguay, Israel, Iran oder Taiwan. Lediglich drei Bundestagsabgeordnete der CDU demonstrierten mit ihrer Gegenwart, welche Verwandtschaft zwischen der Partei des BRD-Großkapitals und faschistischen Regimes besteht und welche Interessen sie vertreten. Ihre Forderung nach Anerkennung der Transkei und „Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen“ entsprach völlig den bereits vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) Ende 1975 bekundeten Absichten, „die Kontakte zu den Homeland-Führern zu vertiefen“ (Südafrika-Delegation des BDI, November 1975).

TRANSKEI-26. OKTOBER



Unsere Unabhängigkeit von der Republik Südafrika, die wir Bürger von Transkei am 26. Oktober feiern, kommt nicht von ungefähr. Die Idee dazu wurde geboren im Jahre 1951 und in der ersten Phase realisiert, als wir 1963 unter unserm Parlament wählten. 13 Jahre hatten wir, um unsere bessere Verwaltung aufzubauen. Ab Oktober 1976 werden sich unsere Beamten bewähren können, genau wie unsere freie Gesellschaft mit ihrer freien Marktwirtschaft.

Unser Land, das wir lieben, weil es seit 300 Jahren das Land unserer Väter und Mütter ist, hat das Glück, nicht nur eine wunderschöne Landschaft, sondern auch zahlreiche Rohstoffe und eine große Zahl von friedensamen Arbeitskräften bieten zu können.

Drei Millionen Xhosas bekennen sich zur Republik Transkei, etwa zehn mal so viel Menschen, wie auf Malta leben oder in Luxemburg, doppelt so viele, wie Lätzen inheim sind. Unser Land ist so groß wie die Schweiz oder Dänemark und wesentlich größer als Belgien oder die Niederlande. Das Brutto-Sozialprodukt unserer Heimat Transkei ist schon jetzt mit umgerechnet 1,2 Milliarden DM größer als in 42 anderen afrikanischen Staaten.

Beratung und Unterstützung bei Investitionsplanungen bietet Transkei Development Corporation, P.O. Box 103, Umtata, Republic of Transkei.



REPUBLIK TRANSKEI
EIN FREIES LAND FREIE KENNEN LAND IN PARADISE

(© 1976 von BDI)